

# Politik im Griff der Tabakindustrie



Wolfgang Behrens • Lothar Binding • Dieter Eichinger • Rainer Herrmann • Wolfgang Hien  
Patrick Kast • David Klemperer • Joseph Kuhn • Thomas Kyriss • Wilfried Meyer • Lisa Paus  
Johannes Spatz • Dinah Stratenwerth • Sonja von Eichborn • Friedrich J. Wiebel

Forum Rauchfrei



## Impressum

Herausgeber:

Forum Rauchfrei  
Müllenhoffstraße 17  
10967 Berlin  
Fon: 030-74 75 59-22  
Fax: 030-74 75 59-25  
Mail: [aktionszentrum@forum-rauchfrei.de](mailto:aktionszentrum@forum-rauchfrei.de)  
[www.forum-rauchfrei.de](http://www.forum-rauchfrei.de)

Verantwortung: Johannes Spatz

Bearbeitung: Claudia Schinkoreit

Redaktion: Claudia Schinkoreit, Johannes Spatz, Paul Kubaty,  
Volker Roth

Lektorat: Dr. Ute Bandelin

Umschlaggrafik: Sandra Dick

Berlin, 31. Mai 2012

# Politik im Griff der Tabakindustrie



# Inhalt

Einleitung	7	
<b>1. Beeinflussung der Politik</b>		
1.1	Weihnachten bei Reemtsma – Zynismus pur Lothar Binding	11
1.2	Panik in den Chefetagen – Die Klagen der Tabakindustrie gegen Uruguay, Australien und Namibia Sonja von Eichborn/Dinah Stratenwerth	15
1.3	Die Tabakindustrie im Kanzleramt Johannes Spatz	23
1.4	Parteispenden – selbstlos oder bestechend? Wolfgang Behrens	31
1.5	Die Körper-Stiftung – Partner für Politik und Tabakindustrie Dieter Eichinger	35
1.6	Kampfansage an die Tabakindustrie – Bericht über den 15. Weltkongress Tabak oder Gesundheit Johannes Spatz	41
<b>2. Beeinflussung von Wissenschaft</b>		
2.1	Käuflichkeit ist kein Standortfaktor Lisa Paus	47
2.2	Staatlicher Experte am Hofe der Tabakindustrie Friedrich J. Wiebel/Thomas Kyriss	51
2.3	Kooperation zwischen Chemikern und der Tabakindustrie Patrick Kast	59
2.4	Arbeitsmediziner auf der Seite der Tabakindustrie Wolfgang Hien	63
<b>3. Ethik und Interessenkonflikte</b>		
3.1	Tabakindustrie, Public Health und Interessenkonflikte David Klemperer	71
3.2	„Denialism“: Motive und Strategien der Leugnung wissenschaftlicher Evidenz zum Passivrauchen Joseph Kuhn	77
3.3	Die Revolution im Rauchersalon – der Fall Jonitz Wilfried Meyer	85

#### **4. Marketing**

4.1	Kontrolle des Tabakwerbeverbots ohne Konsequenzen Johannes Spatz	97
4.2	Zigarettenautomaten in Reichweite von Jugendlichen Rainer Herrmann	109

#### **Anhang**

	Autorinnen und Autoren	117
	Vertrauliches Strategiepapier des Verbandes der Cigarettenindustrie	118
	Produktion von Zigaretten in Deutschland	121
	Der Zigarettenmarkt	122
	Fabriken des Todes	123
	Ethik-Kodex: Gegen Sponsoring durch Tabakindustrie	126
	Liste der Unterzeichner des Ethik-Kodex	127
	Publikationen aus Berlin	129

## Einleitung

Johannes Spatz

Noch immer kann dies nicht oft genug betont werden: Der Konsum von Tabakprodukten ist gefährlich. Alleine in Deutschland sterben bis zu 140.000 Menschen jährlich an den Folgen des Rauchens, weltweit sind es nach den neuesten Angaben der Weltgesundheitsorganisation sechs Millionen Menschen. Tabak ist die häufigste Ursache für Krankheit und Tod. Als Ursache der Tabakepidemie ist an erster Stelle das Verhalten der Tabakindustrie zu nennen. Sie verhindert in Deutschland eine wirksame Kontrolle des Tabakmarktes. Ihre Strategien sind Vereinnahmung, Unterwanderung, Zweifel, Leugnung und blanke Aggression.

Die Tabakindustrie hatte in der Vergangenheit Wissenschaftler und Ärzte in ihren Dienst genommen, um die eigene Glaubwürdigkeit zu stärken. Dass es dazu eine Kontinuität im 21. Jahrhundert gibt, dokumentieren mehrere Beiträge dieser Veröffentlichung.

Dort, wo sich die Tabakkonzerne mit subversiven Methoden nicht mehr durchsetzen können, erfolgt die Konfrontation vor Gericht. Diese Industrie ist finanziell so mächtig, dass sie ganzen Regierungen den Krieg erklären und gegen sie prozessieren kann. Aktuell ist dies in Australien zu erleben, wo die weltumspannenden Tabakkonzerne vor Gericht versuchen, Gesetze zu verhindern, mit denen die Regierung die Bevölkerung vor den Gefahren des Rauchens schützen will.

Die Politik spielt die entscheidende Rolle, wenn es um Gesetze zur Begrenzung und Zurückdrängung des Tabakkonsums geht. Daher steht sie im Mittelpunkt der Lobbyarbeit der Tabakkonzerne. Politiker werden nicht nur mit Weihnachtsgrüßen der Konzerne umworben, sondern sie erhalten auch Parteispenden, Einladungen zu parlamentarischen Abenden und vieles mehr. Von Stiftungen werden sie eingeladen, sich mit gemeinsamen Projekten an die Bevölkerung zu wenden. Besonders gefährlich wird die Kontaktaufnahme der Vertreter der Konzerne mit Parlamentariern und Regierungsvertretern dann, wenn sie unter dem Siegel der Verschwiegenheit abläuft.

Im Vergleich zu den anderen EU-Staaten ist die Tabakkontrolle in Deutschland in das Hintertreffen gelangt, weil die Politik sich seit vielen Jahren im Griff der Tabakkonzerne befindet. Wir hoffen immer noch darauf, dass sich die Politik von dieser Umklammerung befreit. Wir brauchen in Deutschland eine Endgame-Diskussion, eine Diskussion darüber, wie wir es auch in Deutschland schaffen können, die Zahl der Raucher nahe null zu bringen. Diese Diskussion ist weltweit bereits im Gange.



**Sponsored by Philip Morris**



# **1. Beeinflussung der Politik**

FROHE  
WEIHNACHTEN  
2012



Wir wünschen Ihnen und Ihrer Familie frohe Weihnachten und ein glückliches, erfolgreiches Jahr 2012.

Und uns allen wünschen wir eine Zukunft, in der wir auch ohne Bevormundung durch die EU selbst bestimmen, was wir genießen wollen und was nicht – egal, ob es nun um Schokolade geht, um Cigaretten oder um unsere Entscheidungsfreiheit.

  
Sebastian Blum  
Leiter Kommunikation  
und Politik

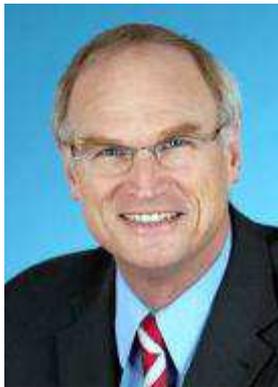
  
Svea Milena Schröder  
Pressesprecherin

  
Daniele Natti  
Manager Public Affairs

## 1.1

### Weihnachten bei Reemtsma – Zynismus pur

Lothar Binding



Bei der Durchsicht meiner Weihnachtspost sah ich mich in diesem Jahr mit einer Weihnachtskarte der besonderen Art konfrontiert. Auf der Karte war ein Weihnachtsmann abgebildet mit der Warnung „Schokolade fördert Karies“, ähnlich dem Aufdruck auf Zigarettenpackungen, auf denen es „Rauchen lässt Ihre Haut altern“ oder auch „Rauchen kann tödlich sein“ heißt. Der Absender der Karte war der Zigarettenhersteller Reemtsma.

Dazu wünschte Reemtsma, dass jeder selbst über seinen Konsum bestimmen solle, *„ob es nun um Schokolade geht, um Cigaretten oder um unsere Entscheidungsfreiheit“*. Die Aktion ist eine hinterhältige Marketingstrategie. Die Gefahr, durch Schokolade Karies zu bekommen, mit der Gefahr gleichzusetzen, durch Zigaretten Krebs zu bekommen, benötigt ein gehöriges Maß an Skrupellosigkeit.

Stil und Inhalt der Karte verraten viel über die Tabakindustrie: Bei Reemtsma geht es um mehr als eine Milliarde Euro, die das Unternehmen durch rauchende Menschen im Jahr umsetzt. Bezahlen müssen das insbesondere die Menschen, die nicht viel Geld zur Verfügung haben und schlechter gebildet sind. Sozialer Status und Rauchen stehen im engen Zusammenhang. Der Ärmere bezahlt die Manipulation gegen sich selbst auch noch aus dem eigenen Portemonnaie.

Die Tabaklobby streckt ihre Tentakel weit aus – und sie hat viele davon: die Tabakkonzerne, die mittelständische Tabakwirtschaft, die Zulieferfirmen der Tabakindustrie, PR-Agenturen, spezielle Bürgerinitiativen, Tabak-Lobby-Stiftungen, bezahlte Tendenzwissenschaftler, der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA), jedenfalls Teile davon, der Deutsche Brauer-Bund (DBB), soweit nikotinaffin, der Verband der Deutschen (Zigaretten-) Automatenindustrie (VDAl), der Zentralverband der deutschen (Tabak-) Werbewirtschaft usw.. Regierungen, Parlamente und auch die Öffentlichkeit werden ganz gezielt von allen Tentakeln der Tabaklobby mit richtigen, halbrichtigen oder auch falschen Informationen bedient – je nachdem.

Den grenzenlosen Zynismus legt die Tabakindustrie nicht ohne Grund an den Tag, auf europäischer Ebene soll die Tabakprävention ausgebaut werden, um den Tabakkonsum weiter zu senken. Unter anderem werden von EU-Gesundheitsfachleuten

- die Einführung von neutralen Zigarettenpackungen (Plain Packaging) und
- ein Auslageverbot von Tabakwaren im Einzelhandel (Display Ban) gefordert.

Zukünftig sollen die Zigarettschachteln aller Hersteller nach gesetzlicher Vorgabe einheitlich gestaltet werden. Markenlogos wären dann nicht mehr zu sehen, die Identifizierung und Bindung der Raucherinnen und Raucher mit einer Marke würden wegfallen, die Attraktivität des Rauchens ließe sich senken. Das Auslage- und Präsentationsverbot würde sich auf den ganzen Einzelhandel erstrecken. Der deutsche Einzelhandel müsste die Tabakwaren in separaten, geschlossenen Schubladen lagern. Sämtliche Möglichkeiten der Werbung an Einkaufskassen, hinter Tankstellentresen etc. würden wegfallen – eine gute Antwort auf die direkte Werbung, an der unsere Kinder und wir tagtäglich bisher nicht vorbei kommen.

Reemtsma bezeichnet die Weihnachtskarte als „PR-Gag“. Das Unternehmen wolle eine Diskussion über eine Reform der EU-Tabakrichtlinie anstoßen. Sebastian Blohm, der Leiter Kommunikation und Politik bei Reemtsma, empfindet die EU-Richtlinie als einen Angriff auf die „*offene Gesellschaft*“.<sup>1</sup>

Seit Jahrzehnten wird das Produkt Zigarette mit frei erfundenen oder falschen Attributen aufgepeppt. Aus dem suchtbedingten Zwang, rauchen zu müssen, wurde Freiheit des Rauchens. Aus der verräucherten Kneipenluft wurde Gemütlichkeit, in der Werbung sind es die jungen, schönen und sportlichen Menschen, die rauchen. Dieser merkwürdige Widerspruch hat sich in unseren Köpfen festgesetzt. Die Einbettung als Normalität in den Alltag ist bereits Lobbyismus. Es ist bekannt: Lobbyisten arbeiten für sich und gegen andere. Dies erklärt auch den Ton und den Stil, den bestimmte PR-Strategen an den Tag legen.

Im Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung 2011 lassen sich die Ausgaben der Tabakindustrie für Werbung, Promotion und Sponsoring nachlesen. Sie sind von mehr als 182 Mio. Euro im Jahr 2005 auf über 222 Mio. € im Jahr 2009 angestiegen.<sup>2</sup> Der gesellschaftliche Diskurs soll ganz gezielt für die Belange der Tabakindustrie mit viel finanziellem Aufwand geleitet werden, eine Strategie, die es der Politik schwer machen soll, vernünftige Entscheidungen zu treffen. Die Zigarettenindustrie versucht, auf die Gesetzgebung einzuwirken unter dem Deckmantel der Selbstlosigkeit, als Freiheitskämpfer überhaupt.

Wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse werden schlicht und einfach verhöhnt, das zeigt die Reemtsma-Weihnachtskarte sehr gut. Die Informationen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sind uns hinlänglich bekannt: „*Das Krebsrisiko von Raucherinnen und Rauchern ist insgesamt verdoppelt, durch starkes Rauchen steigt es bis auf das Vierfache. Besonders eng ist der Zusammenhang zwischen Rauchen und Tumoren der Bronchien bzw. Lunge, des Kehlkopfes, der Mundhöhle sowie der Speiseröhre. Zirka 80-90 % aller an diesen Krebsarten Gestorbenen rauchten ...*“. Weiter hinten heißt es „*In Deutschland sterben jährlich 110.000 bis 140.000 Menschen an den Folgen des Rauchens*“.<sup>3</sup> Die freche Antwort von Reemtsma lautet einfach: „*Schokolade fördert Karies*“. Wer über die Gefahren des Rauchens spricht, gerät schnell in die Gefahr, lächerlich gemacht zu werden.... Ein „PR-Gag“ soll diese Strategie verstecken.

Die sogenannten „No-Badge“-Aktivitäten, deren sich die Tabaklobby bedient, werden dank der vielen Aktiven zum Schutz vor Passivrauchen seit Jahren zunehmend an die Öffentlichkeit befördert: Meinungsumfragen, Leserbriefe, Beiträge in Online-Foren, vorproduzierte Medienbeiträge und Blog-Beiträge. Die Politik wird neben den herkömmlichen Briefen, Politiker-Briefen<sup>4</sup>, Büchern<sup>5</sup>, Dialog-Foren<sup>6</sup> und Zeitungen<sup>7</sup> stetig auch direkt mit Informationen versorgt. Die Öffentlichkeit wird mit falschen Aussagen und Bildern an Wahrnehmungen, Meinungen, Erkenntnisse gewöhnt – und dies über Jahre und Jahrzehnte. Ein Mitstreiter hatte sich über Monate hinweg die Arbeit gemacht, wöchentlich eine Fernsehzeitung nach Programmhinweisen mit abgebildeten Raucherinnen und Rauchern durchzuschauen, das Ergebnis war erschreckend.

Wie weit das System der Vereinnahmung von Politikerinnen und Politikern und Funktionären als „*Botschafter*“ gediehen ist, ließe sich an vielen Beispielen zeigen. So hat der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff kürzlich die 50 Preisträger des Geschichtswettbewerbs zum Thema „*Ärgernis, Aufsehen, Empörung: Skandale in der Geschichte*“<sup>8</sup> der Körber-Stiftung im Schloss Bellevue ausgezeichnet. Für den Bundespräsidenten war diese Veranstaltung unter dem genannten Motto auch in der aktuellen Gemengelage um sein Amt und seine Person höchst fragwürdig, wobei es gut ist zu wissen, dass der Weltmarktführer im Maschinenbau für die Tabakindustrie, Hauni, Gründungsunternehmen der Körber-Gruppe ist. Diese Verbindung focht den Präsidenten nicht an. Wir wundern uns auch nicht, formulierte Wulff doch im Vorwort zu einem Jubiläumsbuch des BMZ „*Auf Augenhöhe*“ im Januar 2012: „*Mit Moral alleine werden wir die Welt aber nicht verändern. Wir müssen auch an Interessen denken. Und zwar nicht nur an unsere eigenen, sondern auch an die der anderen.*“

Einen ebenso peinlichen Auftritt bot der Berliner Ärztekammerpräsident Dr. Günther Jonitz bei Zigarren-Herzog am Hafen in Berlin am „*Abend der Gegensätze*“. Auf der Internetseite heißt es wörtlich: „*Jonitz hatte gleich eine ganze Menge mutiger Ansichten für uns mitgebracht. So plädiert er für Raucherzimmer selbst in Krankenhäusern, weil für ihn jegliche ‚Zwangsentwöhnungsversuche bei Patienten‘ ein Verstoß gegen die Menschenwürde sind. Die Tabaksteuer würde Jonitz gern zweckgebunden zur Finanzierung der Krankenkassen einsetzen, Kneipenwirten würde er statt des Rauchverbots lieber bessere Abluftanlagen verordnen und die ‚unnützen‘ Pläne für abschreckende Bilder auf Tabakschachteln sofort streichen. Die Frage unserer Gäste, ob politische Aktionen gegen eine weitere Ausweitung des Rauchverbots nötig seien, beantwortete Jonitz übrigens mit einem klaren: Ja, denn er fürchte sich vor dem Moment, wo ‚Gesundheitsapostel mir all das verbieten, was das Leben ausmacht: bewusster Genuss‘.*“<sup>9</sup> Vergleichbare Beispiele gibt es viele. Ein Zurück ins einstige Deutschland voller Raucherkneipen und allüberall krebsgeschwängelter Luft wird es nicht geben.

In den vergangenen Jahren hat das Thema Tabakprävention an Bedeutung gewonnen. Zentrale Elemente waren die Erhöhung der Tabaksteuer, Maßnahmen zur Stärkung des Nichtrauchererschutzes und der Prävention vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Durch das Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens besteht seit September 2007 in Einrichtungen des Bundes und im öffentlichen Nahverkehr gesetzlicher Schutz vor Passivrauchen. Das Mindestalter für den Kauf von Tabakwaren wurde auf 18 Jahre angehoben. Weitere Regelun-

gen wurden in den Landesnichtraucherschutzgesetzen getroffen. Hier sind wir den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern für ihr klares Votum in einem Bürgerentscheid dankbar.

Gesundheitsschutz muss aber bundeseinheitlich gelten. Ein konsequenter Nicht-raucherschutz schafft Rechtssicherheit für alle Bürger, sorgt für faire Wettbewerbsbedingungen und leistet einen Beitrag zur Entbürokratisierung, indem die Behörden von der Aufgabe entbunden werden, einen unübersichtlichen und uneinheitlichen Katalog von Ausnahmeregelungen zu überwachen.

In einigen Bundesländern wurden glücklicherweise die Zeichen der Zeit erkannt, Nichtraucherschutzgesetze wurden und werden verschärft. Dass bis heute noch kein bundesweit einheitliches, vernünftiges Gesetz in Aussicht steht, ist sicher auch eine Folge der Verwobenheit der Regierungsfractionen mit Lobbyisten. Die christlich-liberale Bundesregierung scheint sich zumindest ihrer eindeutig belegbaren gesetzgeberischen Kompetenzen nicht bedienen zu wollen, von Verantwortung kann schon gar keine Rede sein. Eine freie und der Gemeinschaft zugewandte moderne Politik sieht anders aus. Für viele, die mit einer schlimmen Diagnose umgehen müssen, ist dies leider keine tröstliche Antwort.

- 1 <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/pr-coup-von-reemtsma-toedliche-weihnachten-1.1262219>
- 2 [http://drogenbeauftragte.de/fileadmin/dateien-dba/Service/Publikationen/Drogen\\_und\\_Suchtbericht\\_2011\\_110517\\_Drogenbeauftragte.pdf](http://drogenbeauftragte.de/fileadmin/dateien-dba/Service/Publikationen/Drogen_und_Suchtbericht_2011_110517_Drogenbeauftragte.pdf)
- 3 <http://www.rauchfrei-info.de>
- 4 Horst W. Opaschowski: Deutschland 2030: Wie wir in Zukunft leben; Politikbrief des Deutschen Zigarettenverbandes
- 5 Reemtsma: Erfolg hat viele Gesichter
- 6 Körber-Stiftung, Dialogveranstaltungen von British American Tobacco u. a.
- 7 DIE TABAK ZEITUNG
- 8 <http://www.koerber-stiftung.de/bildung/geschichtswettbewerb/presse/presse-meldungen-presse-details-geschichtswettbewerb/artikel/bundespraesident-christian-wulff-zeichnet-preistraeger-des-geschichtswettbewerbs-aus.html>
- 9 [http://www.herzog-am-hafen.de/veranstaltungen\\_detail.php?event=214](http://www.herzog-am-hafen.de/veranstaltungen_detail.php?event=214)

#### Abkürzungen:

BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
DBB	Deutscher Brauer-Bund
DEHOGA	Deutscher Hotel- und Gaststättenverband
VDAI	Verband der Deutschen Automatenindustrie

## 1.2

### **Panik in den Chefetagen – Die Klagen der Tabakindustrie gegen Uruguay, Australien und Namibia**

Sonja von Eichborn/Dinah Stratenwerth

Seit ein paar Jahren greift in den Chefetagen der Tabakindustrie schleichend, aber fühlbar die Panik um sich. Die strikte Umsetzung des Tabakkontrollabkommens (FCTC) der Weltgesundheitsorganisation durch Länder wie Uruguay, Australien und Namibia sorgt dafür, dass die Angst um die Pfründe wächst. Die Konzerne sehen sich dazu gezwungen, für ihre Profite vor Gericht zu ziehen. Ihre Klagen gegen Uruguay und Australien könnten Präzedenzfälle schaffen.

*„Unser kleines Land ist in letzter Zeit ein gut einsehbares Labor mit Versuchsreihen zum Wohle der Menschheit, aber auch zum Kampf mit einem multinationalen Konzern, der in Tabakhandel macht – mit allem, was dazugehört.“* So pathetisch beschrieb der uruguayische Präsident José Mujica bei der Eröffnung der Tabakkontrollkonferenz der Weltgesundheitsorganisation 2010 in Montevideo den Konflikt seines Landes mit dem Tabakkonzern Philip Morris International (PMI). Das Unternehmen hatte im März 2010 Klage gegen den uruguayischen Staat wegen der strengen Bestimmungen zu Verkauf und Bewerbung von Tabakprodukten erhoben.

Uruguay ist auf dem lateinamerikanischen Subkontinent Vorreiter in der Tabakkontrolle. Unter Präsident Tabaré Vazquez (2005-2010), einem Onkologen, wurden 2006 strenge Gesetze zum Schutz von Nichtraucher/-innen verabschiedet. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes war es verboten, in geschlossenen öffentlichen Räumen zu rauchen. 2010 traten weitere Bestimmungen in Kraft: Werbung für Zigaretten ist demnach nur noch an den Kiosken erlaubt, nicht mehr auf Plakaten, im Fernsehen oder im Radio. Automaten gibt es nicht mehr. Auch Werbekampagnen, bei denen Zigaretten verschenkt werden, sind fortan verboten. 80 Prozent der Vorder- und Rückseite der Schachteln sollen mit einem Warnhinweis bedeckt sein. Bezeichnungen wie „mild“ oder „light“ sind ebenso verboten wie die Diversifizierungen von Marken durch Bezeichnungen wie „Blue“ oder „Gold“.<sup>1</sup> Damit orientiert sich Uruguay an den Vorgaben des Tabakkontrollabkommens (FCTC) der Weltgesundheitsorganisation. Das Abkommen haben bisher 174 Staaten ratifiziert. Es sieht umfassende Einschränkungen von Werbung und Rauchverbote in der Öffentlichkeit vor.

Die Maßnahmen waren erfolgreich. Die 2009 von der WHO herausgegebene weltweite Studie zum Rauchverhalten Erwachsener (Global Adult Tobacco Survey, GATS) zeigte, dass die Zahl der uruguayischen Raucher/-innen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren von 2005 bis 2009 um sieben Prozent auf ein Viertel dieser Altersgruppe gefallen war. Tabaré Vázquez berichtete zudem in einem Vortrag bei einer Konferenz der uruguayischen Ärztekammer zur Tabaksucht im Oktober 2011, dass der Tabakkonsum unter Jugendlichen im selben Zeitraum

sogar um 14 Prozent gefallen war. Dies schrieb er den während seiner Amtszeit verabschiedeten strengeren Gesetzen zu.

Der Erfolg der Gesetze zeigte sich indirekt am Verhalten der im Land tätigen Tabakkonzerne<sup>2</sup>. Philip Morris schloss das Werk seiner uruguayischen Tochterfirma Abal Hermanos im Oktober 2011 und verlegte die Produktion nach Argentinien. Die Produktion in Uruguay lohne sich nicht mehr, so der Konzern. PMI hatte in Uruguay einen Marktanteil von 25 Prozent, 70 Prozent des Zigarettengeschäfts wickelt das uruguayische Unternehmen Tabacos Montepaz ab.

Bereits 2010 hatte PMI Klage gegen den Staat Uruguay erhoben. Philip Morris Products und die PMI-Tochterfirma FTR Holding, beide mit Sitz in der Schweiz, sowie Abal Hermanos klagten vor dem Internationalen Schiedsgericht (International Center for Settlement of Investment Disputes, ICSID) auf der Basis eines Investitionsschutzabkommens zwischen der Schweiz und Uruguay vom 22.04.1991. Dabei betonte das Unternehmen in einer Stellungnahme<sup>3</sup> im Oktober 2010, dass es grundsätzlich sowohl Rauchverbote als auch Warnhinweise und das Verbot von Werbung unterstütze. PMI geht, laut eigener Aussage, nur gegen drei Einschränkungen vor: erstens gegen das Verbot der Diversifizierung von Marken, da die Sorten Marlboro Blue, Green und Gold nicht mehr verkauft werden dürfen. Das habe dazu geführt, dass sieben von 12 Marken vom Markt genommen werden mussten. Der zweite Klagegrund sind die Warnhinweise, die 80 Prozent der Schachtel bedecken sollen. Dies halten die Kläger für „übertrieben“. Mit demselben Argument will das Unternehmen gegen die drastischen Warnhinweise auf den Schachteln vorgehen: Diese bauten auf Emotionen auf und würden „Abwehr und Ekel, sogar Horror“ hervorrufen. So würden die Geschäfte des Unternehmens auf unangemessene Weise beschädigt und der Wert ihrer im Land getätigten Investitionen ersatzlos gemindert. Zudem vermisste das Unternehmen eine faire, gleichberechtigte Behandlung. PMI verlangt eine Entschädigung und eine Rücknahme der drei Bestimmungen. Am 26. März 2010 wurde die Klage beim Schiedsgericht registriert, die ersten Anhörungen sollen nach Informationen der uruguayischen Anwälte im März 2012 stattfinden.

Ende 2010 kam mit Pepe Mujica ein neuer Präsident an die Macht und veränderte eine der Bestimmungen im Sinne des Klägers: Statt 80 Prozent muss der Warnhinweis nur mehr 65 Prozent der Schachtel einnehmen. Auch über eine Lockerung des Verbots der Markenbezeichnungen wurde diskutiert. Ex-Präsident Tabaré Vázquez reagierte empört und warf seinem Nachfolger vor, unter dem Druck des Konzerns einzuknicken. Er lehne die Änderung des Gesetzes „total, kategorisch und absolut“ ab und fühle ob der Haltung der Regierung Mujica einen „tiefen Schmerz im Herzen“, sagte Vázquez der uruguayischen Tageszeitung La Republica. Vázquez fügte hinzu, dass Philip Morris International die Gesetzesänderung als Sieg verkaufen werde in der Hoffnung, dass andere Länder vor ähnlich strengen Gesetzen zurückschreckten. Die Regierung Mujica diskutiert seither weitere Veränderungen, hat aber noch nichts Konkretes unternommen.

Dabei bekommt Uruguay internationale Rückendeckung im Konflikt mit dem Tabakmulti. Nicht nur die Welthandelsorganisation lobte das Land für seine Gesetze und sicherte ihm Unterstützung zu. Der New Yorker Bürgermeister Michael

Bloomberg, der kürzlich das Rauchen in sämtlichen Parks und an Stränden verboten hat, gewährte 500.000 Dollar Prozesskostenbeihilfe. Und die Schweizer Bundesrätin Marina Carobbio stellte im Dezember 2010 eine Anfrage an den Bundesrat, um die Haltung der Regierung zu dem Verfahren kennenzulernen und herauszufinden, ob das Investitionsschutzabkommen zugunsten Uruguays geändert werden könne. Diese Möglichkeit hatte auch Vázquez Anfang Dezember 2010 in einem Interview mit der Schweizer Tageszeitung *Le Courrier* zur Sprache gebracht. Seiner Ansicht nach sollten gesundheitsschädliche Produkte aus dem Abkommen ausgenommen werden. Am 16. Februar 2011 veröffentlichte das Volkswirtschaftsdepartement im Namen des Bundesrates die Antwort. Zu Vázquez und Carobbios Vorschlag hieß es: *„Regulatorische Maßnahmen zur Verfolgung öffentlicher Interessen per se oder um ganze Wirtschaftssektoren von den Verpflichtungen eines ISA auszunehmen, würde dem Vertragszweck nicht entsprechen, der darin besteht, ausländische Investitionen in allen Sektoren vor völkerrechtswidrigem Handeln zu schützen“*.<sup>4</sup> Marina Carobbio sagte dazu dem Schweizer Nachrichtenportal *Swissinfo* eine Woche nach der Entscheidung, die Regierung stelle wirtschaftliche Interessen von Großunternehmen über das Wohl der Bevölkerung. Außerdem kritisierte sie, dass *„die Schweiz strenge Maßnahmen gegen das Rauchen in unserem eigenen Land einführt, aber ähnliche Maßnahmen in Ländern des Südens nicht unterstützt“*.

Sollte Uruguay den Prozess gewinnen, wäre ein Präzedenzfall geschaffen. Insofern ist Mujicas Vergleich mit dem Versuchslabor durchaus passend.

Doch Uruguay ist nicht das einzige Labor. Auch auf anderen Kontinenten haben Regierungen sich entschlossen, der öffentlichen Gesundheit den Vorrang einzuräumen. Vorreiter in Afrika ist Namibia.

Das Land hat die FCTC 2005 ratifiziert und benötigte lange, um den Rahmenvertrag in die nationale Gesetzgebung zu integrieren. Erst im April 2010 unterzeichnete Präsident Hifikepunye Pohamba den *Tobacco-Products-Control-Act*<sup>5</sup>. Doch es benötigte 1 Jahr und 7 Monate, um den Entwurf der Durchführungsverordnung zu erstellen. Er wurde im November 2011 in der *Government Gazette* abgedruckt mit der Aufforderung, binnen 30 Tagen Eingaben zu machen, bevor das Gesetz in Kraft treten soll. Die lange Zeit zwischen Verabschiedung und Veröffentlichung des Gesetzes wird offiziell damit begründet, dass die Entwicklung der Instrumente und Regularien seine Zeit brauche.<sup>6</sup>

Das namibische Tabakkontrollgesetz fokussiert ganz auf die Reduzierung des Angebots von Tabakprodukten, denn in Namibia wird kein Tabak in nennenswertem Maß angebaut. Als eines der strengsten Nichtraucherchutzgesetze unterwirft es sowohl Raucher/-innen als auch die Industrie engen Restriktionen. Tabakkonsum ist an allen öffentlichen Plätzen, vor Fenstern, Türen und Ventilationseinlässen strengstens verboten. Auch Außenplätze, die komplett unter freiem Himmel sind, können auf Anordnung des Ministers unter diese Regelung fallen. Verkauf von Tabakprodukten an und Konsum durch Menschen unter 18 Jahren sind verboten; ebenso der Verkauf über Zigarettensautomaten (mit einer Übergangszeit, die vom Minister festgelegt wird). Jegliche Art von Tabakwerbung und -sponsoring ist verboten. Die Verpackungen von Tabakwaren müssen Gefahrenhinweise aufweisen: Die Durchführungsverordnung sieht vor, dass 60 % der Vor-

der- und Rückseite von Zigarettenpackungen mit bildlichen Warnhinweisen versehen sein müssen und der restliche Platz für textliche Warnhinweise zu nutzen ist.

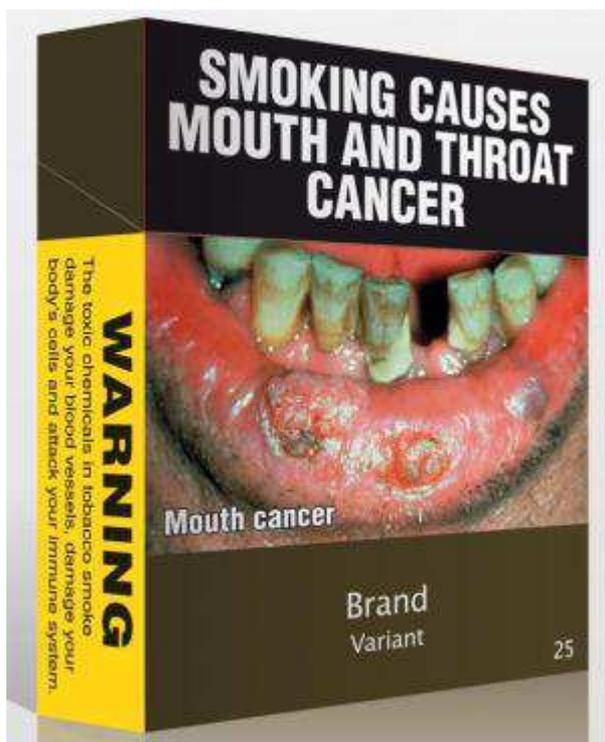
Die Tabakindustrie in Namibia kann beinahe gleichgesetzt werden mit British American Tobacco Namibia, denn der Konzern hält einen Marktanteil von ca. 85 % der legal verkauften Zigaretten und verkauft jährlich etwa 330 Millionen Zigaretten. Seit März 2011 gab es starke Lobbyaktivitäten von BAT bezüglich des Tobacco Acts<sup>7</sup>: Vertreter/-innen von BAT trafen sich mit dem Gesundheitsminister, dem Premierminister, dem Handels- und dem Finanzminister sowie dem Sekretariat der Südafrikanischen Zollunion<sup>8</sup>. Selbstverständlich sind keine Details aus den Konsultationen bekannt, doch dass man sich gut kennt, zeigt die Rede des namibischen Gesundheitsministers Richard Kamwe zum Weltnichtrauchertag 2011: *„Trotzdem arbeiten wir hart daran, Instrumente zu entwickeln, mit denen das Gesetz effektiv und so sorgfältig umgesetzt werden kann, dass alle Akteure einschließlich der Tabakindustrie nicht nachteilig beeinträchtigt werden.“* Er schließt seine Rede sogar mit den Worten *„An die Tabakindustrie wenden wir uns mit dem Aufruf, ja dem Aufschrei: Arbeitet mit uns zusammen zur Förderung einer guten Gesundheit für die Menschheit.“*<sup>9</sup> Dies scheint eine deutliche Zusage an die Tabakindustrie zu sein, in den Regulationen des Tobacco-Acts vom November 2011 spiegelt sich das nur wenig wider. Kein Wunder also, dass BAT mit seiner Drohung, gegen das Gesetz gerichtlich vorzugehen, sofort an die Öffentlichkeit ging.

Besonders die Warnhinweise auf den Packungen fordern den Tabakkonzern heraus. BAT wirft dem Gesundheitsminister vor, damit die namibische Verfassung in Bezug auf das Recht auf Eigentum und das Recht auf freie Meinungsäußerung zu brechen. Durch die großflächig zu platzierenden Warnhinweise gäbe es keinen Platz mehr für die eingeführten Markensymbole. Dadurch enteigne die namibische Regierung die Handelsmarken von BAT und verhindere die freie Kommunikation zwischen dem Konzern und seinen Konsumentinnen und Konsumenten über gesetzlich erlaubte Produkte. BAT argumentiert weiter, es gäbe keinen Beweis dafür, dass größere Warnhinweise bzw. Einheitsverpackungen zu vermindertem Tabakkonsum führten, und gibt als Beleg den Deloitte-Bericht vom Mai 2011 an.<sup>10</sup> Die Unabhängigkeit eines solchen Gutachtens ist allerdings zweifelhaft, wenn ein Konzern Auftraggeber ist, der aus den Ergebnissen wirtschaftlichen Nutzen zieht.

BAT warnt die namibische Regierung davor, dass derartige Maßnahmen ein legales Produkt in Verruf brächten und außerdem den illegalen Zigarettenhandel in Namibia beförderten. Dies wäre sicherlich nicht erwünscht und so schlägt BAT vor, die bestehenden Warnhinweise beizubehalten, bis die Südafrikanische Zollunion eine einheitliche Form beschlossen hat. Wahlweise könnten neue Warnhinweise durch Konsultationen mit dem Finanz- und Handelsministerium, SACU-Mitgliedern und der Tabakindustrie schon früher entwickelt werden.<sup>11</sup> Was dies bedeutet, kann man auf der BAT-Webseite nachlesen, die sich mit Einheitsverpackungen auseinandersetzt: *„Wir werden alles tun, um unsere Marken, die Rechte unserer Firmen, als legitime kommerzielle Unternehmen durch den Verkauf legaler Produkte Wettbewerb zu betreiben, und die Interessen unserer Shareholder zu schützen.“*<sup>12</sup>

Das weltweite Network for Accountability of Tobacco Transnationals (NATT) wandte sich daraufhin mit einem Brief an Gesundheitsminister Kwame und forderte ihn auf, stark zu bleiben und sich gegen BAT zu behaupten – mit dem Hinweis auf seine internationale Verpflichtung, die Gesundheitspolitik vor der Einflussnahme der Tabakindustrie zu schützen, wie es Artikel 5.3 der FCTC vorsieht.<sup>13</sup>

Im Januar 2012 gab es noch keine Anzeichen, dass das Gesetz tatsächlich schon durchgesetzt wird. BAT hat bislang noch keine Klage eingereicht.



Der australische Staat hingegen liegt derzeit im Rechtsstreit mit vier Tabakkonzernen in fünf Verfahren. Australien hat schon seit 1989 eine Gesetzgebung, die sich mit Tabakkontrolle befasst, und hat schon 2004 die FCTC ratifiziert. Inzwischen gibt es eine Reihe von Gesetzen, die den Nichtraucher/-innenschutz und die Werbemöglichkeiten der Tabakindustrie regeln. Das neueste Gesetz betrifft die letzte verbliebene Möglichkeit der Werbung: die Verpackung von Zigaretten. Im April 2010 kündigte Premierminister Kevin Rudd an, ein Gesetz zur Einheitsverpackung von Zigaretten (Plain Packaging) erarbeiten zu wollen. Es war der Startschuss für einen einzigartigen Kampf um die Köpfe: Die Tabakindustrie zog alle medialen Re-

gister und finanzierte millionenschwere Werbekampagnen, um die Öffentlichkeit und die Politiker/-innen davon zu überzeugen, dass Plain Packaging nicht förderlich für die gewünschten Ziele sei und stattdessen nur enorme Steuergelder verschwenden würde. Auch gerichtliche Schritte wurden unternommen, um auf den Prozess der Gesetzesentwicklung Einfluss zu nehmen.<sup>14</sup>

All diesen Bemühungen haben die Regierung und das Parlament, allen voran die Gesundheitsministerin Nicola Ruxon, die Stirn gezeigt: Am 21. November 2011 wurde das Tabakeinheitsverpackungsgesetz (Tobacco-Plain-Packaging-Act 2011) verabschiedet, das am 1. Dezember 2012 in Kraft treten wird.<sup>15</sup> Für das weltweit erste Gesetz dieser Art erntete Australien internationale Anerkennung und nimmt damit eine führende Rolle bei der Umsetzung der FCTC ein.

Das neue TPP-Gesetz und seine zugehörige Verordnung<sup>16</sup> befassen sich mit der Regulierung jeglicher Zigarettenverpackung. Kern ist die Bestimmung, dass Zigaretten fortan nur noch in olivbraunen Einheitsverpackungen mit bildlichen Warnhinweisen und dem Markennamen in einheitlicher Schrift verkauft werden dürfen.<sup>17</sup>

Der erste Zigarettenkonzern, der darauf mit rechtlichen Schritten reagierte, war Philip Morris Asia (PMA) mit Sitz in Hongkong: Kaum eine Stunde nach Verabschiedung forderte PMA vom australischen Staat ein Schiedsverfahren auf der Grundlage des bilateralen Investitionsschutzabkommens zwischen Hongkong und Australien (BIT). Das Gesetz verletze die Artikel 6 (1) und 2 (2) des Vertrags, die Investitionen und geistiges Eigentum schützen und das Recht auf Gleichbehandlung betreffen. Im Wesentlichen bezieht sich dieser Vorwurf auf die Handelsmarken der Philip Morris Ltd., einer hundertprozentigen Tochter der Philip Morris Australia, die wiederum zu 100 % Eigentum von PMA ist. Einen Monat später antwortete die australische Regierung und stellte dabei Folgendes fest: PMA hatte seine Anteile am australischen Tabakgeschäft im Februar 2011 gekauft, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Plain-Packaging-Initiative schon 10 Monate bekannt war. Nach den Regeln des BIT hat damit keine Enteignung bzw. kein Verlust an Investitionen durch das Gesetz stattgefunden. Die australische Regierung vermutet sogar, dass PMA die australischen Firmen nur deshalb erworben hat, um dieses Verfahren führen zu können.<sup>18</sup>

Innerhalb eines Monats nach Verabschiedung verklagten die vier Tabakkonzerne British American Tobacco Australasia<sup>19</sup>, Imperial Tobacco Australia<sup>20</sup>, Japan Tobacco International<sup>21</sup> und Philip Morris<sup>22</sup> den australischen Staat vor dem Obersten Gerichtshof. Sie alle argumentieren, das TPP-Gesetz breche die australische Verfassung in Bezug auf Eigentumsrechte, denn das Gesetz enteigne ihr geistiges Eigentum, die Handelsmarken, ohne angemessene Kompensation. BAT führt dafür die Marken Winfield und Dunhill ins Feld, Imperial Tobacco nutzt als Testfall Peter Stuyvesant. Die erste Verhandlungsrunde von drei Tagen war für den April 2012 in Canberra angesetzt. Ein erstes Treffen der juristischen Vertreter/-innen hat am 24. Januar 2012 stattgefunden, wie der australische Daily Telegraph berichtete.

Schon im November hatten laut der Nachrichtenagentur Reuters Rechtsexperten/-innen die Chancen der Tabakindustrie auf Erfolg als gering eingestuft und vorausgesagt, dass sowohl die gerichtlichen Klagen als auch die vor der Welthandelsorganisation fehlschlagen werden, denn Verträge über geistige Eigentumsrechte gäben dennoch Regierungen das Recht, Gesetze zum Schutz der öffentlichen Gesundheit zu verabschieden.

Doch während die gerichtlichen Auseinandersetzungen erst am Anfang stehen, geht die mediale Schlammschlacht in eine weitere Runde, jetzt auf globaler Ebene. Im Januar 2012 zeigte sich die australische Regierung empört über einen Schachzug von BAT: Auf Zigarettenpackungen der Marke Winfield ist in Frankreich ein Känguru abgebildet mit dem Slogan: „An Australian favourite“. Die heutige Justizministerin Ruxon<sup>23</sup> bezeichnete dies als Ausbeutung eines nationalen Symbols für ein tödliches Produkt. BAT hingegen versicherte, dass dieses Design schon seit Jahrzehnten auf dem Markt wäre.

Wie der australische „Tobacco War“ ausgehen wird, ist zur Zeit noch nicht abzusehen. Doch letzten Endes wird Nicola Ruxon mit einem Kommentar, den sie an Reuters schrieb, recht behalten: „Big Tobacco kämpft gegen die Regierung aus einem einfachen Grund, weil sie wissen, dass Einheitsverpackungen funktionieren werden“.

- 1 Republica Oriental del Uruguay: Ley No. 18.256. Control del Tabaquismo.  
<http://www0.parlamento.gub.uy/leyes/TextoLey.asp?Ley=18256&Anchor>
- 2 Dokumente zu Tabakunternehmen: <http://tobaccodocuments.org/>
- 3 [www.pmi.com/eng/media\\_center/company\\_statements/pages/uruguay\\_bit\\_claim.aspx](http://www.pmi.com/eng/media_center/company_statements/pages/uruguay_bit_claim.aspx)
- 4 Anfrage von Marina Carobbio und Antwort des Bundesrates:  
[http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20101128](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20101128)
- 5 Government of Namibia: No. 1 of 2010, Tobacco Products Control Act, 2010.  
[http://www.parliament.gov.na/acts\\_documents/129\\_act\\_1\\_of\\_2010.pdf](http://www.parliament.gov.na/acts_documents/129_act_1_of_2010.pdf)
- 6 Nico Smit: Tobacco control stuck in starting blocks. In: The Namibian 17.08.2011.  
<http://www.namibian.com.na/news-articles/national/full-story/archive/2011/august/article/tobacco-control-stuck-in-starting-blocks/>
- 7 Desie Heita: Tobacco firm threatens lawsuit. In: New Era 16.11.2011.  
[http://www.newera.com.na/article.php?title=Tobacco\\_\\_firm\\_threatens\\_lawsuit&articleid=41680](http://www.newera.com.na/article.php?title=Tobacco__firm_threatens_lawsuit&articleid=41680)
- 8 Die Southern Africa Customs Union (SACU) umfasst Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika und Swaziland.
- 9 Richard Kamwi: Keynote Address at the Commemoration of World No Tobacco Day 2011.  
[http://www.healthnet.org.na/minister/speeches/World\\_No\\_Tobacco\\_Day\\_Statement\\_May\\_31%5B1%5D.pdf](http://www.healthnet.org.na/minister/speeches/World_No_Tobacco_Day_Statement_May_31%5B1%5D.pdf)
- 10 BAT: Report into tobacco packaging regulation. (Deloitte Report)  
<http://www.bat.com/deloittereport>
- 11 Catherine Sasman: Tobacco regulation irks distributor. In: The Namibian 16.11.2011.  
[http://www.namibian.com.na/index.php?id=28&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=90086&no\\_cache=1](http://www.namibian.com.na/index.php?id=28&tx_ttnews[tt_news]=90086&no_cache=1)
- 12 BAT: Plain Packaging.  
[http://www.bat.com/group/sites/uk\\_\\_3mnfen.nsf/vwPagesWebLive/DO7J7DCZ?opendocument&SKN=1](http://www.bat.com/group/sites/uk__3mnfen.nsf/vwPagesWebLive/DO7J7DCZ?opendocument&SKN=1)
- 13 Network for Accountability of Tobacco Transnationals: NGOs Issue Global Call on Namibia to Stand Strong against Tobacco Industry Bullying.  
<http://www.stopcorporateabuse.org/node/1581>
- 14 Zeitleiste zur Plain Packaging Initiative: <http://www.smoke-free.ca/plain-packaging/history.htm>
- 15 Government of Australia: Tobacco Plain Packaging Act 2011.  
[http://www.comlaw.gov.au/Details/C2011A00148/Html/Text#\\_Toc309642368](http://www.comlaw.gov.au/Details/C2011A00148/Html/Text#_Toc309642368)
- 16 Government of Australia: Tobacco Plain Packaging Regulations 2011.  
<http://www.comlaw.gov.au/Details/F2011L02644>
- 17 Einheitsverpackung:  
<http://www.fctc.org/images/stories/Eg%20of%20Aus%20plain%20packaging%2000411.gif.jpg>
- 18 Mark Davison: Big Tobacco vs Australia: Philip Morris scores an own goal. 20.01.2012.  
<http://theconversation.edu.au/big-tobacco-vs-australia-philip-morris-scores-an-own-goal-4967>
- 19 BAT-Klage: <http://www.plainpack.com/doris/media/plainpack/PDF/High-Court-proceedings-1-December-v2.pdf> und <http://www.smoke-free.ca/trade-and-tobacco/Australia-Plain%20packaging/BAT%20v%20Cth%20writ%201%20Dec.pdf>
- 20 Imperial-Klage: <http://www.reuters.com/article/2011/12/06/us-australia-smoking-idUSTRE7B507R20111206> und <http://www.smoke-free.ca/trade-and-tobacco/Australia-Plain%20packaging/Imperial%20v%20Cth%20writ%206%20Dec.pdf>
- 21 JTI-Klage: <http://www.prnewswire.co.uk/cgi/news/release?id=343053> und <http://www.smoke-free.ca/trade-and-tobacco/Australia-Plain%20packaging/JTI%20v%20Cth%20writ%2015%20Dec.pdf>
- 22 PMI-Klage: <http://uk.reuters.com/article/2011/12/20/us-philip-morris-australia-idUKTRE7BJ08K20111220> und <http://www.smoke-free.ca/trade-and-tobacco/Australia-Plain%20packaging/PMA%20v%20Aust%20writ.pdf>
- 23 Sie war bis Mitte Dezember 2011 Gesundheitsministerin und hatte das TPP-Gesetz durchgesetzt.

**Abkürzungen:**

BAT	British American Tobacco
BIT	Bilaterales Investitionsschutzabkommen
FCTC	Framework Convention on Tobacco Control - Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs
GATS	Global Adult Tobacco Survey
ICSID	International Center for Settlement of Investment Disputes – Internationales Schiedsgericht
ISA	Investitionsschutzabkommen
NATT	Network for Accountability of Tobacco Transnationals
PMA	Philip Morris Asia
PMI	Philip Morris International
SACU	Southern Africa Customs Union
TPP	Tobacco Plain Packaging
WHO	World Health Organization - Weltgesundheitsorganisation

## 1.3

### Die Tabakindustrie im Kanzleramt

Johannes Spatz

Bisher konnte nur vermutet werden, dass es zum Alltag der Lobbyisten der Rauchbarone gehört, sich mit der Politik anzufreunden, ihnen Memos und Redemanuskripte zuzuschieben und die Fäden bis in das Kanzleramt zu ziehen. Doch Auskunft darüber geben vertrauliche Papiere der Tabakindustrie, die infolge von Prozessen in den USA in das Internet gestellt werden mussten.<sup>1</sup>

Im Jahr 2000 plant die Europäische Union, die Höchstwerte für Nikotin, Teer und Kohlenmonoxid pro Zigarette zu senken, textliche Gesundheitswarnhinweise auf Zigarettenpackungen vorzuschreiben und eine Meldepflicht für Zusatzstoffe einzuführen. Dafür wird die Tabakproduktrichtlinie 2001/37/EG auf den Weg gebracht.

Die Tabakindustrie läuft besonders gegen die Senkung der Höchstwerte Sturm. Sie sieht in den niedrigen Grenzwerten eine Exportsperre, da sie unterstellt, dass viele Raucher im Ausland der Europäischen Union Zigaretten mit wenig Teer und Nikotin nicht akzeptieren werden. Die Zigarettenproduktion in Deutschland sei zu mehr als einem Drittel für den Export gedacht. So würde die Exportklausel zu Werksstilllegungen führen.<sup>2</sup>

Eigentlich müsste die Tabakindustrie die Absenkung der Werte für Teer und Nikotin begrüßen. Lautet doch der Hauptslogan der Tabakindustrie bis heute „*Genuss braucht Verantwortung*“. Stattdessen zieht sie alle Register, um die hohen Werte des krebserzeugenden Teers zu verteidigen. Sie stellt sich damit in krassem Widerspruch zu der Europäischen Union, die angesichts der besonders schädlichen Wirkungen des Tabaks dem Gesundheitsschutz in diesem Zusammenhang Vorrang einräumt. Auch die damalige Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer schlägt sich bei dieser Frage eindeutig auf die Seite der Europäischen Union. Es sei „*unglaublich, Tabakwaren in Drittstaaten zu exportieren, wenn diese aus Gesundheitsgründen in Deutschland und Europa verboten sind*“.<sup>3</sup>

#### Strategie der Tabakindustrie

Die Zentrale des Widerstandes gegen die Tabakproduktrichtlinie in Deutschland ist der „Verband der Zigarettenindustrie“ (VdC). In diesem Verband sind alle größeren Zigarettenfirmen organisiert. Die internationalen Tabakkonzerne Philip Morris, British American Tobacco (BAT), Imperial Tobacco (mit Reemtsma) und Japan Tobacco International sind tonangebend. Dieser Lobbyverband hat die Aufgabe, die Interessen seiner Mitglieder gegenüber Politik und Regierung zu vertreten. Er löste sich 2007 auf und wurde neu als „Deutscher Zigarettenverband“ gegründet. Hauptgeschäftsführer beim VdC war im Jahr 2000 Ernst Brückner. Er repräsentierte seit vielen Jahren den Verband nach außen. Zweiter Mann

des Verbandes war sein Geschäftsführer, Dr. Reinhard Pauling. Er zeichnete sich für die Geheimpolitik des VdC aus.

Die Strategie, mit der der Verband der Cigarettenindustrie im Jahr 2000 gegen die Senkung der Grenzwerte vorgeht, verfolgt zwei Schwerpunkte. Zum einen sollen die Mitglieder des Europäischen Parlaments gegen das Exportverbot mobilisiert werden. Zum anderen soll über die Einflussnahme auf das Kanzleramt und auf Landesministerien erreicht werden, dass gegen die Tabakproduktrichtlinie geklagt wird. Wie umfassend die Strategie ausgearbeitet ist, kann dem Schreiben im Anhang dieser Broschüre entnommen werden. Dieser Beitrag soll sich auf exemplarische Initiativen des Verbandes der Cigarettenindustrie konzentrieren.

### **Die graue Eminenz der Tabakindustrie**

Die Tabakpapiere im Internet zeigen den Geschäftsführer des VdC, Reinhard Pauling, als Strippenzieher, der durch seine vielschichtigen Beziehungen versucht, die Tabakproduktrichtlinie zu entschärfen. Im Jahr 2000 ist Pauling inzwischen zwanzig Jahre beim VdC. Es ist ein von ihm geschaffenes enges Beziehungsgeflecht aus Freunden und Bekannten, das ihm ein Lobbying auf allen Ebenen der Politik ermöglicht. Sicherlich ist ihm seine Parteimitgliedschaft bei den Sozialdemokraten von Diensten, wenn er mit dem Kanzleramt oder mit Ministern sozialdemokratischer Landesregierungen spricht. Mit Recht kann man ihn die graue Eminenz der Tabakindustrie nennen.

### **Das Kanzleramt**

Als das Projekt, die „Exportklausel“ streichen zu lassen, nicht vorankam, wurde die Einflussnahme auf Regierung und Politik verstärkt.

Wie weit die Tabakindustrie dabei erfolgreich in das Machtzentrum der Bundesregierung vorstoßen kann, zeigt ein Bericht über ein Gespräch mit dem Büroleiter Ewold Seeba von Frank-Walter Steinmeier aus dem Kanzleramt. Es handelt sich um ein Fax vom 19. Juni 2000, aus dem hervorgeht, dass die Abstimmung über die Tabakproduktrichtlinie damals in eine entscheidende Phase gekommen ist. Da der Ausschuss der Ständigen Vertretung der EU bereits am 21. Juni zu dem Thema der Produktrichtlinie tagen soll, ist Eile angesagt. Pauling schreibt<sup>4</sup>:

*ich hatte die Gelegenheit, in der letzten Woche noch einmal mit dem Büroleiter des Leiter des Bundeskanzleramtes, Dr. Steinmeier, zu sprechen. Man ist dort wegen der Abstimmung im Europäischen Parlament sehr besorgt, insbesondere wegen der Exportklausel. Da bereits Übermorgen im Ausschuss der Ständigen Vertreter eine Vorentscheidung hinsichtlich der Position der Mitgliedstaaten fallen wird, ist für heute auf unseren Wunsch hin eine Staatssekretärs-Runde einberufen worden. Diese soll heute abend die Position der Bundesregierung im Gesundheitsministerrat festlegen.*

Am 23. Juni notiert Pauling das Ergebnis seines Gesprächs mit dem Kanzleramt<sup>5</sup>:

Herr Dr. Seeba, Büroleiter von Dr. Steinmeier, teilte mir gestern telefonisch mit, daß die Bundesregierung nach der Staatssekretärrunde am Montag abend folgende Position einnehme:

Die Bundesregierung lehnt die Richtlinie wg. rechtlicher Bedenken ab. Sie hat im Ausschuß der Ständigen Vertreter am Mittwoch ihren Vertreter beauftragt, diese Position zu vertreten. Hilfsweise schlägt sie vor, die Entscheidung im Ministerrat auf einen Termin nach der Entscheidung des EUGH in Sachen Tabakwerbung zu verschieben. Unterstützung habe sie seitens A,L.G.R erfahren, die Position der NL sei nicht klar. UK habe klare Weisung von PM Blair zuzustimmen. Man wird seitens des Kanzleramtes jetzt versuchen, F zur Enthaltung zu bewegen. Der Zusicherung der Kommission, man werde nicht gegen den erklärten Willen von D aus Angst vor einer neuen Klage am 29.6. abstimmen, traut man nicht. Ich treffe Dr. Seeba noch einmal heute mittag in Berlin.

### Die Niedersachsen-Connection

Pauling führt Gespräche mit Ministern, Staatssekretären und Abgeordneten. Besonders wichtig erscheint sein Kontakt zu Udo Mientus, der für die SPD sowohl Mitglied des Landtags von Niedersachsen als auch des Ausschusses der Regionen (AdR) der Europäischen Union ist. Pauling berichtet in einem Brief im Januar 2000, dass er mit Mientus über die Tabakproduktrichtlinie gesprochen habe mit dem folgenden Ergebnis<sup>6</sup>:

*„Er wird sich dann um die Sache kümmern, soweit dies möglich ist“.*

Mientus bringt im April 2000 einen Änderungsantrag zur Tabakproduktrichtlinie in den AdR der EU ein. Danach soll weiterhin der Export der Zigaretten unabhängig von den Anforderungen der Tabakproduktrichtlinie möglich sein. Zur Begründung führt er aus<sup>7</sup>:

*„Der in diesem Zusammenhang angestrebte Gesundheitsschutz durch die Reduzierung auf die in Artikel 3 genannten Werte steht außer Verhältnis zu dem Einschnitt für die hiesige Tabakindustrie.“*

Im September schreibt Pauling in einem Brief an Rolf Bielefeldt von BAT über seine erfolgreichen Kontakte zu Udo Mientus<sup>8</sup>:

*„1. Gespräch mit Udo Mientus (SPD), Vorsitzender des Europa-Ausschusses im Landtag und Mitglied des AdR*

*Mein Freund Udo wird am 20.9. bei einer gemeinsamen Sitzung aller sozialistischen Abgeordneten der EP und des AdR auch zur Produkt-Richtlinie sprechen. Manuskript bekommt er von mir. Neben der Frage nach der grundsätzlichen Einstellung Europas zum Tabak wird er ganz konkret zum Exportverbot Stellung nehmen und seine Kollegen im EP bitten, in diesem Punkt den Gemeinsamen Standpunkt abzulehnen und einen eigenen Änderungsantrag einzubringen.“*

In demselben Schreiben an Rolf Bielefeldt schildert Pauling eine Begegnung mit dem Europa-Minister von Niedersachsen, Wolfgang Senff:

*„2. Gespräch mit Europa-Minister Senff, Niedersachsen*

*Ich habe Wolfgang Senff, den ich seit Jahren gut persönlich kenne, den Sachstand vorgetragen und darauf hingewiesen, dass ich annehme, dass nur eine Klage der Bundesregierung Aussicht auf Erfolg hat. Eine absolute Mehrheit im Parlament ist mir zu unsicher. Ich habe mit ihm mehrere Möglichkeiten des Vorgehens seitens der niedersächsischen Landesregierung diskutiert und er will jetzt folgendes tun. Er wird mit seinem Ministerpräsidenten Gabriel sprechen. Seine Empfehlung geht dahin, zum einen seitens des MP unseren Bundeskanzler, genauer dessen Staatssekretär Dr. Steinmeier, der schon zur Zeit, als Schröder noch MP in Niedersachsen war, dessen Staatssekretär und engster Vertrauter war, anzusprechen und für eine Klage einzutreten. Senff ist dafür, dass Niedersachsen für den Bund die Klage vor dem EUGH durchführt, dazu braucht er aber das Ja seines Ministerpräsidenten.“*

Abschließend bittet er Rolf Bielefeldt, „diese Informationen vertraulich“ zu behandeln.

## **Ergebnis**

Die Tabakproduktrichtlinie wurde als Richtlinie 2001/37/EG ohne gravierende Änderungen im Jahr 2001 durch das EU-Parlament verabschiedet. Die Tabakindustrie konnte erreichen, dass eine Übergangsfrist für den Export bis 2007 eingeräumt wurde. Die Tabakproduktrichtlinie der EU wurde als Tabakprodukt-Verordnung im Jahr 2002 in das deutsche Recht übernommen.

Wie die Geschichte im Einzelnen weiterging, können wir leider nicht erfahren, da die Internetpapiere diesen intimen Einblick nur bis zum Jahr 2000 zulassen. Wir wissen jedoch, dass eine Klage der Tabakindustrie in England vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingereicht wurde. Der EuGH wies die Klage ab. Später noch wurde in den Medien gemeldet, dass die Bundesregierung auch klagen wollte, aber die Klage 24 Stunden zu spät eingereicht hatte. Verantwortlich sei das Bundesgesundheitsministerium gewesen.

Reinhard Pauling wurde nach der Auflösung des VdC Bevollmächtigter des Bundesverbandes Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e. V. (BDTA). Als Bevollmächtigter des BDTA hat er noch immer internationale Auftritte, wie jüngst beispielsweise die Teilnahme an einer Kommissionssitzung der EU zu dem Thema Zigarettenautomaten.<sup>9</sup>

## **Zehn Jahre später: Planung einer neuen Tabakproduktrichtlinie**

Seit 2010 ist die Tabakproduktrichtlinie wieder ein großes Thema. Sie soll überarbeitet und vermutlich zu Beginn 2014 vom EU-Parlament verabschiedet werden.

Es geht um die Einführung u. a. von neutralen Zigarettenpackungen, Verbot von Zusatzstoffen, Abschaffung der Zigarettenautomaten und Verbot von rauchfreiem

Tabak. Die Tabakindustrie läuft wieder Sturm. Die Argumente und Androhungen erscheinen bekannt.

Hinter der Überarbeitung der Tabakproduktrichtlinie verberge sich *„einer der schärfsten Angriffe auf Hersteller, Einzelhändler und die Genießer von Tabakprodukten. Letztlich geht es um eine Enteignung bei Markenrechten, die Einschränkung der Berufsfreiheit und eine fortgesetzte Diskriminierung von Rauchern.“*<sup>10</sup>

Die Frankfurter Allgemeine vom 05.09.2011 berichtet dazu: *„Das ist schleichende Enteignung“*, sagt der Deutschlandchef von BAT, Ad Schenk. Der Zigarettenhersteller Reemtsma aus Hamburg fürchtet *„einen Tod auf Raten, das Zerstören einer Industrie“*.

Die Brüsseler Ideen gingen *„weit über jedes verträgliche Maß hinaus“*. Sollte auch nur eine davon beschlossen werden, wollen die Konzerne vor Gericht ziehen, kündigen ihre Vertreter an. Michael Bauer, der das Brüsseler Büro der Anwaltssozietät CMS Hasche Sigle leitet, räumt den Konzernen gute Chancen ein, auf dem Gerichtsweg zu obsiegen. Die Frage sei, ob die rigiden Pläne das Geschäftsmodell der Tabakindustrie erdrosselten. Falls die Gerichte dies bejahten, müsse die EU ihre Vorschriften entweder zurücknehmen oder die Industrie entschädigen.

Auf dem Hintergrund der Versuche der Tabakindustrie, im Jahre 2000 die Tabakproduktrichtlinie zu entschärfen, kann man sich gut vorstellen, wie diese Industrie heute agiert. Ihre Kritiker können sich inzwischen jedoch seit 2003 auf das Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs berufen. Diese Konvention ist mittlerweile von über 174 Staaten ratifiziert worden. Das Tabakrahenübereinkommen liefert eine ausreichende Grundlage, um ein Vorgehen der Tabakindustrie wie im Jahr 2000 zu verhindern.

In Deutschland ist diese Konvention als „Gesetz zum Tabakrahenübereinkommen“ vom Bundestag 2004 beschlossen worden. In der Präambel des Gesetzes wird betont, wie wichtig es ist, *„wachsam auf alle Versuche der Tabakindustrie zur Untergrabung oder Zunichtemachung von Bemühungen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs zu achten ...“*. Seit 2008 gibt es für das Gesetz Leitlinien, die folgendes Verhalten im Umgang mit der Tabakindustrie empfehlen:

*„Die Vertragsparteien sollten nur dann und nur so weit mit der Tabakindustrie interagieren, wie dies unbedingt erforderlich ist, um die Tabakindustrie und Tabakerzeugnisse wirksam zu regulieren.*

*Sind Interaktionen mit der Tabakindustrie erforderlich, sollten die Vertragsparteien sicherstellen, dass diese Interaktionen transparent erfolgen. Jegliche Interaktionen sollten möglichst öffentlich erfolgen, z. B. durch öffentliche Anhörungen, öffentliche Bekanntmachung der Interaktionen, Offenlegung von Unterlagen über solche Interaktionen“*.

Würden diese Empfehlungen von der Bundesregierung ernst genommen werden, dann müsste sie alle ihre Kontakte mit der Tabakindustrie veröffentlichen. Doch erst auf die gezielten Fragen des grünen Bundestagsmitglieds Harald Terpe in-

formierte die Bundesregierung in einem Brief vom 23. März 2012 über rege Kontakte zum Thema Tabakproduktrichtlinie innerhalb der Zeitspanne 2010 und 2012. Es wurden zwölf Kontakte mit Staatssekretären aufgezählt. Alleine im Bundeswirtschaftsministerium führte die Tabakindustrie fünf Gespräche. Das Bundesjustizministerium wurde drei Mal besucht und das Bundesgesundheitsministerium und das Bundesverbraucherministerium jeweils zwei Mal.

Erstaunlich ist, dass das Kanzleramt überhaupt nicht erwähnt wird, obwohl Harald Terpe an erster Stelle nach Gesprächen der Tabakindustrie mit dem Kanzleramt und dann mit Ministerien und nachgeordneten Behörden gefragt hatte. Vermutlich waren die Angaben nicht vollständig, da ausdrücklich nur Kontakte auf der Ebene der Staatssekretäre angegeben wurden, während die Begegnungen mit der übrigen Ministerialbürokratie nicht zum Bestandteil des Berichts gemacht wurden.

Nach den Leitlinien des Gesetzes zum Tabakrahenübereinkommen verhält sich die Regierung hier nicht korrekt. Denn aus der Beantwortung der Fragen des Bundestagsmitgliedes Terpe geht nicht der vollständige Umfang der Kontakte hervor. Auch wird nicht erklärt, warum die Gespräche unverzichtbar waren. Es handelt sich also um Lobbyarbeit, über die nur bruchstückhaft Auskunft gegeben wird.

Doch geht es hier nicht um die Lobbyarbeit irgendeiner Industrie, sondern um die der Tabakindustrie, die mit dem Verkauf ihrer Produkte für den millionenfachen Tod von Menschen verantwortlich ist. Während des vergangenen Jahrhunderts sind weltweit 100 Millionen Menschen an den Folgen des Rauchens gestorben. Nach Aussagen der Weltgesundheitsorganisation wird diese Zahl im 21. Jahrhundert insgesamt auf eine Milliarde ansteigen, wenn der Tabakgebrauch nicht eingedämmt wird.

Die erste Leitlinie des Artikels 5.3 des Gesetzes zum Tabakrahenübereinkommen ist von der Bundesregierung ernst zu nehmen. Sie lautet: *„Es gibt einen fundamentalen und unüberbrückbaren Konflikt zwischen den Interessen der Tabakindustrie und gesundheitspolitischen Interessen“*. Daraus ergibt sich die Konsequenz, dass Kontakte von Regierung und Politik mit der Tabakindustrie – wenn sie überhaupt notwendig sein sollten – nur öffentlich stattfinden. Kontakte hinter dem Rücken der Öffentlichkeit sind zu verbieten. Es ist von der Bundesregierung zu fordern, die Beziehungen zur Tabakindustrie zu denormalisieren. Das bedeutet eine Ächtung dieser Industrie.

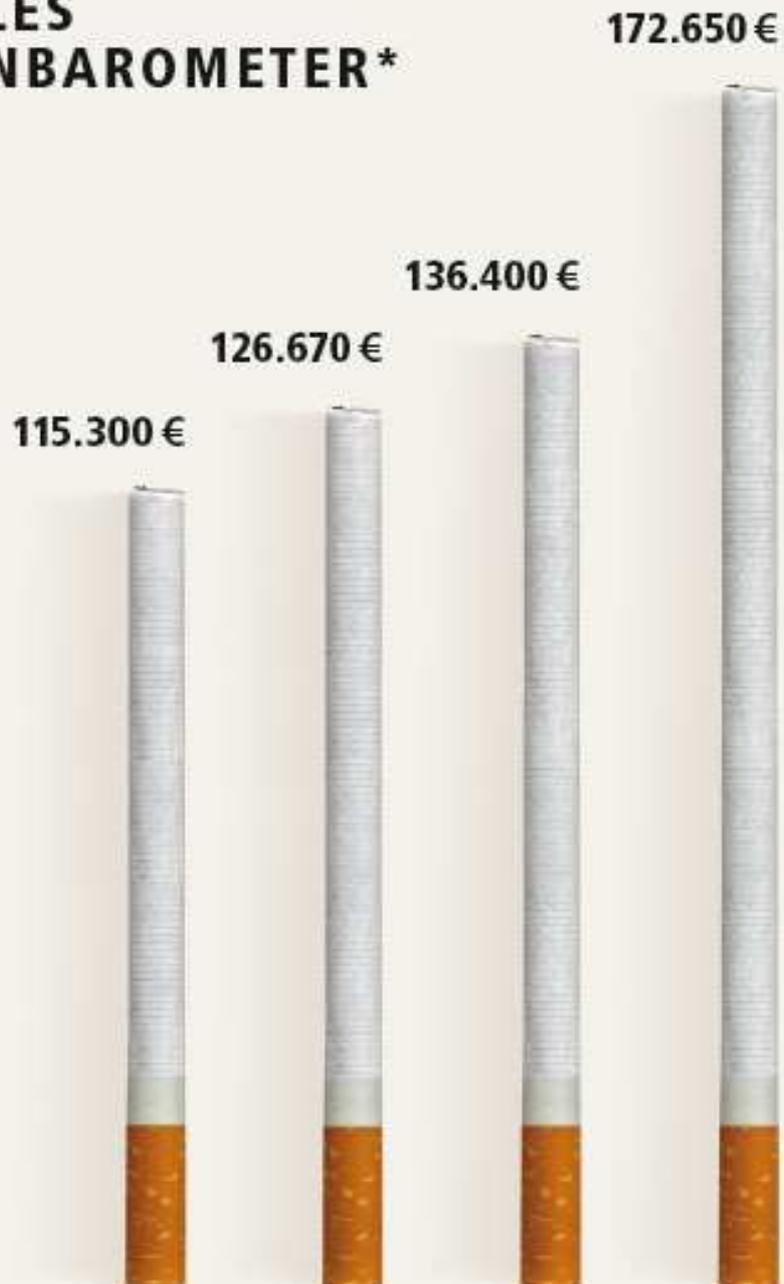
- 1 Spatz, J.: Tabakindustrie kümmert sich um die Politik. [www.forum-rauchfrei.de](http://www.forum-rauchfrei.de), dort unter „Dokumentation“ und „Literaturempfehlungen und Beiträge des Forums“. 25.01.2007
- 2 Welt online vom 11.12.2002
- 3 Der Spiegel vom 09.12.2000
- 4 Fax von Reinhard Pauling an Rolf Bielefeldt vom 19. Juni 2000: Bates-Nr. 325130087; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/jvi61a99/pdf?search=%220044%20207%208452176%22>
- 5 Notiz von Reinhard Pauling vom 23.06.2000: Bates-Nr. 325130072; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/ivi61a99/pdf?search=%22325130072%22>
- 6 Schreiben von Reinhard Pauling an Antonella Pedireva, CECCM, vom 18.01.2000: Bates Nr. 325129397; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/kti61a99/pdf?search=%22mientus%22>

- 7 Europäische Union, Ausschuss der Regionen, Änderungsantrag: Bates-Nr. 325126074;  
<http://legacy.library.ucsf.edu/tid/asw70a99/pdf?search=%22325126074%22>
- 8 Fax von Reinhard Pauling an Rolf Bielefeldt, BAT vom 12.09.2000: Bates-Nr. 325127593;  
<http://legacy.library.ucsf.edu/tid/vxw70a99/pdf?search=%22325127593%22>
- 9 Treffen des Direktorats „Substances of Human Origin and Tobacco Control“ der Europäischen Kommission am 12. Januar 2012
- 10 DTV Tabakwaren-Vertriebsgesellschaft, [www.dvtabak.de](http://www.dvtabak.de), dort Beitrag vom 16.8.2010

**Abkürzungen:**

AdR	Ausschuss der Regionen der Europäischen Union
BAT	British American Tobacco
BDTA	Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e.V.
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EUGH	Europäischer Gerichtshof
MP	Ministerpräsident
VdC	Verband der Cigarettenindustrie
WHO	World Health Organization – Weltgesundheitsorganisation

# AKTUELLES SPENDENBAROMETER\*



**Sonstige FDP CSU SPD CDU**

\* Im Zeitraum von zehn Jahren (2001–2010) spendete die Tabakindustrie über 550.000€ an die deutschen Volksparteien.  
Zahlen: Bundstagsveröffentlichungen, Stand 21.04.12

Logo © Michael Kunter.de

Michael Kunter • Plakatwettbewerb 2007 Forum Rauchfrei, aktualisiert

## 1.4

### Parteispenden – selbstlos oder bestechend?

Wolfgang Behrens

Alle Parteien behaupten, ohne Spenden ihren verfassungsgemäßen Auftrag nicht erfüllen zu können. Rechtfertigt dies, jede Spende anzunehmen? Sicher nicht. Neben moralischen Bedenken ist auch abzuwägen, dass mindestens größere Spenden allgemein nicht selbstlos, sondern in Erwartung einer Gegenleistung gegeben werden. Besonders Parteien, deren gesetzlicher Auftrag es ist, *„auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluss nehmen“*, tragen hier eine besondere Verantwortung.

Auszug aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Art 21 (1):

*„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. (...) Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel (...) öffentlich Rechenschaft geben.“<sup>1</sup>*

Auszug aus dem Parteiengesetz

§ 25 (1):

*„Parteien sind berechtigt, Spenden anzunehmen. ...“*

§ 25 (2):

*„Ausgeschlossen sind:*

*7. Spenden, die der Partei erkennbar in Erwartung oder als Gegenleistung eines bestimmten wirtschaftlichen oder politischen Vorteils gewährt wurden.“<sup>2</sup>*

Die genannten Paragraphen bilden die Basis für Zuwendungen (Parteispenden) natürlicher und juristischer Personen an Parteien. Die Zuwendungen dürfen nicht zweckgebunden sein. Vielmehr sollte es sich bei Parteispenden um Wohltätigkeit (Philanthropie) handeln. Spender sollten also Mäzene im klassischen Sinne sein.

Mäzenatentum wird abgeleitet vom Namen des römischen Adligen Gaius Maecenas (um 70-8 v. Chr.), der Schriftstellern durch materielle Unterstützung ein freies künstlerisches Schaffen ermöglichte. Seitdem steht Mäzenatentum als Bezeichnung für eine meist finanzielle Förderung im kulturellen Bereich ohne direkte Gegenleistung. Doch bereits im Mittelalter wurde es missbraucht. Man denke nur an die politische Ausprägung des Mäzenatentums durch die Familie Medici, die in Florenz ihre eigene Machtposition entwickeln und über eine längere Zeit festigen konnte.<sup>3</sup>

Gerade an der politischen Ausprägung des Mäzenatentums hat sich bis heute nichts geändert, wie man leicht anhand der jährlichen Veröffentlichung von Spenden über 50.000 € durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages er-

kennen kann. Die Tabakindustrie ist in den letzten Jahren in den Listen nicht aufgeführt. Dennoch sollte daraus nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Tabakindustrie bei der direkten Parteienfinanzierung nicht mitwirkt.

Die Spenden der Tabakfirmen liegen nur jeweils unter 50.000 €. Im Internet veröffentlichte Philip Morris International, im Jahre 2010 jeweils 14.487 \$US an CDU, CSU, SPD und FDP gezahlt zu haben. Nur die Liberalen in Australien und verschiedene Parteien in Brasilien erhielten mehr Spendengelder.

Aus den vom Bundestagspräsidenten veröffentlichten Bekanntmachungen von Rechenschaftsberichten der deutschen politischen Parteien lassen sich folgende Parteispendingen über 10.000 € entnehmen:<sup>4</sup>

<b>Jahr</b>	<b>Empfänger</b>				<b>Summe</b>	<b>Spender</b>
	<b>CDU</b>	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>		
2009	32.000 €	30.000 €	34.500 €	31.000 €	127.500 €	Philip Morris
2008	13.225 €	23.725 €	18.225 €	15.225 €	70.400 €	Philip Morris
2006	10.225 €	10.225 €	10.225 €	10.225 €	40.900 €	Philip Morris
2005	12.500 €	10.500 €	-	-	23.000 €	Philip Morris
2004	26.225 €	15.725 €	16.725 €	12.225 €	70.900 €	Philip Morris
	20.000 €	-	-	-	20.000 €	Reemtsma
2003	-	-	11.500 €	-	11.500 €	Philip Morris
2002	30.475 €	25.995 €	19.725 €	20.225 €	96.420 €	Philip Morris
	-	-	-	15.900 €	15.900 €	VdC
2001	17.500 €	-	15.000 €	-	32.500 €	Philip Morris

Wahrscheinlich wegen der Querelen im eigenen Interessenverband VdC (Verband der Cigarettenindustrie) wurden im Jahre 2007 von der Tabakindustrie keine veröffentlichungspflichtigen Parteispendingen gezahlt. Nachdem Platzhirsch Philip Morris (rund 37 % Marktanteil [Hauptmarke Marlboro]) im Mai 2007 überraschend seinen Austritt erklärte, löste sich der Lobbyverband am 29. Juni 2007 auf.<sup>5</sup>

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen gehört offensichtlich nicht zur Interessensphäre der Tabakindustrie. Sie haben entweder keine oder nur nicht deklarierungspflichtige Spenden unter 10.000 € erhalten.

Spenden an politische Parteien sind legal, den Mantel der Wohltätigkeit wird man ihnen allen Beteuerungen zum Trotz jedoch nicht umhängen können. Natürlich lässt sich eine direkte Beeinflussung politischer Entscheidungen infolge der Parteispenden nicht nachweisen, eine Beeinflussung allgemein durch die Tabaklobby schon. Parteispenden dienen wie die anderen Formen der Parteienfinanzierung mindestens als „Türöffner“.

Der Tabakkonzern British American Tobacco (BAT) hat offen zugegeben, dass er politische Parteien mit Spenden beeinflussen will. In seinem „*Social Report 2005*“ schrieb er, dass seine „*Konzerngesellschaften an politische Parteien und Organisationen spenden dürfen mit der Vorgabe, dass die Spenden ausschließlich dem Zweck dienen, die Debatte über Themen zu beeinflussen, die für den Konzern oder die Konzerngesellschaft relevant sind, und nicht etwa, um einen unangebrachten geschäftlichen oder sonstigen Vorteil zu erlangen.*“<sup>6</sup> Zweck der Parteifinanzierung durch die Tabakfirmen ist also die politische Einflussnahme zugunsten der eigenen Konzerne. Und auch wenn Philip Morris International (PMI) auf seiner Internetseite publiziert, dass PMI seinen ausgeprägten Sinn für Philanthropie konsequent fortsetzt, wird man unterstellen dürfen, dass auch der größte Parteispendinggeber nicht uneigennützig handelt und die Spenden ebenfalls einsetzt, um Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger auszuüben.

Der Verband der Cigarettenindustrie (VdC) verfügte über hervorragende Beziehungen zu allen für die Tabaklobby wichtigen Ministerien und nachgeordneten Bundesbehörden. Sein Einfluss ging so weit, dass sogar Gesetzestexte bzw. -änderungen vorformuliert wurden, die dann von Bundesregierung und Bundestag beschlossen wurden. Beispielsweise bestätigte im Nachhinein der VdC die Urheberschaft der „*Haltung der Bundesregierung zum Passivrauchen*“ im Jahre 2006. Die Behörden hatten seinerzeit das vom VdC gelieferte Papier einfach kopiert.<sup>7</sup>

Auch im Gesetzgebungsverfahren zu den Nichtraucherschutzgesetzen war der Einfluss der Tabaklobby überdeutlich. Zu Beginn einer Beratung fanden die Ausschussmitglieder als Tischvorlage einen von der Tabaklobby vorformulierten Gesetzentwurf, wobei nicht geklärt werden konnte, wie der Textentwurf in die Ausschussunterlagen gekommen war.

Das Bundesverfassungsgericht stellte 1997 fest, dass Rauchen gesundheitsschädlich ist. Weiterhin wurde höchstrichterlich festgestellt, dass nach dem medizinischen Kenntnisstand gesichert ist, dass Rauchen Krebs sowie Herz- und Gefäßkrankheiten verursacht und damit zu tödlichen Krankheiten und Gesundheitsgefahren für nicht rauchende Mitmenschen führt. Bei Tabakerzeugnissen handelt es sich um Genussmittel, bei deren bestimmungsgemäßer Verwendung Gesundheitsschäden regelmäßig auftreten (BVerfG, B. v. 22. Januar 1997, Az. 2 BvR 1915/91, in: BVerfGE 95, 173).

Dass Tabakprodukte selbst bei bestimmungsgemäßigem Gebrauch nicht nur unerhebliche Gesundheitsschäden verursachen können, wird inzwischen auch von der Tabakindustrie nicht mehr bestritten. Es ist darum völlig unverständlich, dass Parteien, die zwar keinen Eid darauf abgelegt haben, Schaden vom Volk abzuwenden, deren Handeln jedoch natürlich darauf abzielen muss, noch immer Spenden der Hersteller dieser gesundheitsschädlichen Produkte annehmen.

Alle Parteien sollten endlich das auch von Deutschland unterzeichnete Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs der Weltgesundheitsorganisation (WHO-FCTC) umsetzen und auf jegliche Einflussnahme sowie Zuwendungen durch die Tabakindustrie verzichten.

Karl-Heinz Florenz, Gesundheitsexperte im EU-Parlament und von 2004 bis 2007 Vorsitzender des EU-Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, rät, Regierungen und Politiker sollten sich keine Veranstaltungen von der Tabaklobby bezahlen lassen.<sup>8</sup>

Über die Gründe der Zurückhaltung der Parteien, Spenden der Tabakindustrie abzulehnen, kann man nur spekulieren. „*Pecunia non olet – Geld stinkt nicht*“, soll der römische Kaiser Vespasian zur Begründung einer Besteuerung öffentlicher Latrinen gesagt haben. Aber Parteienfinanzierung durch die Tabakindustrie stinkt zum Himmel.

- 1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (GG) vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. Juli 2010 (BGBl. I S. 944)
- 2 Parteiengesetz (PartG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. August 2011 (BGBl. I S. 1748)
- 3 Historisches Lexikon der Schweiz (<http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10992.php>)
- 4 Drucksachen des Deutschen Bundestages – Unterrichtung durch den Präsidenten – Bekanntmachungen von Rechenschaftsberichten der deutschen politischen Parteien (Internet)
- 5 Handelsblatt vom 29.06.2007 (<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/verband-der-cigarettenindustrie-loest-sich-auf-ein-lobbyist-weniger-in-berlin-und-bruessel/2828710.html>)
- 6 Social Report 2005, British American Tobacco (Germany) GmbH, März 2006 (S. 65)
- 7 Wikipedia – Die freie Enzyklopädie ([http://de.wikipedia.org/wiki/Verband\\_der\\_Cigarettenindustrie](http://de.wikipedia.org/wiki/Verband_der_Cigarettenindustrie))
- 8 netdoktor vom 02.04.2007 (<http://www.netdoktor.de/News/Kaeufliche-Politik-Kritik-w-1126596.html>)

#### Abkürzungen:

BAT	British American Tobacco
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
PMI	Philip Morris International
VdC	Verband der Cigarettenindustrie
WHO-FCTC	Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs der Weltgesundheitsorganisation

## 1.5

### **Die Körber-Stiftung – Partner für Politik und Tabakindustrie**

Dieter Eichinger

Die Körber-Stiftung<sup>1</sup> ist als Inhaberin der Körber AG und damit der Hauni AG, dem weltweit führenden Hersteller von Maschinen für die Zigarettenproduktion, zur Tabakindustrie zu zählen. Damit fällt sie unter das Gesetz zu dem Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation zur Eindämmung des Tabakkonsums. Ihre Aktivitäten dürfen vonseiten der Politik in keiner Weise unterstützt werden, Interaktionen mit ihr müssen auf ein Maß beschränkt werden, das allein zur Überwachung ihrer Aktivitäten dient.

#### **Die Stiftung**

Im Jahr 1959 vom Unternehmer Kurt A. Körber gegründet, gehört die Körber-Stiftung heute zu den größten und aktivsten Stiftungen der Bundesrepublik. Nach dem Tod Körbers ging die Körber AG in den alleinigen Besitz der Stiftung über. Mit einem Vermögen von mehr als 500 Millionen Euro gehört sie zu den finanzstärksten gesellschaftlichen Akteuren des Landes. Ihre Aktivitäten sind für Außenstehende kaum mehr überschaubar. Nach eigenen Angaben veranstaltet sie Wettbewerbe, Preisverleihungen, Gesprächskreise, Podiumsdiskussionen und Symposien. Die Themenbereiche umfassen hierbei alle gesellschaftlichen Themen, von der Jugendförderung bis zum Leben im Alter, von Politik bis Kunst, von gesellschaftlicher Integration bis zu Wissenschaft. Beispielhaft seien hier nur einige der Veranstaltungsreihen, Foren und Förderprogramme genannt:

- der Bergedorfer Gesprächskreis, das Körber-Netzwerk Außenpolitik und die Gesprächsreihe Munich Young Leaders
- Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten und das Körber-Netzwerk Geschichtsvermittlung
- der Körber-Preis für die Europäische Wissenschaft, der Deutsche Studienpreis und das Programm Stadt der jungen Forscher
- die Hamburger Tulpe, das Netzwerk türkeistämmiger Mandatsträger/-innen und das BegegnungsCenter Haus im Park.

#### **Stiftung und Politik**

Berührungängste seitens der Politik scheint es nicht zu geben. Bei all ihren Aktivitäten gelingt es der Stiftung, Politikerinnen und Politiker aller Richtungen zu beteiligen oder für sich einzunehmen. Auch hier ist die Liste derjenigen, die an Veranstaltungen der Körber-Stiftung teilnahmen, unüberschaubar. Als Teilnehmer des Körber-Forums, einer der von der Stiftung veranstalteten Gesprächsrunden, seien hier stellvertretend Heinz Buschkowsky, Gernot Erler, Joschka Fischer, Peter Gauweiler, Karl Lauterbach, Oswald Metzger, Cem Özdemir, Ruprecht Polenz und Hans-Christian Ströbele genannt.

Im Netzwerk türkeistämmiger Politiker/-innen, das 2004 von der Stiftung initiiert wurde und dessen Arbeit von der Stiftung koordiniert wird, treffen sich türkischstämmige Mandatsträger aus der ganzen Bundesrepublik, aus Berlin sind hier vier Mitglieder des Abgeordnetenhauses vertreten. Für die Hamburger Tulpe hat die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft die Schirmherrschaft übernommen, für den Berliner Ableger dieses Preises, die Berliner Tulpe, liegt die Schirmherrschaft bei dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit.

Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, wollte man alle Politiker aufzählen, die mit der Körber-Stiftung in welcher Weise auch immer verbunden sind. Der Grund, warum es hier offensichtlich keinerlei Bedenken seitens der Politiker gibt, sich zu engagieren, mag darin liegen, dass die Beziehung zwischen Stiftung und Politik vor langer Zeit und an höchster Stelle geknüpft wurde.

### **Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten**

Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten wurde 1973 vom damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann und Kurt A. Körber zum ersten Mal veranstaltet und wird seitdem regelmäßig ausgeschrieben. Laut Aussage der Stiftung handelt es sich um den größten historischen Forschungswettbewerb für junge Menschen in Deutschland. Vorsitzender des Kuratoriums ist der Chef des Bundespräsidialamtes, Dr. Lothar Hageböling, stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums Dr. Lothar Dittmer, Mitglied des Vorstands der Körber-Stiftung. Erkundigt man sich auf der Homepage des Bundespräsidenten nach dem Geschichtswettbewerb, wird man direkt auf die Seite der Körber-Stiftung verlinkt. Zahlreiche staatliche Einrichtungen sind als Partner des Geschichtswettbewerbs aufgeführt, darunter das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern oder das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur in Rheinland-Pfalz. Der Bundespreis des Geschichtswettbewerbs wird durch den Bundespräsidenten in dessen Amtssitz übergeben, ein Bild der letzten Preisverleihung zeigt eine der Preisträgerinnen *„mit Bundespräsident Christian Wulff und Dr. Lothar Dittmer, Vorstand der Körber-Stiftung“*.

### **Die Stiftung und der Tabak**

Eine solch enge Verflechtung von Politik und Körber-Stiftung ist bedenklich genug, zumal man die Stiftung als alleinige Inhaberin der Körber AG durchaus als Wirtschaftsunternehmen betrachten kann. Noch bedenklicher allerdings wird diese Verflechtung, wenn man sich vergegenwärtigt, womit die Körber AG ihr Geld verdient. Gründungsunternehmen der Körber-Gruppe ist die Hauni Maschinenbau AG, nach eigenen Angaben *„weltweit führende[r] Anbieter von Technologien sowie technischen Services und Beratungsleistungen für die internationale Tabakindustrie“*. Mit einem Jahresumsatz von 798 Mio. Euro (2010) trägt sie den wesentlichen Teil zu den Einnahmen der Körber AG bei. Da es sich bei der Hauni AG um das Gründungsunternehmen der Körber-Gruppe handelt, lohnt es sich, diese Firma genauer zu betrachten.

## **Hauni – Partner der Tabakindustrie**

1946 gegründet hat sich Hauni (Hanseatische Universelle) zum Marktführer für Maschinen zur Zigarettenproduktion entwickelt. Die Firma beschäftigt mehr als 3.800 Mitarbeiter und ist weltweit tätig. Als Weltmarkt- und Technologieführer besitzt die Firma Standorte rund um den Globus von Sao Paolo bis Tokio. Ihr Aufgabengebiet sieht sie nach eigenen Angaben in der Unterstützung ihrer Kunden bei der Entwicklung neuer Produkte, der Erschließung neuer Märkte und der Verbesserung ihrer Prozesse, wobei sie ein breites Spektrum an Technologien und Dienstleistungen für die internationale Tabakindustrie abdeckt. Die Bezeichnung „*Partner der Tabakindustrie*“ verwendet Hauni durchaus zu Recht.

Ein Beispiel für ein Produkt der Hauni AG ist die Protos M8, eine Maschine, mit der sich in einer 8-Stunden-Schicht bis zu 9 Millionen Zigaretten herstellen lassen. Man kann wohl davon ausgehen, dass die Hauni AG als profitorientiert denkendes Unternehmen ein Interesse daran hat, dass diese Zigaretten auch verkauft werden.

## **Politik, Tabak und Moral**

Hier zeigt sich nun deutlich das Problem, vor dem Politiker stehen, wenn sie sich auf die Körber-Stiftung einlassen. Die Stiftung finanziert sich und ihre Aktivitäten zu einem großen Teil aus Einnahmen, die durch die Produktion von Zigaretten zustande kommen. Auch wenn die Hauni AG selbst keine Zigaretten produziert, sondern nur die für deren Herstellung benötigten Maschinen, lässt sich diese Tatsache nicht abstreiten. Damit kommt die Politik in Konflikt mit dem Gesetz zu dem Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation vom 21. Mai 2003 zur Eindämmung des Tabakgebrauchs, das der Bundestag am 19. November 2004 verabschiedet hat.

## **Das Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs**

Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation sterben weltweit jährlich sechs Millionen Menschen vorzeitig an den Folgen des Zigarettenkonsums. Aus diesem Grund hat die WHO bereits 1988 begonnen, das Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs – kurz FCTC (Framework Convention on Tobacco Control) genannt – zu erarbeiten. 2003 wurde das Übereinkommen einstimmig von der Weltgesundheitskonferenz verabschiedet und 2004 von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland in deutsches Recht übernommen. Dieses Gesetz beinhaltet ein Bündel von Maßnahmen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs, darunter unter anderem auch die Forderung, gesundheitspolitische Maßnahmen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs vor der Einflussnahme der Tabakindustrie zu schützen. In der Präambel des Übereinkommens ist dabei ausdrücklich von Versuchen der Tabakindustrie zur Untergrabung oder Zunichtemachung von Bemühungen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs und von Tätigkeiten der Tabakindustrie, die sich nachteilig auf die Bemühungen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs auswirken, die Rede.

In den von der WHO erarbeiteten Leitlinien zur Umsetzung von FCTC wird weiter präzisiert, vor wem Regierungen sich tatsächlich schützen sollen. So heißt es in

den Leitlinien zur Umsetzung von Artikel 5.3 des Übereinkommens: „Die in den vorliegenden Leitlinien empfohlenen Maßnahmen sollen Schutz bieten vor den Eingriffen nicht nur der Tabakindustrie, sondern auch ggf. von Organisationen und Einzelpersonen, die an der Förderung der Interessen der Tabakindustrie arbeiten“. Dass die Hauni AG an der Förderung der Interessen der Tabakindustrie arbeitet, lässt sich wohl nicht bestreiten. Damit ist auch die Körper AG als Eigentümerin der Hauni AG und die Körper-Stiftung als Eigentümerin der Körper AG in der Verantwortung.

Mit einigem Recht lässt sich die Körper-Stiftung auch direkt der Tabakindustrie zurechnen. Nimmt man die Definition der Stiftung Cancer Research UK<sup>2</sup>, der weltweit größten, unabhängigen Stiftung auf dem Gebiet der Krebsforschung, als Grundlage, ist jede Organisation der Tabakindustrie zuzurechnen, die mehr als 15 Prozent ihrer Einnahmen aus Produkten erzielt, die wiederum zur Herstellung von Tabakprodukten benutzt werden. Die Körper-Stiftung erfüllt diese Voraussetzung ganz zweifellos.

### **Die Forderungen von FCTC**

Die Leitlinien zur Umsetzung von Artikel 5.3 des Rahmenübereinkommens stellen einige Forderungen auf, um die Politik vor dem Einfluss der Tabakindustrie zu schützen. Im Zusammenhang mit der Körper-Stiftung seien hier einige Punkte der Leitlinien genannt:

- Die Tabakindustrie führt Aktivitäten durch, die als sozial verantwortlich dargestellt werden, um ihr Image von den tödlichen Eigenschaften des Produkts, das sie herstellt und vertreibt, zu distanzieren und um die Festlegung und Umsetzung gesundheitspolitischer Maßnahmen zu behindern. Aktivitäten, die von der Tabakindustrie als „sozial verantwortlich“ dargestellt werden, zielen ab auf die Förderung des Tabakgebrauchs und sind eine Strategie zur Vermarktung und Öffentlichkeitsarbeit, die unter die Definition von Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring gemäß dem Übereinkommen fällt.
- Die gesellschaftliche Unternehmensverantwortung der Tabakindustrie ist laut WHO ein Widerspruch in sich, da die Kernfunktion der Industrie in Widerspruch zu den Zielen gesundheitspolitischer Maßnahmen in Bezug auf die Eindämmung des Tabakgebrauchs steht.
- Die Vertragsparteien sollten sicherstellen, dass alle Bereiche der Regierung und der Öffentlichkeit über den wahren Zweck und das wirkliche Ausmaß der von der Tabakindustrie durchgeführten und als sozial verantwortlich dargestellten Tätigkeiten informiert und aufgeklärt werden.
- Die Vertragsparteien sollten keine Tätigkeiten, die von der Tabakindustrie als sozial verantwortlich dargestellt werden, befürworten, unterstützen, Partnerschaften mit ihnen eingehen oder an ihnen teilnehmen.

Als „sozial verantwortlich“ zeigt sich die Körper-Stiftung in der Tat. Sie unterhält nach Angaben der Körper AG als deren Inhaberin soziale Einrichtungen und realisiert gemeinnützige Projekte, sie engagiert sich für Bildung und Wissenschaft

und setzt sich dafür ein, Beziehungen zwischen Ländern und Kulturen zu verbessern.

Formal mögen die Aktivitäten der Körber-Stiftung vom operativen Geschäft der Körber AG unabhängig sein, finanziell sind sie das nicht. Auch das Erscheinungsbild der Stiftung lässt nicht auf eine Trennung schließen. Was sich jeder, der an einer Veranstaltung der Körber-Stiftung teilnimmt, klar machen muss, ist, dass diese Veranstaltung aus Einnahmen finanziert wird, die durch den Verkauf von Zigaretten erzielt wurden. Für Politiker bedeutet dies, dass sie an Aktivitäten der Stiftung nicht teilnehmen dürfen, wenn sie sich an die Vorgaben des Rahmenübereinkommens halten wollen.

### **Mangelndes Problembewusstsein**

Das Problem, das sich bei einer Teilnahme an Veranstaltungen der Körber-Stiftung stellt, ist Politikern bestenfalls nicht bewusst. Es ließe sich sonst kaum erklären, weshalb Politiker selbst Schirmherrschaften bei der Stiftung übernehmen. Besonders bedenklich sind hierbei die Schirmherrschaft des Bundespräsidenten und die Einbindung des Bundespräsidialamtes beim Geschichtswettbewerb, da von ihr eine beispielhafte Wirkung für andere Mandatsträger ausgeht. Im Jahr 2009 hatte das Forum Rauchfrei mehrere Politiker wegen ihrer Ehrenämter in der Körber-Stiftung angeschrieben und sie dazu aufgefordert, diese niederzulegen. Im Einzelnen waren dies der damalige Bundespräsident Horst Köhler, der Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert, die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Annette Schawan, die Bundestagsabgeordnete Ulla Burchhardt und die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Marianne Birthler. Alle lehnten die Forderung ab. Die Begründungen lauteten sehr ähnlich und lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Die Zusammenarbeit besteht schon seit sehr langer Zeit.
- Die Körber-Stiftung gehört nicht zur Tabakindustrie.
- Stiftung und AG sind rechtlich und organisatorisch klar voneinander getrennt.
- Die Stiftung nimmt keinen Einfluss auf die Debatte um Tabakkonsum und Nichtraucherenschutz.

Alle Politiker beriefen sich auf formale Gründe oder eine lange bestehende Tradition. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Problematik fand nicht statt. Der Forderung nach Aufklärung fühlte sich keiner der Angeschriebenen verpflichtet, obwohl das Forum Rauchfrei sie auf folgenden Punkt in den Leitlinien zur Umsetzung des Artikels 5.3 des Rahmenübereinkommens aufmerksam gemacht hatte: *„Die Vertragsparteien sollten darüber hinaus ein Bewusstsein für die Praxis der Tabakindustrie schaffen, Einzelpersonen, Tarnorganisationen und angeschlossene Organisationen einzusetzen, um in deren Namen offen oder verdeckt zu agieren oder tätig zu werden, um die Interessen der Tabakindustrie zu fördern.“*

## Schlussfolgerungen

Die Körper AG ist als Teil der Tabakindustrie zu betrachten. Damit finanzieren sich alle Aktivitäten der Körper-Stiftung aus der Produktion und dem Verkauf von Tabakprodukten, deren Konsum für den vorzeitigen Tod von sechs Millionen Menschen jährlich verantwortlich ist. Dies bedeutet, dass einerseits das Gesetz zu dem Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation vom 21. Mai 2003 zur Eindämmung des Tabakgebrauchs auf die Körper-Stiftung anzuwenden ist, und andererseits, dass Politiker, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind, moralische Konsequenzen aus dieser Tatsache ziehen müssen und sich nicht hinter Formalien verstecken dürfen. Eine Teilnahme an Aktivitäten der Körper-Stiftung ist für Politiker schlichtweg abzulehnen, da Interessenkonflikte nicht ausgeschlossen werden können. Die Körper-Stiftung ist nur dann in der Lage, ihre umfangreichen Aktivitäten aufrechtzuerhalten, solange Tabakkonzerne weiter Zigaretten produzieren und verkaufen. Dies wirft einen Schatten auf alle ihre Aktivitäten und auf alle, die an ihren Aktivitäten teilnehmen oder sich ihr als Juroren, Kuratoriumsmitglieder oder Schirmherren zur Verfügung stellen.

- 1 <http://www.koerber-stiftung.de>
- 2 <http://www.cancerresearchuk.org>

### Abkürzungen:

FCTC	Framework Convention on Tobacco Control - Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs
WHO	World Health Organization – Weltgesundheitsorganisation

## 1.6

### **Kampfansage an die Tabakindustrie – Bericht über den 15. Weltkongress Tabak oder Gesundheit**

Johannes Spatz

Die 15. Weltkonferenz Tabak oder Gesundheit tagte in Singapur vom 20. bis 24. März 2012. Es diskutierten 2.600 Menschen aus über 100 Ländern über die Zukunft der weltweiten Tabakkontrolle unter dem Motto „*Auf dem Weg zu einer tabakfreien Welt: Weltweit planen, lokal handeln*“. Die Chefin der Weltgesundheitsorganisation, mehrere Gesundheitsminister, unter anderen der Gesundheitsminister von Singapur, sowie Repräsentanten von Gesundheitsorganisationen und Vertreter vieler Nichtregierungsorganisationen nahmen teil.



Singapur

In diesem Jahr standen im Zentrum der Konferenz nicht mehr Fragen der Gesundheitsfolgen des Rauchens und des Passivrauchens oder Methoden der Rauchentwöhnung, sondern strategische und politische Fragen. Die Weltkonferenz in Singapur hat sich im Vergleich zu den vorherigen Konferenzen vollständig radikalisiert. Die Diskussionen mündeten in die Forderung, dass die Geschäfte der Tabakindustrie insgesamt beendet werden müssten. Damit ging der Fokus

weg von dem Rauchen bzw. den Tabakprodukten hin zu der Tabakindustrie, die als Herstellerin der Tabakprodukte für die tödlichen Folgen des Rauchens für verantwortlich erklärt wurde.

Diese neuen Ziele wurden kämpferisch von der Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation



Margaret Chan, Chefin der WHO

Margaret Chan vertreten, einer warmherzigen Frau, die mit großer Energie und viel Witz ihre Redebeiträge hielt. Dass sie die Tabakindustrie als unethischen Tyrannen anprangerte, fand auf der Eröffnungsveranstaltung begeisterte Zustimmung im Auditorium. Sie erinnerte an die „Infiltration“ einzelner Regierungen durch „Big Tobacco“. Ihre an die Konferenzteilnehmer gerichtete Frage „Können wir den Verkauf von Zigaretten verbieten?“ wurde

enthusiastisch von einem überlauten Chor mit „Ja“ beantwortet. Chan kam mit viel Beifall zu der Feststellung: „Wenn wir zusammenstehen, kann die Branche nicht überleben.“

In den Debatten der folgenden Konferenztage tauchten dann immer wieder drei Schlüsselbegriffe auf: Tabakindustrie, Denormalisierung und Endphase („Endgame“) als Ende der Tabakindustrie.

### **Tabakindustrie**

Viele Beiträge richteten das Augenmerk auf die Tabakindustrie und ihre schändlichen Strategien, mit denen sie die Öffentlichkeit durch Verharmlosung und direkte Lügen über das tödliche Ausmaß des Rauchens zu täuschen sucht. Nach den neuen Berechnungen der Weltgesundheitsorganisation geht auf das Konto der Tabakindustrie weltweit jährlich der Tod von sechs Millionen Menschen. Wenn sich die Entwicklung nicht entscheidend verändert, muss mit der unvorstellbar hohen Zahl von über einer Milliarde Menschen gerechnet werden, die im 21. Jahrhundert an den Folgen des Rauchens vorzeitig sterben muss.

Ins Auge gefasst wurden aber auch die weltweiten Standorte der Industrie. Genial fand ich den Beitrag eines Wissenschaftlers, der mithilfe von Google Earth die zahlreichen Standorte auf unserer Welt, an denen die Konzerne Zigaretten produzieren, visuell darstellte, was eine besondere Eindringlichkeit hatte.

### **Denormalisierung**

Ein weiteres Schlagwort war die Denormalisierung der Tabakindustrie. Darunter wird verstanden, über die Machenschaften der Tabakindustrie aufzuklären, wie sie durch besondere Feierlichkeiten, parlamentarische Abende, sogenannte Dialogveranstaltungen und Parteispenden bemüht ist, Politiker auf ihre Seite zu ziehen, und mit sozialem Sponsoring ihr gesellschaftliches Image zu stärken sucht.

Ziel der Denormalisierung sind die Ächtung und vollkommene gesellschaftliche Isolierung der Tabakindustrie.

Während die Machenschaften der Tabakindustrie teilweise noch unterschätzt werden, zeigt diese gerade dann ihre hemmungslose Profitgier, wenn sie Staaten, die durch nationale Gesetze die Tabakindustrie zu zügeln suchen, mit Prozessen überzieht, wie dies gegenwärtig gegenüber Australien, Uruguay, der Türkei und Norwegen der Fall ist. Dort geht es der Industrie darum, unter Einsatz hochbezahlter Anwälte nationale Gesetze zu verhindern, die dem Schutz der Gesundheit dienen sollen.

### Endphase der Tabakindustrie (Endgame)



Auf der Weltkonferenz Tabak oder Gesundheit

Auf der Konferenz wurde die Perspektive entwickelt, dass ein vollständiges Ende des Tabakhandels möglich ist. Die Endphasendiskussion fordert für eine absehbare Zukunft ein Ende des Tabakhandels und damit ein fast vollständiges Zurückdrängen der Zahl der Raucher auf nahe null. Manche Länder sind diesem Ziel bereits wesentlich näher gekommen als wir in der Bundesrepublik. Singapur wurde als großes Vorbild betrachtet. Dort rauchen nur noch 14 Prozent der Bevölkerung, gefolgt von Australien mit 15 Prozent, während in Deutschland immer noch 30 Prozent der Bevölkerung rauchen. Als Instrumente, um dieses Ziel zu erreichen, wurden in erster Linie nicht Rauchentwöhnungsprogramme und Aufklärungskampagnen, sondern Tabaksteuererhöhungen, umfassende Werbeverbote, Rauchverbote in der Öffentlichkeit, Einschränkungen des Tabakverkaufs, wie Lizenzierung – also beschränkter Verkauf an besonderen Verkaufsstellen, sowie

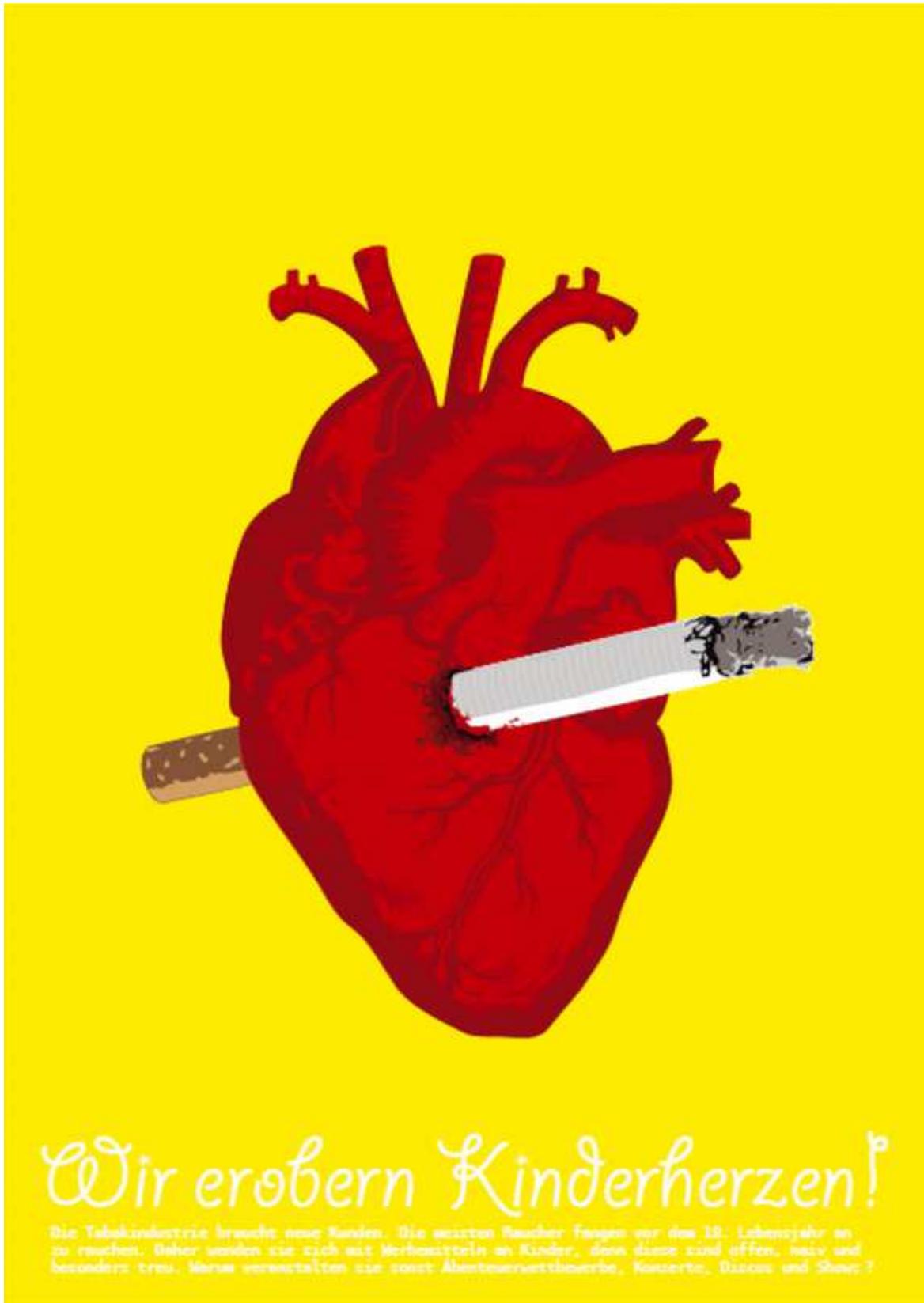
das Aufdecken und Anprangern der Machenschaften der Tabakindustrie gesehen. Wiederholt wurde auf den Verhaltenskodex der Weltgesundheitsorganisation, der den Umgang der Regierungen mit der Tabakindustrie auf ein absolutes Minimum reduzieren soll, hingewiesen. Dieser ist in den Leitlinien des Gesetzes zum Tabakrahmenübereinkommen unter Artikel 5.3 zu finden. Ich bin der Meinung, dass endlich auch in der Bundesrepublik dieser Verhaltenskodex ernst genommen werden muss.

### **Beispiel Australien**

Australien will vorausgehen und als weltweit erstes Land neutrale Zigarettenpackungen („plain packages“) einführen. Dadurch sollen Tabakprodukte weniger attraktiv sein. Die Packungen sollen ein unscheinbares, für alle Marken gleiches Design erhalten, sodass sich die Schachteln nur durch den in einheitlicher Schrift aufgedruckten Markennamen unterscheiden. Auf der Vorderfläche der Packungen sollen große Bilder erscheinen, die Krankheiten, die infolge des Rauchens auftreten, abschreckend darstellen.

Plain packages sollen bereits im Dezember 2012 in Australien eingeführt werden. Dagegen läuft Philip Morris, der weltweit größte private Tabakkonzern, Sturm und hat die australische Regierung verklagt. Der Prozess sollte bereits im April 2012 beginnen. Um die australische Regierung zu stärken, hat die Konferenz auf ihrer Abschlussveranstaltung den Aufruf von Margaret Chan unterstützt, „*Schulter an Schulter*“ mit Australien zu stehen gegen die Versuche der Tabakindustrie, die das neue bahnbrechende Gesetz zur Einführung von plain packaging verhindern will. Die Zustimmung des Auditoriums fand ebenfalls der eindringliche Aufruf Chans, die Einführung der plain packages in Australien zu einem Erfolg zu verhelfen, damit sie danach auf der ganzen Welt erfolgreich sein werden.

## **2. Beeinflussung von Wissenschaft**



Sebastian Vollmar • Plakatwettbewerb 2009 Forum Rauchfrei

## 2. 1

### Käuflichkeit ist kein Standortfaktor

Lisa Paus



Die Tabakindustrie kann kein Partner für die Gesundheitsforschung und Medizin sein. Diese Erkenntnis hat sich inzwischen international auf breiter Front durchgesetzt und sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Leider ist sie das nicht für die politisch Verantwortlichen in der Wissenschaftsstadt Berlin. Dabei könnten sie es besser wissen.

Bereits 1998 wurden mehrere transnationale Tabakkonzerne durch Schadenersatzprozesse in den USA zur Veröffentlichung von internen Dokumenten gezwungen. Mehr als sechs Millionen teilweise streng geheime Dokumente, wie Sitzungs- und Forschungsprotokolle, Strategiepapiere oder persönliche Briefe, sind seitdem im Internet zu finden und offenbaren, dass die Tabakindustrie seit den 70er-Jahren gezielt versucht hat, Einfluss auf die Wissenschaft zu nehmen und Forschungsergebnisse zu erzeugen, die gegen die Erkenntnisse über die Gesundheitsschäden von Aktiv- und Passivrauchen eingesetzt werden können.

Auch in Deutschland wurde ein breites Netzwerk von Wissenschaftlern und Institutionen von der Zigarettenindustrie gefördert. 2005 hat deshalb das Krebsforschungszentrum in Heidelberg als erste deutsche Institution den Schritt gemacht und eine Selbstverpflichtung unterzeichnet, keine Tabakindustriegelder für die medizinische Forschung anzunehmen. Anlass war eine Studie, die die Dokumente noch einmal in Bezug auf deutsche Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen ausgewertet hatte. Das deutsche Krebsforschungszentrum blieb nicht allein. Inzwischen gibt es in Deutschland viele Verbände, Fachgemeinschaften und Einrichtungen, die diesem Beispiel gefolgt sind.

Nur Berlin tat sich schwer damit. Als ich 2008 als Wissenschaftspolitikerin im Berliner Abgeordnetenhaus dieses nicht nur ethisch inakzeptable, sondern auch hoch politische Thema in die politische Arena holte, war ich sehr erstaunt über die lapidaren und ätzenden Reaktionen meiner Kollegen/-innen aus den anderen Fraktionen. Mein schlichtes Ansinnen: Der Senat sollte sich auf meinen Antrag hin dafür einsetzen, dass Berliner Wissenschafts- und Gesundheitseinrichtungen, insbesondere die Charité und Vivantes, keine Forschungsgelder der Tabakindustrie annehmen.

Ausgangspunkt der Debatte war eine kleine Anfrage an den Berliner Senat von Heidi Kosche und mir. Die Wissenschaftsverwaltung musste einräumen, dass in den Jahren 2003 bis 2005 die Summe von 937.000 Euro von der Philip-Morris-Stiftung an das Deutsche Herzzentrum in Berlin (DHZB) geflossen war. Die Stif-

tung des gleichnamigen Tabakkonzerns Philip Morris finanzierte mit dem Geld ein Forschungsprojekt, das die Auswirkungen von Risikofaktoren auf Blutgefäße untersuchen sollte. Absurd, wenn man bedenkt, dass Rauchen als Risikofaktor Nr. 1 für Gefäßerkrankungen gilt und solche Forschungen ausgerechnet mit Geldern finanziert werden, die aus dem Verkauf von Zigaretten stammen.

Diese Forschungsergebnisse wurden in sechs sogenannten „Peer-reviewed“-Journalen, also anerkannten wissenschaftlichen Publikationen, veröffentlicht. Der Hinweis auf die Geldgeber fehlte, obwohl diese Angabe international anerkannter Standard ist. So wurde jedenfalls der Anschein unabhängiger Forschung erzeugt.

Zunächst hatte der damalige Klinikchef für Innere Medizin des DHZB jegliche Einflussnahme des Zigarettenkonzerns Philip Morris oder seiner gleichnamigen Stiftung von sich gewiesen. Dann wurde jedoch das Gegenteil publik. Tageszeitungen berichteten aus einem Gedächtnisprotokoll eines Mitarbeiters von Philip Morris über ein Gespräch mit dem Professor des DHZB. Das Protokoll hatte das Forum Rauchfrei in den von der Tabakindustrie veröffentlichten Dokumenten gefunden. Das Protokoll spricht klare Worte: *„In der Unterstützung eines derart substantziellen Programms sehe er (Anm.: der Klinikchef) auch am ehesten einen möglichen positiven Effekt in Bezug auf das öffentliche Ansehen der Zigarettenindustrie“* und *„Ziel müsse ein fairer Interessenausgleich sein“*.

Daraufhin gab es eine Kehrtwende des DHZB. In der Presseerklärung des DHZB vom 21.10.2008 wurde die Annahme der Tabakgelder als „Fehler“ angesehen und Bezug auf die Internetpapiere genommen. Schließlich bedauerte das Deutsche Herzzentrum Berlin die Annahme von Fördergeldern des Zigarettenherstellers Philip Morris, nachdem es anfänglich noch „stolz“ war, die Gelder des Tabakriesen an Land gezogen zu haben, und mir vorwarf, „wissenschafts- und forschungsfeindliche Aktionen zu starten“. Leider erst nach der Veröffentlichung dieser Tatsachen hat das Berliner Herzzentrum reagiert und angekündigt, sich einen ethischen Kodex zum Umgang mit Drittmitteln zu geben, wie ihn vor allem das Forum Rauchfrei bereits zuvor entwickelt hatte.

Der Durchbruch im politischen Raum blieb dennoch aus. Die rot-rote Koalition in Berlin war aus Sorge um das Image des Wissenschaftsstandorts nicht bereit, sich entsprechend zu binden. Das macht wiederum mir Sorgen. Rot-Rot fürchtete, dass die Debatte um einzelne Auftraggeber weitere Auftragsforschung grundsätzlich abschrecken könnte. Nachhaltig ist es stattdessen, den guten Ruf unabhängiger Forschung in Berlin zu schützen. Nur so bleiben Forschungsergebnisse langfristig etwas wert.

SPD und Linkspartei machten per Änderungsantrag aus dem grünen Antrag ein reines Feigenblatt. Gegen die Grünen beschloss Rot-Rot einen Katalog an Bedingungen, unter denen es doch erlaubt bleiben sollte, Gelder der Tabakindustrie anzunehmen, statt eine Verzichtserklärung anzustreben (Drucksache 16/1171 des Abgeordnetenhauses).

Seitdem ruht still der See. Eines ist jedoch klar: Die Möglichkeit zur systematischen Beeinflussung von Wissenschaft und Forschung ist mit diesen Kriterien nicht gebannt. Diese Möglichkeit wurde Berlin als Standortfaktor erhalten.

Dieser Berliner Fall ist exemplarisch für das Vorgehen der Zigarettenindustrie. Für mich ist es selbstverständlich, dass die Tabakindustrie kein Partner für Gesundheitsforschung und Medizin sein kann. Die Gefahren durch Rauchen sind bekannt und von wenigen Ausnahmen abgesehen auch unbestritten. Wenn medizinische Forschung und/oder Wissenschaftler/-innen in die Abhängigkeit der Tabakindustrie geraten, dann ist ihre Unabhängigkeit in Gefahr. Die Unabhängigkeit von Forschung und Wissenschaft bleibt jedoch elementar, damit wir uns auch auf ihre Ergebnisse verlassen können. Sie muss über den Zweifel erhaben sein, dass sie in Interessenkonflikten mit ihren Geldgeber/-innen steht.

Es zeigt, dass Wissenschaft und Forschung Transparenz brauchen, eine starke Öffentlichkeit, die sie kritisch begleitet, und eine Selbstverpflichtung, die sie dauerhaft über den Skandal hinaus bindet.

Die Forschungsinstitute sollten nicht erst dann schwören, keine Gelder mehr von der Tabakindustrie zu akzeptieren, wenn sie dabei erwischt werden, massenweise finanzielle Unterstützung von ihr einzustreichen – so etwa erneut passiert im vergangenen Jahr im renommierten Helmholtz-Zentrum München.

Berlin hätte mit gutem Beispiel vorangehen können. Stattdessen hat man sich für Käuflichkeit als Standortfaktor entschieden. Bis der nächste Skandalfall kommt. Und der kommt mit Sicherheit.

**Abkürzung:**

DHZB                      Deutsches Herzzentrum Berlin



Sandy Hofman • Plakatwettbewerb 2009 Forum Rauchfrei

## 2. 2

### Staatlicher Experte am Hofe der Tabakindustrie

Friedrich J. Wiebel/Thomas Kyriss

*„Es gibt einen fundamentalen und unüberbrückbaren Konflikt zwischen den Interessen der Tabakindustrie und gesundheitspolitischen Interessen.“*

(WHO-Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle)

#### Einleitung

Die Tabakindustrie versucht seit Jahrzehnten, Einfluss auf Wissenschaft und Politik zu nehmen. Sie ist damit in Deutschland besonders erfolgreich gewesen<sup>1, 2, 3</sup>. Ihre Hauptziele im politischen Bereich waren nicht so sehr die politischen Parteien als die Regierung mit ihren Ministerien und nachgeordneten Behörden<sup>4, 5</sup>. Auch heute noch bestehen enge Beziehungen zwischen der Tabakindustrie und den für die Tabakproduktkontrolle zuständigen Regierungsstellen in Deutschland.

Die Branche ist allerdings in jüngerer Zeit in der Öffentlichkeit, bei der Ärzteschaft und unter Gesundheitswissenschaftlern stark in Verruf geraten und muss um ihre guten Kontakte zu den Behörden fürchten. Ihre Gegenstrategie kommt in einem Protokoll der Sitzung des Wissenschaftspolitischen Ausschusses (WPA) des Verbandes der Cigarettenindustrie (VdC) klar zum Ausdruck<sup>6</sup>.

- *„Oberstes Ziel der Forschungsaktivitäten der Industrie muss es sein, die verloren gegangene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen.“*
- *„Die Umsetzung des Forschungsprogramms soll unter Hinzuziehung externer Experten erfolgen.“*
- *„Schon zu einem frühen Zeitpunkt sollen Entscheidungsträger in der Gesundheitspolitik in die Validierung eingebunden werden.“*

Im Folgenden soll am Beispiel des Bereiches der Regulierung und Überwachung von Tabakprodukten untersucht werden, ob die Tabakindustrie mit dieser Strategie erfolgreich war oder noch ist. Im Vordergrund der Betrachtung steht dabei der Oberchemierat Jürgen Hahn, der in Deutschland eine Schlüsselposition in der amtlichen Überwachung von Tabakprodukten einnimmt.

#### Oberchemierat Jürgen Hahn

Jürgen Hahn ist seit Beginn der 90er-Jahre als analytischer Chemiker am Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt (CVUA) Sigmaringen tätig. Er ist zuständig für den Bereich Tabak und Tabakerzeugnisse, der unter den vier Untersuchungsämtern Baden-Württemberg vom CVUA als Zentral- bzw. Schwer-

punktlabor abgedeckt wird. Hahn hält dort gegenwärtig die Position eines Oberchemierats.

## Die Anfänge

Hahns erste Kontakte mit der Zigarettenindustrie im Jahr 1991 sind unverfänglich. Er will sich über Methoden zur Bestimmung von Benz[a]pyren, an denen er arbeitet, bei der Zigarettenindustrie kundig machen und bittet um diesbezügliche Veröffentlichungen. Der Wissenschaftlich-technische Ausschuss (WTA) des VdC verhält sich ihm gegenüber zunächst reserviert. Er stellt ihm einige Veröffentlichungen zur Verfügung, allerdings – wie in einem Protokoll vermerkt – nur solche, „die durchweg wenig relevant bzw. älteren Datums“ sind<sup>7</sup>.

Die Kontakte der Tabakindustrie zu Hahn intensivieren sich sehr bald. Der WTA empfiehlt den Analytikexperten der Tabakfirmen, an einem im September 1991 stattfindenden Kongress teilzunehmen, bei dem Hahn über die Detektion polyzyklischer Aromate im Tabakrauch vorträgt<sup>8</sup>. Dr. Kröger (Reemtsma) bietet Hahn seine Hilfe bei der statistischen Auswertung von Daten an<sup>8</sup>. Es folgen Telefonate mit Vertretern der Firma Reemtsma (Dr. Lutz)<sup>9</sup> und des VdC (Dr. Eberhardt)<sup>10</sup>.

Wie es scheint, gewinnt Hahn das Vertrauen der Tabakindustrie. Er analysiert und veröffentlicht zusammen mit W.-D. Heller die Ergebnisse eines von der Tabakindustrie gesteuerten Ringversuches zur Erfassung von Kohlenmonoxid im Zigarettenrauch<sup>11</sup>. Die Tabakindustrie versucht dabei, ihre Beteiligung an der Arbeit zu verschleiern. So gibt der Koautor Heller als seine Arbeitsstätte die Universität Karlsruhe an, obwohl er schon mindestens seit 2000 in leitender Funktion im VdC tätig ist<sup>12</sup>.

Im Jahr 2004 wirkt Hahn an einer Ringstudie mit 20 Teilnehmern mit, von denen 18 der Tabakindustrie angehören<sup>13</sup>. Hahn nimmt erneut 2008 an einem großen von der Tabakindustrie organisierten Ringversuch teil<sup>14</sup>. Hier ist das CVUA Sigmaringen das einzige staatliche Labor unter 20 internationalen Tabakfirmen und Auftragslabors.

## Das behördliche Umfeld

Die vertraulichen Kontakte des Vertreters eines Untersuchungsamtes mit der Tabakindustrie waren in den vergangenen Jahrzehnten nicht ungewöhnlich. Die Ämter arbeiten mindestens seit den 70er-Jahren routinemäßig mit der Tabakindustrie zusammen. Ihre Mitarbeiter pflegen sich mit den Repräsentanten der Tabakfirmen in den ISO-Ausschüssen\* zu beraten und sind bei den internen internationalen Foren der Tabakindustrie (CORESTA) präsent.

Den Tabakfirmen ist nachvollziehbarerweise an der Zusammenarbeit mit den Untersuchungsämtern viel gelegen. Sie bieten an, bei der „Lösung auftretender Schwierigkeiten behilflich zu sein“, und teilen sich einvernehmlich die, wie sie es nennen, 'Betreuung' der Untersuchungsämter auf: British American Tobacco betreut das Landesuntersuchungsinstitut für Lebensmittel, Arzneimittel und Tierseuchen (Berlin), Philip Morris die (vormalige) Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheitswesen Südbayern (Oberschleißheim), Reynolds Tobacco das

Chemische Untersuchungsamt Trier und Reemtsma das CVUA Sigmaringen<sup>15</sup>. Inzwischen nimmt das CVUA – und damit Hahn - durch die Übernahme tabakbezogener Überprüfungsaufgaben der Bundesländer Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen eine führende Position in Deutschland ein.

### **Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Tabakindustrie**

Hahn wird Mitglied in vielen Gremien von DIN/ISO und übernimmt in einigen von ihnen eine leitende Funktion:

DIN-Arbeitsausschuss „Tabak- und Tabakrauchanalyse“ (Vorsitz),  
DIN-Arbeitsgruppe "EU-Richtlinie über Tabak-Erzeugnisse" (Vorsitz),  
DIN-ad-hoc-Arbeitsgruppe „Toxikologie von Additiven“ (Vorsitz),  
DIN-ad-hoc-Arbeitsgruppe „Analytik von Nikotin“,  
ISO-Arbeitsgruppe "Fine cut tobacco and smoking articles made from it",  
ISO-Arbeitsgruppe „Waterpipe“ (kommissarischer Leiter),  
ISO-Arbeitsgruppe „Intense Smoking Regime“.

Er macht sich in den Gremien offensichtlich so verdient, dass er als einziger Behördenvertreter mit fünf bis sechs Vertretern der Tabakbranche von DIN wiederholt zu den übergeordneten internationalen Treffen von ISO delegiert wird (z.B. 1993, 1996, 1998, 2001, 2004).

Die Haltung Hahns in den DIN-/ISO-Gremien wird aus der Randbemerkung eines Memorandums aus der Feder des Mitarbeiters von Japan Tobacco Germany, L. Müller, deutlich<sup>16</sup>. In diesem Memorandum geht es u. a. darum, dass die Rumänin Ecaterina Iovanescu als Repräsentantin Rumäniens in eine ISO-Arbeitsgruppe entsandt worden ist. Ergänzend vermerkt das Memorandum, dass Frau Iovanescu als eine Mitarbeiterin von Japan Tobacco „indirekt“ den Tabakkonzern vertritt. Sie wird in den anliegenden Streitigkeiten mit der Tabakfeinschnittbranche, so das Memorandum weiter, von Hahn, einem „Vertreter der deutschen Regierung“, unterstützt.

### **Internationale Verbindungen**

Die EG bittet ISO im Jahr 1994 um Benennung eines staatlichen Referenzlabors für Tabakanalytik in Deutschland. Die Tabakindustrie, die von der Anfrage erfahren hat, schlägt ISO vor, sich deswegen mit Hahn in Verbindung zu setzen<sup>17</sup>.

Sein Name wird erneut genannt, als 2002 eine Revision der EU-Richtlinie zur Regulation von Tabakprodukten (2001/37/EC) angestrebt wird. In deren Rahmen erfolgt ein Zusammenschluss europäischer staatlicher Untersuchungsämter und einzelner Auftragslaboratorien (Network of European Government Laboratories for Tobacco and Tobacco Products). Vorsitzender wird – und bleibt es bis heute - Hahn. In seiner gehobenen Position wird Hahn als einer der wenigen externen Experten zu Konferenzen der EU-Kommission eingeladen, zu der sonst nur Vertreter der Gesundheitsministerien der EU-Mitgliedsländer Zutritt haben.

Seit die WHO Verhandlungen zur Ausgestaltung der Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle (Framework Convention of Tobacco Control, FCTC) führt, sucht die Tabakindustrie über ISO den Kontakt zur WHO herzustellen. Das Sekretariat von ISO schlägt dazu im Dezember 2006 der WHO vor, dass ISO eine Arbeitsgruppe ins Leben ruft und zum Projektleiter Jürgen Hahn als ideale „Brücke“ zwischen ISO und WHO bestellt wird<sup>18</sup>.

Im Endeffekt ist Hahn allgegenwärtiges Mitglied und Promotor nicht nur in den von Tabakinteressen geleiteten ISO-Ausschüssen, sondern auch in halbstaatlichen Gremien, wie dem 'Regulatory Committee established under Article 10 of the Tobacco Products Directive 2001/37/EC' der EU und dem 'Tobacco Laboratory Network' der WHO.

### **Vom Mitwirkenden zum Vorreiter**

Im Jahr 2003 übernimmt Hahn den Vorsitz einer DIN-Ad-hoc-Arbeitsgruppe, die sich mit der Entwicklung von Prüfstrategien für Tabakzusatzstoffe befasst<sup>19</sup>. Damit überschreitet er die Schwelle von der bloßen Zusammenarbeit mit der Tabakindustrie zu deren Interessenvertretung. Bei den zu entwickelnden Prüfstrategien handelt es sich im Wesentlichen um Verfahren zur Erfassung der toxischen/biologischen Wirkung der Teststoffe. Für diesen Bereich ist Hahn als analytischer Chemiker nicht qualifiziert. Umso mehr sind es die übrigen Mitglieder der kleinen Arbeitsgruppe<sup>19</sup>, ein Experte der Tabakindustrie und ein Hochschul-Akademiker bzw. eine Hochschul-Akademikerin, deren Forschung in der Vergangenheit weitgehend von der Tabakindustrie finanziert wurde.

Das Ergebnis der Arbeitsgruppe<sup>20</sup> entspricht, wie zu erwarten, den Empfehlungen der Tabakindustrie<sup>21</sup> (und siehe unten). Hahn lässt nichts unversucht, um der Prüf- und Bewertungsstrategie der Tabakindustrie Geltung zu verschaffen:

1. Hahn lässt sich 2005 zum Vorsitzenden der AG 'Tabakwaren' des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) bestellen. Diese AG soll dem BMELV Prüfstrategien als Entscheidungshilfe für die toxikologische Bewertung von Zusatzstoffen in Tabakerzeugnissen vorlegen.

Worum ging es? Eine der Forderungen der EU-Tabakprodukt-Richtlinie bestand darin, ein Verfahren zur Regulierung/Zulassung von Tabakzusatzstoffen zu etablieren. Ein Kriterium dazu sollte die Toxizität der Zusatzstoffe in „verbrannter und unverbrannter“ Form sein.

Da absehbar war, dass sich die Verbrennungsprodukte der Zusatzstoffe bei einer direkten Prüfung in der Regel als toxisch und krebserregend erweisen würden, versuchte die Tabakindustrie, eine solche Prüfung zu vermeiden. Sie wünschte – und wünscht – sich daher als Zulassungskriterium, dass die zu prüfenden Tabakzusatzstoffe die Toxizität des Tabakrauchs lediglich nicht erhöhen dürfen<sup>21</sup>. Dies war auch das Ergebnis der von Hahn geleiteten DIN-ad-hoc-Arbeitsgruppe<sup>20</sup>.

Hahn agiert dabei im Einverständnis mit seinem Arbeitgeber, der CVUA

Sigmaringen. Im Jahresbericht 2007 der CVUA heißt es: „*Wichtig für den Verbraucher ist der Gehalt an toxischen Substanzen im Hauptstromrauch, also nach der Pyrolyse des Tabaks mit der Gesamtheit aller verwendeten Zusatzstoffe*“. Hahn drückt es an anderer Stelle unverblümt aus. Schließlich mache es für den Raucher keinen Unterschied, ob er an Krebs aufgrund des Tabaks erkrankt oder aufgrund der Zusatzstoffe stirbt<sup>22</sup>.

Bei dem Ansatz der Tabakindustrie dürfen die Tabakzusatzstoffe letztlich ebenso toxisch und krebserregend sein wie die Tabakinhaltsstoffe selbst. Dies steht in direktem Widerspruch zu dem Grundprinzip der präventiven regulatorischen Toxikologie, nach dem Stoffe, die Lebens- und Genussmitteln zugesetzt werden, gesundheitlich unbedenklich sein müssen. Die Anomalie, dass die Tabakprodukte selbst hochgradig gesundheitsschädlich sein dürfen, berechtigt in keiner Weise dazu, diese auch für die Tabakzusatzstoffe gelten zu lassen – so zumindest die einhellige Meinung von Tabakindustrie-unabhängigen Toxikologen<sup>23</sup>.

2. Hahn übernimmt 2007 vom BMELV einen Forschungsauftrag zur chemischen Analyse von Tabakzusatzstoffen und deren Verbrennungsprodukten<sup>24</sup>.
3. Hahn versucht, die Prüfstrategie der Tabakindustrie auf der europäischen Ebene zu propagieren. Dazu plant er 2007 zusammen mit einem Kollegen in einer EU-Forschungsgruppe unter dem Mantel der EU-Kommission einen diesbezüglichen Workshop<sup>25</sup> und lädt dazu mehrere prominente Vertreter der Tabakindustrie als Redner ein. Erst nach energischer Intervention des Ärztlichen Arbeitskreises Rauchen und Gesundheit e.V. unterbindet die verantwortliche Stelle bei SANCO die Veranstaltung.
4. Hahn übernimmt 2010 erneut den Vorsitz der fortgeführten DIN-Arbeitsgruppe „Toxikologie von Additiven“.
5. Die Veröffentlichung der Hahn'schen Untersuchungsergebnisse des BMELV-Forschungsauftrags (s. o.) 2010 macht dessen Absicht offenkundig<sup>26</sup>. Die früheren „negativen“ Untersuchungsergebnisse der Tabakindustrie sollen bestätigt werden und die Prüfstrategie der Tabakindustrie soll einen amtlichen Anstrich erhalten. Für das Letztere sorgt u. a. die Ministerialrätin am BMELV, Dr. Jutta Schaub, indem sie ihren Namen als Ko-Autorin für die Veröffentlichung beisteuert.

### **Verhältnis von Regierung und Ministerien zur Tabakindustrie in Deutschland**

Hahns Wirken im Interesse der Tabakindustrie wäre ohne das Einverständnis der deutschen Landes- und Bundesregierungen nicht möglich gewesen.

Die Einstellung der Regierung Baden-Württembergs zur Tabakprävention wird aus ihrer Homepage deutlich<sup>27</sup>. Dort weist sie lediglich auf „*die heutige hohe wirtschaftliche Bedeutung des Tabaks*“, d. h. die Tabaksteuer, hin, die „*nach der*

*Mineralölsteuer die ertragsreichste Verbrauchssteuer“* ist. Das Wort Gesundheit kommt in dem - von Hahn verfassten - Text nicht vor.

Zu den zentralen Dienstaufgaben des Hahn'schen Untersuchungsamtes gehört nicht, wie man vermuten würde, die Überprüfung von Tabakprodukten, sondern - so der Wortlaut im Jahresbericht des CVUA 2010 - die „Beratung von Personen, die gewerblich Lebensmittel und Tabakerzeugnisse herstellen, behandeln oder sonst in Verkehr bringen, wenn die Beratung im öffentlichen Interesse zur Vermeidung von Zuwiderhandlungen gegen lebensmittelrechtliche Vorschriften erforderlich ist“.

Es ist nur folgerichtig, dass Hahns Vorgesetzter im CVUA die Zusammenarbeit seines Mitarbeiters mit der Zigarettenindustrie deckt. Selbstverständlich habe Hahn Kontakt zu den Zigarettenherstellern, gibt er auf Anfrage zur Auskunft, und zwar in „*amtlicher Überwachungsfunktion*“<sup>22</sup>.

Das für den Verbraucherschutz zuständige Bundesministerium steht nicht besser da. Wie oben beschrieben, beruft das Ministerium Hahn, dessen Zusammenarbeit mit der Tabakindustrie unübersehbar ist, als Vorsitzenden eines Gremiums zur Regulation von Tabakprodukten. Das Ministerium finanziert ein Forschungsvorhaben, das einzig und allein den Interessen der Tabakindustrie dient. Das Ministerium verleiht schließlich den Ergebnissen der Hahn'schen Studie und der sie begleitenden Propagierung industriegesteuerter Teststrategien ein amtliches Siegel (s. o.).

## **Schlussbetrachtung**

Von einer höheren Warte aus gesehen ist der Oberchemierat Hahn ein Erfüllungsgehilfe einer Interessensgemeinschaft von Tabakindustrie und deutscher Regierung. Eindeutige Verlierer dieser Kumpanei sind die Bürger Deutschlands. Von ihnen sind in den vergangenen zehn Jahren mehr als 1.000.000 durch den Konsum von Tabakprodukten vorzeitig gestorben. Da die tabakbedingten Gesundheitskosten und die Kosten für die Ausfälle an Produktivität bei Weitem das Aufkommen an Tabaksteuern übersteigen, bedeuten auch die Tabaksteuern keinen Gewinn für die Gesellschaft. Eindeutiger Gewinner der Kollaboration mit der Regierung ist allein die Tabakindustrie.

## **Quellen:**

- 1 Bornhäuser, A., McCarthy, J., Glantz, S. (2006): German tobacco industry's successful efforts to maintain scientific and political respectability to prevent regulation of secondhand smoke. *Tob Control* 15 (2):e1
- 2 Grüning, T., Gilmore AB., McKee, M. (2006): Tobacco industry influence on science and scientists in Germany. *Am J Public Health* 96: 20-32
- 3 Kyriass, T., Pötschke-Langer, M., Grüning, T.: Verhinderung wirksamer Tabakkontrollpolitik in Deutschland. *Gesundheitswesen* 70, 315-324, 2008
- 4 Grüning, T., Strünck, C., Gilmore, AB.: Puffing away? Explaining the politics of tobacco control in Germany. *German Politics* 17(2), 140-164, 2008
- 5 Grüning, T., Weishaar, H., Collin, J., Gilmore, AB.: Tobacco industry attempts to influence and use the German government to undermine the WHO Framework Convention on Tobacco Control. *Tob Control* 21(1) 30-38, 2012: Epub Jun 9, 2011

- 6 Philip Morris. Protokoll der WPA-Sitzung 02.03.2000 Bates-Nr. 2505616772/6782; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/vgf90c00>
- 7 Philip Morris. Protokoll der TWA-Sitzung vom 24.04.1991, Bates-Nr. 2028529028/9038; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/ubr56e00>
- 8 Philip Morris. Protokoll der TWA-Sitzung VI/91 vom 12.06.1991 Bates-Nr. 2028528999/9004; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/gdy14e00>
- 9 Philip Morris. Protokoll der TWA-Sitzung IX/91 vom 05.11.1991 Bates-Nr. 2028384316/4326; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/axj56e00>
- 10 Philip Morris. Protokoll des TWA 02./03.12.1991 Bates-Nr. 2028528899/8909; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/ybr56e00>
- 11 Hahn, J., Heller, W-D.; Determination of carbon monoxide in cigarette smoke. Problems in evaluating results. Deutsche Lebensmittel Rundschau; 98(5), 165-169, 2002
- 12 British American Tobacco. Schreiben des VdC unterzeichnet u.a. von Dr. W.D. Heller vom 22.03.2000 Bates-Nr. 325126832-325126835; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/toi61a99>
- 13 Adams, P. (2004): Measurement of the „tar“ and nicotine yield of fine-cut smoking articles – The ISO/TC 126 Collaborative Study 2001. Contrib Tobacco Res 21 (2), 139-147
- 14 Intorp, M., Purkis, S. (2011): Determination of selected volatiles in cigarette mainstream smoke. The CORESTA 2008 Joint Experiment. Contrib Tobacco Res 24 (4), 174-186
- 15 Philip Morris. Protokoll der TWA-Sitzung IV/92 vom 10.06.1992 , Bates-Nr. 2028384211/4220; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/kkc24e00>
- 16 RJ Reynolds. Schreiben/Memorandum von L. Mueller, JT Germany, an Kollegen in der Tabakbranche. 04.12.2000. Bates-NR. 531685993/5996; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/cvo55a00>
- 17 Philip Morris. Protokoll der TWA-Sitzung 21.02.1994 Bates-Nr. 2028384033/4041; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/ejy56e00>
- 18 Philip Morris. Annex 3. Schreiben von DIN Deutsches Institut für Normung/ISO an Dr. Mochizuki Kobayashi, Direktor TFI/WHO, vom 12.12.2006 Bates-Nr. 3039803490-3039803491; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/xoj80g00>
- 19 Philip Morris. E-Mail: DIN guideline – status urgent, 08.01.2004 Bates-Nr. 3012522522-3012522523; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/wpe91g00>
- 20 DIN Fachbericht 133, Toxikologische Bewertung von Zusatzstoffen für Tabakprodukte - Ein Leitfaden. Beuth Verlag, Berlin, Wien, Zürich (2004)
- 21 Philip Morris International Management SA: Comments on the Application of Directive 2001/37/EC and Proposals for Further Regulation of Tobacco Products. 30. August 2004
- 22 Ludwig, U. (2011): Gilde der Handlanger. Der Spiegel 17, 38
- 23 Schwenk, M., Thielmann H.W., Wiebel F.J. (2010): Regulierungsbedarf zum Schutz der Gesundheit: Empfehlungen für eine Prüfstrategie für Tabakzusatzstoffe. Deutsches Krebsforschungszentrum (Hrsg.), Heidelberg
- 24 Forschungsauftrag (05HS039), Auftraggeber: BMELV, Projektgeber: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, 15.11.2007 bis 18.07.2008
- 25 Workshop (geplant) "Impact of tobacco ingredients on tar-, nicotine- and CO-formation, 7.-8. November 2007 in Ispra, Italien, abgesetzt.
- 26 Hahn, J. und Schaub, J. (2010): Influence of Tobacco Additives on Chemical Composition of Mainstream Smoke. Contrib Tobacco Res, 24 (3), 100–116
- 27 Die Untersuchungsämter für Lebensmittelüberwachung und Tiergesundheit Baden-Württemberg, Seite zum Tabak (Autor J. Hahn) [http://www.ua-bw.de/pub/beitrag.asp?subid=0&Thema\\_ID=14&ID=414&lang=DE](http://www.ua-bw.de/pub/beitrag.asp?subid=0&Thema_ID=14&ID=414&lang=DE), zuletzt besucht 03.02.2012

\* International Standard Organisation (ISO). ISO wird in Deutschland durch das Deutsche Institut zur Normung e. V (DIN) vertreten. ISO delegiert globale Aufgaben an DIN, darunter die Koordinierung der Fragen zur Regulierung von Tabakprodukten. Die DIN/ISO-Ausschüsse sind mit großer Mehrheit von Vertretern der Tabakindustrie besetzt. Die dort behandelten Arbeitsaufträge, Anträge, Beschlüsse etc. werden in der Regel zuvor in den Gremien des VdC besprochen oder festgelegt.



Sandra Dick, Entwurf für Plakat zum Plakatwettbewerb Tabakindustrie ködert Kinder, 2009

## 2. 3

### Kooperation zwischen Chemikern und der Tabakindustrie

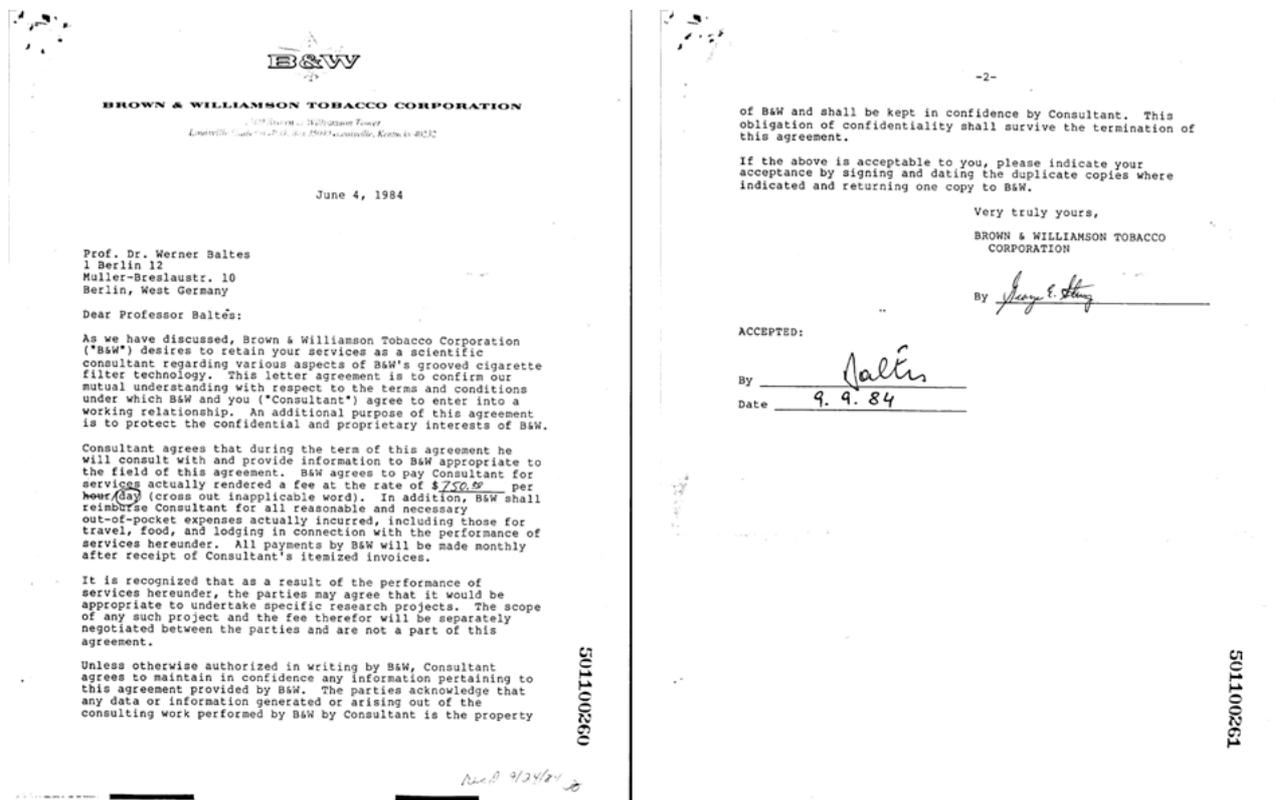
Patrick Kast

Da Zigaretten ein Produkt sind, welches bei bestimmungsgemäßem Gebrauch eine Vielzahl von chemischen Verbindungen bei seiner Verbrennung freisetzt, sind Tabakunternehmen natürlich an der Pyrolyse-Chemie des Tabaks interessiert. Dieses Interesse begründet sich zum einen in vorhandenen Auflagen, was bestimmte Höchstmengen (z. B. an Nikotin oder CO) gewisser Verbindungen und die Abhängigkeit ihrer Konzentrationen im Tabakrauch von der Temperatur angeht, aber ist natürlich auch marktwirtschaftlicher Natur. So wird dem Tabak in der Regel eine ganze Reihe von Zusatzstoffen zugesetzt, um die Brandeigenschaften der Zigarette oder des Papiers zu verändern oder den pH-Wert des Rauchs zu erhöhen, was eine schnellere Aufnahme des Nikotins und damit länger anhaltende Abhängigkeit der Konsumenten bewirken soll (z. B. Ammonium-Verbindungen). Auch sollen Aromastoffe (Lakritze) oder Menthol (ein schwaches Lokalanästhetikum) eine tiefere Inhalation und ein angenehmeres „*Raucherlebnis*“ ermöglichen, deren Wechselwirkungen im Verbrennungsvorgang untersucht sein wollen.

Neben einer Vielzahl von Chemikern, die direkt bei den Tabakkonzernen beschäftigt sind oder waren (u. a. Richard R. Baker oder Werner Hass, beide British American Tobacco, oder auch Arlington Finley oder Bruce Waymack, beide Philip Morris<sup>1, 2</sup>), erhalten auch zahlreiche „*unabhängige*“ Wissenschaftler Drittmittel von der Tabakindustrie für ihre Forschungen. Das bietet der Tabakindustrie einmal die Möglichkeit, ihr Image in heuchlerischer Weise aufzubessern (Sponsoring der Wissenschaft als Akt der „*social responsibility*“<sup>3, 4</sup>), aber ist gleichzeitig eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Zwar erwecken diese Forschungen vordergründig eher einen unabhängigen Eindruck, sollen sie doch oft das Verständnis der Wissenschaft für grundlegende Vorgänge vergrößern oder auch neue Analyse-Methoden testen, doch hat in der Praxis natürlich die Zigarettenindustrie ein entscheidendes Interesse an den resultierenden Publikationen, welche durch ihre finanziellen Beiträge ermöglicht werden. Aus diesem Grund und auch weil Beeinflussung niemals ausgeschlossen werden kann<sup>5</sup>, sind derartige Kooperationen zwischen „*unabhängigen*“ Wissenschaftlern und der Tabakindustrie grundsätzlich als unmoralisch abzulehnen.

Im Folgenden sollen zwei Beispiele für derartige Kooperationen deutscher Chemiker mit der Tabakindustrie näher beschrieben werden: Es handelt sich dabei um den renommierten Lebensmittelchemiker Prof. Dr. Werner Baltes (ehemals TU Berlin) und um Prof. Dr. Ralf Zimmermann, Analytiker an der Universität Rostock und Leiter des gemeinsamen Massenspektrometrie-Zentrums der Universität Rostock und des Helmholtz-Zentrums München.

Zwischen Baltes, der auch in seinem Buch „Lebensmittelchemie“ mutmaßlich bewusst nur „*übermäßigem*“ Rauchen negative körperliche Auswirkungen bescheinigt<sup>6</sup>, und der „Brown & Williamson Tobacco-Corporation“ bestand in den 1980-ern eine enge Beziehung. Für 750 \$ pro Tag sollte Baltes den Konzern in Bezug auf Filtertechnologie beraten. Folgende Abbildung zeigt einen Ausschnitt des darüber abgeschlossenen Vertrags mit Original-Unterschriften:



Vereinbarung zwischen B&W Tobacco und Baltes<sup>7</sup>.

Des Weiteren wurde Baltes im B&W-Trip-Report über die Gordon-Research-Conference – Analytical-Pyrolysis in Plymouth (17.7.1985) als Experte für Reaktionen zwischen Zucker, Ammoniak und Aminosäuren erwähnt. Zu dieser Zeit war Baltes auch Berater von BAT Hamburg.

BAT knüpfte auch 2002 erstmals den Kontakt zu Prof. Zimmermann, der zu dieser Zeit für die Universität Augsburg und das GSF (Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit München) arbeitete<sup>8</sup>. In den darauffolgenden Jahren wurden dann gemeinsam zahlreiche wissenschaftliche Papers zur zeitaufgelösten massenspektrometrischen (TOF-MS) Untersuchung von Tabakrauch veröffentlicht<sup>9, 10</sup>. Zimmermann referierte in den folgenden Jahren auch auf Kongressen, die von der Tabakindustrie ausgerichtet wurden (CORESTA; TSRC). Im Rahmen einer engen Kooperation zwischen der Universität Rostock und BAT erhielt Zimmermann von BAT Southampton für seine Grundlagenforschung zur Pyrolyse von Zigarettenrauch mittels Fotoionisations-Massenspektrometrie insgesamt Drittmittel von 540.000 €<sup>11</sup>, womit auch mehrere Doktorandenverträge bezahlt werden. Prof. Zimmermann erkennt darin keinen Verstoß gegen die Leitlinien des Tabakrahenübereinkommens, welches öffentlichen Einrichtungen empfiehlt,

keine Partnerschaften mit der Tabakindustrie einzugehen, da es einen fundamentalen und unüberbrückbaren Konflikt zwischen deren Interessen und gesundheitspolitischen Interessen sieht. Die Forschung würde lediglich zum besseren Verständnis von Pyrolyseprozessen dienen und in keinem Zusammenhang mit gesundheitspolitischen Interessen stehen.

Dennoch hat Prof. Zimmermann auf Nachfrage des Forums Rauchfrei angekündigt, auch diese Kooperation in Zukunft zu beenden. Das Helmholtz-Zentrum München hat laut eigener Aussage keinerlei Kooperation mit der Tabakindustrie und schließt diese auch in Zukunft aus.

Im Sinne des WHO-Rahmenabkommens zur Tabakkontrolle (FCTC, Artikel 5.3) muss auch in Zukunft ein Augenmerk auf unzulässige Verbindungen zwischen der Tabakindustrie und der Wissenschaft gelegt werden. Das Hauptproblem in den vergangenen Jahrzehnten war schließlich, dass die Tabakunternehmen keine Kosten und Mühen gescheut haben, ihren tödlichen Produkten mit augenscheinlich „seriösen“, jedoch von ihnen selbst finanzierten Studien zu einem besseren Image durch suggerierte „Harmlosigkeit“ zu verhelfen. Derartige Verbindungen zu Wissenschaftlern gibt es bis heute. Besondere Strategien verfolgt seit einigen Jahren der Konzern Philip Morris, welcher seine Anliegen durch scheinbares Entgegenkommen und Unterstützung der Ziele von Gesundheitspolitikern erreichen möchte<sup>12</sup>.

- 1 Brown & Williamson Tobacco Corporation, Trip Report, Gordon Research Conference, 1985; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/twi86a99/>
- 2 Puff-by-Puff Resolved Measurements of Cigarette Smoke by REMPI and SPI – TOFMS; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/ens27a00>
- 3 Zimmerling, Th. (2007): Die Macht der Lobby – das Beispiel Tabakindustrie, in: Public Affairs, 18. September 2007, <http://publicaffairs.twoday.net/stories/4247774/> [16. März 2010]
- 4 Daniel Sandig, Seminararbeit zum Thema „Corporate Social Responsibility“, TU-Chemnitz, 2007; [http://www.tu-chemnitz.de/wirtschaft/bwl9/lehre/gelungen/Sandig\\_2010\\_CSR-in-der-Tabakindustrie](http://www.tu-chemnitz.de/wirtschaft/bwl9/lehre/gelungen/Sandig_2010_CSR-in-der-Tabakindustrie)
- 5 Korruption: Tabakindustrie soll Wissenschaftler bestochen haben, in: Stern, 9. Dezember 2005, <http://www.stern.de/gesund-heit/gesundheitsnews/korruption-tabakindustrie-soll-wissenschaftler-bestochen-haben-550985.html> [23. März 2010].
- 6 Baltes, Matissek, Lebensmittelchemie, Springer-Verlag 2011
- 7 [http://tobaccodocuments.org/bliley\\_bw/501100260-0261.html](http://tobaccodocuments.org/bliley_bw/501100260-0261.html)
- 8 BAT-work programme (2002)
- 9 Mitschke, S., Adam, T, Streibel, T, Baker, R., Zimmermann, R.: Application of Time-of-Flight Mass Spectrometry with Laser-Based Photoionization Methods for Time-Resolved On-Line Analysis of Mainstream Cigarette Smoke. Anal. Chem. 2005, 77, 2288-2296  
<http://legacy.library.ucsf.edu/tid/cgo80g00/>
- 10 <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/ens27a00/>
- 11 Zweiter Forschungsbericht des gemeinsamen Massenspektroskopie-Zentrums der Universität Rostock und des Helmholtz Zentrums München
- 12 <http://www.net-tribune.de/article/031008-130.php>

#### Abkürzungen:

BAT	British American Tobacco
CORESTA	Cooperation Centre for Scientific Research Relative to Tobacco (internationale Organisation der Tabakindustrie)

FCTC	Framework Convention for Tobacco Control
TOF MS	Time of flight mass spectrometry (massenspektrometrische Untersuchung)
TSRC	Tobacco Science Research Conference
TU Berlin	Technische Universität Berlin
WHO	World Health Organization

## 2.4

### Arbeitsmediziner auf der Seite der Tabakindustrie

Wolfgang Hien

Dass nicht nur Aktivrauchen, sondern auch Passivrauchen die Gesundheit von Millionen Menschen schädigen, ist seit Langem bekannt. Schon in den 1960er-Jahren gab es Bemühungen um einen Nichtrauchererschutz. Seit Beginn der 1980er-Jahre hat sich – stellvertretend seien hier die großen epidemiologischen Studien von Hirayama<sup>1</sup> genannt – die Vermutung erhärtet, dass Passivrauchen ein krebserzeugendes Potenzial besitzt. Seither ist diese Tatsache vielfach wissenschaftlich belegt<sup>2</sup>. Aber erst seit 2002 gibt es einen gewissen Nichtrauchererschutz in der Arbeitsstättenverordnung, doch davon ausgenommen sind Beschäftigte im Gaststättengewerbe, einmal von dem nach wie vor unregulierten Privatbereich abgesehen.

Man sollte denken, dass sich das Fach der Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin im Sinne eines konsequenten Schutzes der Gesundheit der betroffenen Menschen – auch und gerade derjenigen, die am Arbeitsplatz dem Passivrauchen ausgesetzt sind – seine Kompetenz in die Waagschale geworfen hat. Doch das Gegenteil ist leider der Fall. Seit 1967 lag – beinahe drei Dekaden lang – die Präsidentschaft der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin in den Händen der Professoren Valentin und Lehnert<sup>3</sup>, beide Universität Erlangen, wobei Lehnert noch nach seiner Emeritierung 1997 jahrelang in entscheidenden Gremien, wie z. B. der MAK-Kommission, mitwirkte (das ist diejenige Kommission, die Maximale Arbeitsplatz-Konzentrationen vorschlägt).

Es ist – das darf hier als These formuliert werden – kein Zufall, dass es genau diese Zeit brauchte, um wenigstens einen ersten Anfang einer gesetzlichen Verankerung des Nichtraucher-schutzes ins Werk zu setzen. Helmut Valentin und Gerhard Lehnert waren in vielen Hinsichten überragende Persönlichkeiten bundesrepublikanischer Präventionsmedizin und damit auch des öffentlichen Lebens. Sie waren auf Engste mit der konservativen Elite in Wirtschaft und Politik verbunden. Sie vertraten offen eine radikale wirtschaftsliberale Position, die eine staatliche Regulation auf ein Mindestmaß reduzieren, wenn nicht gar völlig verhindern wollte.

Die deutsche Arbeitsmedizin setzte damit eine unheilvolle Tradition fort, für die nicht der Schutz des Menschen, sondern wirtschaftliche Leistung und medizinische Selektion im Vordergrund standen. So waren Valentin und Lehnert der Meinung, dass *„nicht jeder in der Gesellschaft“ geschützt werden könne und auch nicht geschützt werden dürfe, weil wir*“ ansonsten den wirtschaftlichen Fortschritt behindern würden<sup>4</sup>. Valentin und Lehnert haben über die ganze Zeit ihres einflussreichen Wirkens immer wieder manifest Berufserkrankten, so z. B. hochgradig dioxinvergifteten Arbeitern bei Bohringer Hamburg oder quecksilbervergifteten Arbeitern der chemischen Fabrik Marktredwitz, die Anerkennung als Be-

rufserkrankte verweigert<sup>5</sup>. Die Betroffenen wurden nicht selten in Gutachten mit dem Argument einer „*schwächlichen Konstitution*“ geradezu verhöhnt.

So verhielt es sich auch in den Augen der Erlanger Arbeitsmedizinerschule mit den Nichtraucher, die sich durch Passivrauchen gesundheitlich beeinträchtigt, belastet oder geschädigt fühlten. Auch ihnen wurde eine „*Kränklichkeit*“ attestiert, die nicht zum Maßstab einer Präventionspolitik gemacht werden dürfe<sup>6</sup>. Valentin, Lehnert und viele ihrer „*Schüler*“, von denen viele seit den 1990er-Jahren arbeitsmedizinische Lehrstühle besetzen konnten, machten und machen keinen Hehl daraus, beste Verbindungen zur gesamten Industrie zu haben, so auch zur deutschen und internationalen Zigarettenindustrie. Selbstredend flossen hier auch reichlich Gelder, auch und gerade seitens der Tabak-Unternehmen. Die dem Internetportal „*Tobaccodocuments*“ zu entnehmenden Summen sind erheblich. Deutsche Arbeitsmedizin-Lehrstühle erhielten vom „*Verband der deutschen Cigarettenindustrie*“ (VdC) demnach alleine in den 1980er-Jahren mehr als eine Million DM an Forschungsgeldern<sup>7</sup>. Um ein Beispiel herauszugreifen: Professor Valentin erhielt im Rahmen des VdC-Projekts 13/1982 mit dem Thema „*Querschnittstudie zur Frage einer ‚Small-Airways-Dysfunktion‘ bei Rauchern, Nichtrauchern und Passivrauchern*“ zwischen 1982 und 1984: DM 102 000. Das Ergebnis ist kaum überraschend: Es wurde kein Einfluss des Passivrauchens auf diverse Lungenfunktionsparameter gefunden<sup>8</sup>.

Valentin spielte in der Bagatellisierung der Passivrauch-Risiken eine bedeutsame Rolle. Seine Einflussnahme auf Medizin, Arbeitsmedizin und Politik begann 1977 im Rahmen der Fachtagung „*Passivrauchen am Arbeitsplatz: Bestandsaufnahme und Analyse aus medizinischer und juristischer Sicht*“<sup>9</sup>. Als offizieller Veranstalter fungierte die Bayerische Akademie für Arbeits- und Sozialmedizin; die Schirmherrschaft hatte das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung übernommen. Valentin leitete die Tagung und dominierte mit seinen Beiträgen die Diskussionsrichtung. Sinn und Zweck der Tagung waren, daran kann es bei Sichtung aller Dokumente keinen Zweifel geben, dem damals angekündigten Regierungshandeln zu einem verstärkten Nichtraucherschutz entgegenzuwirken. Die Konferenz stand ganz im Zeichen der frühestmöglichen Abwehr eines Nichtraucherschutzes.

Neben Valentin traten auch andere arbeitsmedizinische Ordinarien, wie z. B. Werner Klosterkötter<sup>10</sup> aus Essen, auf und auch diese taten sich mit einer Vielzahl von raucher- und rauchfreundlichen Argumenten hervor. Valentin stellte seinen Vortrag unter ein grundsätzliches Motto: Man müsse sich bei der Gesundheitspolitik hüten, „*den Freiheits-, Lebens- und Handlungsraum unangemessen, unnötig und überzogen einzuschränken*“<sup>11</sup>. Valentin stellte damit Akteure, die für einen Nichtraucherschutz eintraten, in die Ecke von Freiheitsfeinden. In der politisch angeheizten Situation 1977 – immerhin war in dieser Zeit die politische Atmosphäre von der RAF-Fahndung geprägt – war dies kein ungeschickter Schachzug. Eine programmatische Bankrotterklärung der Gesundheitsprävention war es allemal. Im Folgereferat bestätigte Klosterkötter<sup>12</sup> diese Linie völlig. Er ging – trotz schon 1977 toxikologisch eindeutiger Befunde – mit keinem Wort auf die krebserzeugenden Wirkstoffe im Tabakrauch ein und versuchte, das Passivrauchen als „*normale*“ Erscheinung einer zivilisierten Gesellschaft darzustellen. Er kritisierte – der damals konservativen Medizintheorie folgend – die WHO-For-

mel, wonach Gesundheit als körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden definiert wird, als „*utopisch*“ und somit völlig unerreichbar. Die führenden Arbeitsmediziner dieser Tage schreckten nicht davor zurück, Menschen, die sich an Passivrauchen störten, ein „*psychisches Problem*“ zuzuschreiben. Damit setzte auch hier die Arbeitsmedizin ihre unheilvolle Tradition der Psychiatisierung sozialer und toxikologisch fassbarer Probleme fort.

Lehnert, als „*guter Schüler Valentins*“, unterhielt immer sehr enge Beziehungen zur chemischen Industrie und tat sich – wie in einem Urteil des Oberlandesgerichts in Hamburg bestätigt wurde – als „*Experte für Unbedenklichkeiten*“ hervor<sup>13</sup>. Lehnert war seit 1984 Mitglied im Arbeitskreis Gesundheitsschäden durch Umwelteinflüsse und seit 1987 im Wissenschaftlichen Beirat und im Ausschuss Arbeitsmedizin der Bundesärztekammer tätig. Er war auch Mitglied der Arbeitsgruppe „Krebsgefährdung durch Rauchen“ beim Bundesgesundheitsministerium und zugleich im Forschungsrat Rauchen und Gesundheit des „Verband(es) der deutschen Zigarettenindustrie“. Er erhielt in mehreren Forschungsprojekten Zuwendungen der Zigarettenindustrie, so unter anderem für die Bestimmung und Bewertung von „*Benzol in Luft- und Blutproben in verschiedenen Belastungsstadien*“, wofür 140.000 DM gezahlt wurden<sup>14</sup>.

Die Reihe der „*Valentin-Schüler*“ – zu nennen sind hier z. B. die Namen Jürgen Angerer, Gerhard Triebing, Hans Letzel, Michael Kentner, Gustav Schäcke – ließe sich problemlos fortsetzen<sup>15</sup>. Zuletzt versuchte im Jahr 2002 noch einmal Professor Schäcke, Direktor des Instituts für Arbeitsmedizin der Freien Universität Berlin, die Erkenntnisse zum Passivrauchen – nachdem dieses nicht nur von der MAK-Kommission, sondern auch von der Internationalen Krebsforschungsagentur der WHO in Lyon (IARC) als „*eindeutig für den Menschen krebserzeugend*“ eingestuft worden war – in Zweifel zu ziehen<sup>16</sup>. Schäcke war zugleich langjähriger wissenschaftlicher Hauptschriftleiter des Zentralblattes für Arbeitsmedizin. Nach seiner Emeritierung schmettete schließlich 2008 auch sein Nachfolger, Prof. Dr. med. Dr. h.c. mult. David Groneberg, einen kritischen Artikel zum Thema „Passivrauchen und die Rolle der deutschen Arbeitsmedizin“ mit dem Argument ab, die bei Tobaccodocuments gesammelten Fakten und Daten sowie die daraus gezogenen Schlüsse seien nichts als eine „*Sammlung von Meinungen und Deutungen*“, die in einer wissenschaftlichen Zeitschrift nichts zu suchen hätten<sup>17</sup>.

Auch wenn sich die Deutsche Gesellschaft für Arbeits- und Umweltmedizin (DGAUM) seit 2008 klar zum Nichtraucherchutz bekennt<sup>18</sup>, so scheint es dieser Fachgesellschaft augenscheinlich schwerzufallen, kritisch mit ihrer eigenen Geschichte umzugehen und endlich ihre viel zu lange verehrten Säulenheiligen vom Sockel zu holen. Vor allem aber scheint es eine fast unüberwindbare Schwierigkeit zu sein, eine von der Industrie unabhängige Forschung zu betreiben. Das wirft ein schlechtes Licht auf die für Wissenschaft verantwortliche Politik, die seit Jahren die Mittel für Grundlagenforschung kürzt und stattdessen die „*Zusammenarbeit mit der Wirtschaft*“ propagiert. Das verheißt – vor dem Hintergrund der mit der Chemie- und Tabakindustrie gemachten Erfahrungen und angesichts neuer und hinsichtlich ihrer Risiken bedenklicher Entwicklungen, wie z. B. derjenigen in der Nanotechnik – leider nichts Gutes.

- 1 Hirayama, T. (1981): Non-smoking wives of heavy smokers have a higher risk of lung cancer: a study from Japan. *British Medical Journal*, Band 282, S. 183-185; Hirayama, T. (1984): Cancer mortality in nonsmoking women with smoking husbands based on a large-scale cohort study in Japan. *Preventive Medicine*, Band 13, S. 680-690.
- 2 Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) (1985): Passivrauchen am Arbeitsplatz. Wissenschaftliches Arbeitspapier der Senatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe, hg. von D Henschler. Weinheim: VCH-Verlagsgesellschaft; Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) (1998): Passivrauchen. Begründung der Senatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe, hg. von D. Henschler. Weinheim: VCH-Verlagsgesellschaft; International Agency for Research on Cancer (IARC) (2002): Tobacco smoke and involuntary smoking. IARC-Monographs on the Evaluation of Carcinogenic Risks to Human. Volume 83. Lyon: World Health Organisation.
- 3 Elsner, G. (2011): Konstitution und Krankheit: Der Arbeitsmediziner Helmut Valentin (1919-2008) und die Erlanger Schule. Hamburg: VSA; Uwe Helmert (2010): Vom Teufel bezahlt. Die verhängnisvolle verdeckte Zusammenarbeit zwischen der Tabakindustrie und deutschen Wissenschaftlern unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsmediziner. Arbeitspapier des Zentrums für Sozialpolitik. Bremen: Eigendruck (Onlineversion), S. 24-28.
- 4 Valentin, H. / Bost, H.P. (1977): Passivrauchen am Arbeitsplatz – Analyse und Bestandsaufnahme. In: Bayerische Akademie für Arbeits- und Sozialmedizin (Hg.): Passivrauchen am Arbeitsplatz. Bestandsaufnahme und Analyse aus medizinischer und juristischer Sicht. Stuttgart: Gentner, S. 13- 24; Lehnert, G. (1984): Roundtable discussion from the Symposium „Medical Perspectives on Passive Smoking“, Vienna, April 9-12. *Preventive Medicine*, Band 13, S. 730-764; Lehnert, G. (1991): Es spricht mehr gegen als für einen Kausalzusammenhang zwischen Passivrauchen und Lungenkrebs. *Das Öffentliche Gesundheitswesen*, Band 53, Sonderheft 2, S. 145-147.
- 5 Elsner, G., a.a.O.; Helmert, U., a.a.O.; Jurtschitsch, E. (1986): Arbeitsmedizin in Sachen Professor Gerhard Lehnert. Unbedenklichkeitsbescheinigungen, Falschgutachten und industriefreundliche Wissenschaft. Untersuchung im Auftrag der Grün-Alternative Liste. Hamburg: Eigendruck; Ludwig, U. (2000): Ein Filz und ein Geflecht. In: *Der Spiegel* v. 17.7.2000 (Onlineversion).
- 6 Valentin, H., a.a.O.; Klosterkötter, W. (1977): Stand der medizinischen Diskussion zum Thema Passivrauchen. In: Bayerische Akademie für Arbeits- und Sozialmedizin (Hg.) Passivrauchen am Arbeitsplatz. Bestandsaufnahme und Analyse aus medizinischer und juristischer Sicht. Stuttgart: Gentner, S. 31-48; Kentner, M. (1991): Passivrauchen führt bei gesunden Erwachsenen in der Regel nicht zu relevanten pathologischen Veränderungen der Lungenfunktion. *Das Öffentliche Gesundheitswesen*, Band 53, Sonderheft 2, S. 148-150.
- 7 Helmert, U., a.a.O, S. 32-38. Die Berichte über die vom Verband der deutschen Cigarettenindustrie finanzierten Forschungsprojekte finden sich in dem von der US-amerikanischen Bewegung der Tabak-Kontrolle bewirkten und durchgesetzten Internetportal: <http://tobaccodocuments.org>.
- 8 Valentin, H. (1984): Passive smoking: a scientific consideration. In: *Preventive Medicine*. Band 13, S. 565-569; vgl. auch: Letzel, H. (1987): Passivrauchen und Lungenkrebs. Methoden zum Kausalitätsnachweis sowie zur Bestimmung und Validierung der Exposition. Berlin: Springer-Verlag; Letzel, H. (1991): Ob Passivrauchen schädlich ist, weiß man noch nicht. *Das Öffentliche Gesundheitswesen*, Band 53, Sonderheft 2, S. 119-121.
- 9 Valentin, H. / Bost, H.P. (1977), a.a.O.; Valentin, H. (1984), a.a.O.; vgl. auch: Bornhäuser, A. / McCarthy, J. / Glantz, S.A. (2006): Wie die Tabakindustrie in Deutschland durch die Erhaltung wissenschaftlicher sowie politischer Respektabilität Rechtsvorschriften zum Schutz des Passivrauchens verhindert. Deutsches Krebsforschungszentrum, Heidelberg.
- 10 Klosterkötter, W., a.a.O.
- 11 Valentin, H. (1977), a.a.O.
- 12 Klosterkötter, W., a.a.O.
- 13 Jurtschitsch, E., a.a.O.
- 14 Helmert, U., a.a.O., S. 32.
- 15 Elsner, G., a.a.O.
- 16 Pers. Mitt. von Dr. Kurt Straif (Epidemiologe, Arbeitsmediziner, wissenschaftlicher Mitarbeiter der International Agency for Research on Cancer, Lyon, seit 2001 Mitglied der MAK-Kommission) im April 2007 an den Verf. Bei der von Prof. Schäcke geleiteten Konferenz

handelte es sich um eine Sitzung der nationalen Gruppe der International Commission on Occupational Health (ICOH). Diese Sitzung fand - unter hochkarätiger Beteiligung - am Rande der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Arbeits- und Umweltmedizin (DGAUM) in München statt. Den Hauptvortrag hielt Prof. Adlkofer, der damals ein von der Zigarettenindustrie vollfinanziertes Institut leitete (vgl. Helmert 2010, S. 14 und passim). Die Bedenken Kurt Straifs, eines langjährigen ICOH-Mitgliedes, gegen die Einladung eines Interessenvertreters der Zigarettenindustrie wurden von Schäcke als „Verbalattacken“ abgetan. Vgl. dazu auch: Nichtraucher-Initiative Deutschland (2002): Franz Adlkofer – ein hoffnungsloser Fall. Internetadresse: <http://www.nichtraucherschutz.de/NRI/47/info023.html>.

- 17 Pers. Mitt. von Prof. Dr. David Groneberg, Direktor des Instituts für Arbeitsmedizin der Freien Universität Berlin, im Januar 2009 an den Verf.
- 18 Gemeinsame Erklärung der DGAUM, DGSMP, DGPH und BVÖGD vom November 2008 (pers. Mitt. v. Dr. Joseph Kuhn, München).

### Abkürzungen:

DGAUM	Deutsche Gesellschaft für Arbeits- und Umweltmedizin
IARC	International Agency for Research on Cancer (Internationale Krebsforschungsagentur der WHO)
MAK-Kommission	Maximale Arbeitsplatz Konzentrationen-Kommission
RAF	Rote Armee Fraktion
VdC	Verband der Cigarettenindustrie
WHO	World Health Organization - Weltgesundheitsorganisation



wäre die Lunge  
ein Ballon,  
ich würde ihn nicht  
anzünden.

[www.forum-rauchfrei.de](http://www.forum-rauchfrei.de)

Florian Fischer • Plakatwettbewerb 2009 Forum Rauchfrei

### **3.**

## **Ethik und Interessenkonflikte**



Alf Maron • Plakatwettbewerb 2009 Forum Rauchfrei

### 3. 1

## Tabakindustrie, Public Health und Interessenkonflikte

David Klemperer

Der psychosoziale Benefit des Rauchens ist ein Thema, mit dem sich ein deutscher Gesundheitswissenschaftler in den 1980er- und 1990er-Jahren befasst hat. In einer vom Bundesgesundheitsministerium einberufenen Arbeitsgruppe „Krebsgefährdung durch Rauchen“ beschrieb er 1984 das Rauchen *„als eine regelmäßig befriedigende Erfahrung für den Raucher, die häufiges oder längeres Fehlen am Arbeitsplatz möglicherweise verringern könnte“*. Demzufolge stellten Informationsprogramme für Raucher ein Paradoxon dar<sup>1</sup>.

Die Bewertungen und Schlussfolgerungen bezüglich der gesundheitlichen Schäden des Passivrauchens hängen entscheidend vom Hintergrund der Autoren ab, zeigte eine Analyse von 106 Übersichtsarbeiten, die im Zeitraum von 1980 bis 1995 erschienen sind. In 39 Arbeiten lautete der Tenor, Passivrauchen sei unschädlich. 29 dieser Arbeiten waren von Autoren mit Verbindungen zur Tabakindustrie verfasst. Unabhängige Autoren gelangten weit überwiegend zum entgegengesetzten Ergebnis<sup>2</sup>.

Beide Beispiele werfen Fragen auf. Wäre der deutsche Gesundheitswissenschaftler zu einer vergleichbar positiven Bewertung des Rauchens gelangt, wenn seine Forschung nicht von der Tabakindustrie finanziert worden wäre? Würden die Autoren der Studien, die Passivrauchen als harmlos bewerten, zum selben Ergebnis kommen, wenn sie keine Verbindungen zur Tabakindustrie hätten? Bestehen hier Interessenkonflikte? Haben sich die Interessenkonflikte auf die Bewertung ausgewirkt?

Würde man die Autoren dazu befragen, erhielte man vermutlich folgende Antwort: Ihre Forschung sei zwar von der Tabakindustrie finanziert, dies beeinflusse aber in keiner Weise die Forschungsergebnisse. Vermutlich würden sie diese Antwort ehrlichen Herzens geben.

Im Folgenden soll dargelegt werden, was ein Interessenkonflikt ist, wie er sich auf das Urteilsvermögen auswirken kann und warum es Personen zumeist entgeht, dass sie von einem Interessenkonflikt beeinflusst werden.

### Was ist ein Interessenkonflikt?

Interessenkonflikt hat stets mit Urteilsfähigkeit und der daraus folgenden Bewertung von Informationen und dem daraus wiederum folgenden Handeln zu tun. Daher befassen sich solche Berufsgruppen mit Interessenkonflikten, deren Handeln weitreichende bis hin zu existenzielle Konsequenzen haben können, von denen die Öffentlichkeit daher ein ungetrübtes Urteil erwartet, wie z. B. Ärzte,

Rechtsanwälte, Rechnungsprüfer, Ingenieure, Architekten und auch Wissenschaftler. Zu nennen sind hier auch die Politiker.

Interessen, die miteinander in Konflikt geraten können, sind lange bekannt. So greift der etwa 2.500 Jahre alte hippokratische Eid den Sachverhalt auf, dass die Eigeninteressen des Arztes den Patienteninteressen entgegengesetzt sein können, und fordert vom Arzt, die Patienteninteressen stets vor die eigenen zu stellen.

Der Begriff Interessenkonflikt kam in der medizinischen Literatur jedoch erst vor einigen Jahrzehnten auf. Das Verständnis von Interessenkonflikt wurde und wird in den USA und seit Kurzem auch in Deutschland weitgehend von der Definition des US-amerikanischen Sozialwissenschaftlers Dennis Thompson geprägt. Thompson hat im Jahr 1993 im New England Journal of Medicine ein Konzept dargelegt, das Interessenkonflikte objektiv und reliabel erfassbar machen soll<sup>3</sup>. Die Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften hat diese Definition im Jahr 2010 in deutscher Übersetzung ihren Empfehlungen zum Umgang mit Interessenkonflikten zugrunde gelegt:

*„Interessenkonflikte sind definiert als **Gegebenheiten**, die ein Risiko dafür schaffen, dass **professionelles Urteilsvermögen** oder Handeln, welche sich auf ein **primäres Interesse** beziehen, durch ein **sekundäres Interesse** unangemessen beeinflusst werden“<sup>4</sup>.*

Die in der Definition enthaltenen Begriffe primäre und sekundäre Interessen sowie Urteilsvermögen sollen im Folgenden näher beleuchtet werden.

Das **primäre Interesse** ist laut Thompson gleichbedeutend mit dem Anliegen einer Berufsgruppe, einer Organisation bzw. einer Institution. Das primäre Interesse von Ärzten ist die bestmögliche Behandlung ihrer Patienten. In der Wissenschaft geht es um die Entwicklung von Forschungsfragen für lösungsbedürftige Probleme und die sich daraus ergebende Forschung zur wissenschaftlichen Beantwortung dieser Fragen und das Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten mit dem Ziel, das Wohlergehen der Gesellschaft zu steigern. Von Wissenschaftlern im Felde der Gesundheit und Krankheit erwarten wir die Erweiterung der Möglichkeiten, Krankheit zu erkennen, zu behandeln und zu verhindern sowie Gesundheit zu erhalten und zu fördern. Das primäre Interesse besteht also im Erzielen zutreffender Forschungsergebnisse für einen Wissensfortschritt zum Wohl und Nutzen von Patienten und Bevölkerung.

Primäre Interessen werden häufig in Grundsatzpapieren, Programmen oder Leitbildern dargelegt. Der hippokratische Eid, die Genfer Deklaration des Weltärztebundes, das Gelöbnis der Berufsordnung für Ärzte der Bundesärztekammer und die Physician-Charter der ABIM-Foundation definieren jeweils die primären Interessen der Ärzte. Für den Wissenschaftsbereich liegen Regelwerke vor, die das Verfolgen der primären Interessen sicherstellen oder zumindest erleichtern sollen, so z. B. die „Empfehlungen zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die rechtsverbindliche Good-Clinical-Practice-Verordnung zu klinischen Prüfungen mit Arzneimitteln zur Anwendung

am Menschen sowie die „Leitlinien und Empfehlungen zur Sicherung von Guter Epidemiologischer Praxis“ der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Epidemiologie.

Sekundäre Interessen sind Interessen, welche die primären Interessen unangemessen beeinflussen können. Der Mechanismus besteht in der Veränderung der Kognition der von sekundären Interessen betroffenen Person, also von Prozessen der Erfassung, Verarbeitung und Bewertung von Informationen. Diese Veränderung der Kognition durch sekundäre Interessen kann bewusst und unbewusst erfolgen. Die unangemessene Beeinflussung drückt sich in einseitigen, verzerrten Urteilen und Bewertungen aus sowie daraus folgendem Handeln, was zu einer Gefährdung der primären Anliegen führen kann. Sekundäre Interessen können materieller und nicht materieller Natur sein. Materielle Interessen werden am häufigsten diskutiert, sie lassen sich vergleichsweise leicht erfassen und regeln. Im Gesundheitswesen stehen finanzielle Verbindungen zu Herstellern von Arzneimitteln und Medizinprodukten im Blickpunkt. Zu den möglichen Formen zählen Geschenke jeder Art, Honorare für Vorträge oder Beratung, bezahlte Gutachtertätigkeit, Besitz von Unternehmensanteilen bzw. Aktien.

Nicht materielle sekundäre Interessen können genauso wirksam sein wie materielle. Beispiele sind Ehrgeiz, Streben nach Status und Anerkennung, Wunsch nach Aufnahme oder Verbleib in einer Gruppe, Konkurrenz zu anderen Wissenschaftlern oder Ärzten, das Wohlwollen von einflussreichen Personen, der Wunsch, Familienangehörige und Freunde zu fördern und zu unterstützen. Für Ehrgeiz und Karrierestreben gilt, dass es sich um sekundäre Interessen handelt, die eine notwendige Voraussetzung für die Realisierung eines primären Interesses sein können. Sie werden erst dann problematisch und kontraproduktiv, wenn sie überhandnehmen und die primären Interessen gefährden.

### **Was macht nun den Interessenkonflikt aus?**

Ein Interessenkonflikt stellt eine Risikosituation dar. Ein Interessenkonflikt besteht dann und nur dann, wenn eine Tendenz (ein Risiko) dafür besteht, dass das sekundäre Interesse das Denken und Handeln bezüglich des primären Interesses unangemessen beeinflusst. Mit anderen Worten: wenn die Erfahrungen dafür sprechen und es denkbar und möglich ist, dass ein sekundäres Interesse das primäre in den Hintergrund drängt. Die Betonung liegt auf Risiko, denn für das Vorhandensein eines Interessenkonfliktes ist es nach Thompson unerheblich, ob sich das sekundäre Interesse tatsächlich auf das primäre Interesse auswirkt. Es geht um das Risiko und nicht um den Nachweis, dass Beeinflussung erfolgt ist.

Wenn ein Wissenschaftler Forschungsgelder von der Tabakindustrie erhält, besteht somit ein Interessenkonflikt, denn das Risiko für eine unangemessene Beeinflussung mit dem Ergebnis einer verzerrten Bewertung eines Sachverhalts ist nach allgemeiner Erfahrung gegeben. So bestand sowohl bei dem Gesundheitswissenschaftler im ersten Beispiel als auch bei den Autoren mit Industrieverbindungen im zweiten Beispiel ein Interessenkonflikt. Keine Bedeutung hat dabei die Frage, ob der Interessenkonflikt tatsächlich einen Einfluss auf das Urteilsvermögen ausgeübt hat, denn der Nachweis des kausalen Zusammenhangs von Interessenkonflikt und Urteil ist nicht zu führen. Den Nachweis zu erbringen, dass ein Urteil oder eine Handlung durch ein sekundäres Interesse, wie Geld oder Ehr-

geiz, verursacht wurde, dürfte zumeist unmöglich sein. Denn Gedanken und Gefühle eines anderen können wir nicht sehen, Motivation können wir nicht beweisen, sondern nur vermuten.

### **Wie Interessenkonflikte wirken – psychologische Mechanismen**

Unser Fühlen, Denken und Verhalten folgen häufig bestimmten vorhersehbaren Mustern. Tut uns ein Mensch etwas Gutes, indem er uns z. B. beschenkt oder uns einen Gefallen tut, fühlen wir uns dazu verpflichtet, dies zu erwidern. Diese Reziprozitätsregel ist in allen menschlichen Kulturen verankert und hochgradig funktional. Sie macht menschliches Verhalten berechenbar, erzeugt Vertrauen und ermöglicht Kooperation und Arbeitsteilung – schafft also notwendige Voraussetzungen für gesellschaftlichen Fortschritt. Das Auslösen des Reziprozitätsmechanismus durch z. B. Geschenke, Unterstützung, Entgegenkommen oder auch Forschungsmittel macht für unsere Wahrnehmung, unsere Gefühle und unser Verhalten einen vorhersagbaren Unterschied. Wir sind den Anliegen des Gebenden gegenüber positiver gestimmt und können ihm weniger leicht eine Bitte abschlagen. Die mit Reziprozität zusammenhängenden Gefühls-, Denk- und Handlungsprozesse laufen zumeist automatisch ab, entgehen also unserer Wahrnehmung. Diese an sich ausgesprochen sinnvollen Phänomene können jedoch dysfunktional werden, wenn sie gezielt als „*Waffen der Einflussnahme*“ eingesetzt werden, um uns zu einem Verhalten zu bringen, das wir andernfalls nicht gezeigt hätten<sup>5, 6</sup>. Als Beispiel sei die Beeinflussung von Ärzten in der Verschreibung von Arzneimitteln genannt; Pharmavertreter werden darin geschult, Reziprozität und Freundschaft gezielt gegenüber den Ärzten einzusetzen<sup>7</sup>. Reziprozität wird natürlich auch ausgelöst, wenn ein Hersteller von Tabakprodukten oder ein assoziiertes Forschungsinstitut einem Wissenschaftler finanzielle Mittel für Studien zur Verfügung stellt.

### **Die Illusion der Resistenz gegenüber Beeinflussung**

Personen, die Zuwendungen, Geschenke oder geldwerte Vorteile von Pharmavertretern, der Tabakindustrie oder Partykönigen erhalten, haben zumeist das ehrliche Gefühl, nicht beeinflusst zu werden. So geben Ärzte an zu wissen, dass sie der Pharmavertreter beeinflussen will, meinen aber, dass dessen Versuche an ihnen abprallen. Interessanterweise sind sie bei ihren Kollegen weniger optimistisch und halten diese für gefährdet<sup>8</sup>. Manche meinen, dass Intelligenz und Intellekt gegen Beeinflussung immunisieren und die „*Waffen der Einflussnahme*“ stumpf werden lassen. Die zu dieser Frage durchgeführten Studien weisen leider – wie auch die öffentliche Meinung – in die entgegengesetzte Richtung. Gerade diejenigen, die sich für resistent erachten, sind am ehesten beeinflussbar. Dafür sind zwei Gründe zu nennen. Wer sich für nicht verwundbar hält, verzichtet auf entsprechende Schutzmaßnahmen und wird leichte Beute derjenigen, die sie beeinflussen wollen. Zum anderen verfügen wir nicht über die Fähigkeit, Beeinflussung an uns selbst wahrzunehmen – Psychologen sprechen hier von einem „*blinden Fleck*“ für ein verzerrtes Urteilsvermögen („*bias blind spot*“)<sup>9</sup>. Vor diesem blinden Fleck scheinen Ärzte und Wissenschaftler genauso wenig geschützt zu sein wie Bundespräsidenten.

Abschließend sei angemerkt, dass in Deutschland das Wissen über die Beeinträchtigung des Urteilsvermögens durch Interessenkonflikte erst in den letzten Jahren Verbreitung gefunden hat. Auch der Autor dieses Beitrags hat sich noch in den 1990er-Jahren nichts dabei gedacht, anlässlich von medizinischen Fortbildungsveranstaltungen auf Kosten eines pharmazeutischen Unternehmens zu speisen. Auch würde es nicht weiter führen, einem Gesundheitswissenschaftler, der vor einem Vierteljahrhundert mit der Tabakindustrie kooperiert hat, persönlich Vorwürfe zu machen. Problembewusstsein war in Deutschland bis vor Kurzem spärlich. Diskussionen wie in England 1985 gab es hier m. W. nicht – dort traf die Tabakindustrie mit ihrem Vorhaben, Forschung im Bereich Gesundheitsförderung zu finanzieren, in Public-Health-Kreisen auf wenig Gegenliebe<sup>10</sup>.

Mittlerweile sollte jedoch auch in Deutschland jedem Wissenschaftler deutlich sein, dass die primären Interessen der Tabakindustrie, nämlich möglichst hohe Gewinne mit einem extrem gefährlichen Produkt zu erzielen, mit den primären Interessen von Gesundheitswissenschaft und Public Health ganz und gar unvereinbar sind.

#### Vertiefung:

Klemperer D: Interessenkonflikte: Gefahr für das ärztliche Urteilsvermögen. Dtsch Arztebl, 105, 2098-2100, 2008

Lieb K., Klemperer D., Ludwig W.D.: Interessenkonflikte in der Medizin: Hintergründe und Lösungsmöglichkeiten. Berlin Heidelberg: Springer, 2011

- 1 Stuhl 1984, S. 3 in Bornhäuser A., McCarthy J., Glantz, S.A.: Wie die Tabakindustrie in Deutschland durch die Erhaltung wissenschaftlicher sowie politischer Respektabilität Rechtsvorschriften zum Schutz vor Passivrauchen verhinderte. Krebsforschungszentrum Heidelberg, 2006, S. 75
- 2 Barnes D.E., Bero L.A.: Why Review Articles on the Health Effects of Passive Smoking Reach Different Conclusions. *Journal of the American Medical Association*, 279, 1566-1570, 1998
- 3 Thompson D.F.: Understanding Financial Conflicts of Interest. *N Engl J Med*, 329, 573-76, 1993
- 4 Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF). Empfehlungen der AWMF zum Umgang mit Interessenkonflikten bei Fachgesellschaften. *GMS Mitteilungen aus der AWMF* 7, 1860-4269, 2010
- 5 Cialdini R.B.: Die Psychologie des Überzeugens. 3. Aufl. Verlag Hans Huber, Bern, 2004
- 6 Felser G., Klemperer D.: Psychologische Aspekte von Interessenkonflikten in: Lieb K., Klemperer D., Ludwig W.D.: Interessenkonflikte in der Medizin: Hintergründe und Lösungsmöglichkeiten. Berlin Heidelberg, Springer, 2011
- 7 Fugh-Berman A., Ahari S.: Following the Script: How Drug Reps Make Friends and Influence Doctors. *PLoS Medicine*, 4, 621-625, 2007
- 8 Lieb K., Brandtönies S.: Eine Befragung niedergelassener Fachärzte zum Umgang mit Pharmavertretern. *Dtsch Arztebl*;107, 392-398, 2010
- 9 a. a. O.
- 10 Anonymous: Taking money from the devil. *BMJ* 291, 1743-1744, 1985

#### Abkürzung:

ABIM-Foundation      American Board of Internal Medicine-Foundation



Robin Frank und Adam Lassok • Plakatwettbewerb 2009 Forum Rauchfrei

### 3. 2

## „Denialism“: Motive und Strategien der Leugnung wissenschaftlicher Evidenz zum Passivrauchen<sup>1</sup>

Joseph Kuhn

Die Diskussion um die gesundheitlichen Folgen des Passivrauchens und die daran anknüpfenden Maßnahmen des Nichtraucherschutzes ist durch heftige Interessenkonflikte geprägt. Dabei geht es auch um die Frage, was als wissenschaftlicher Konsens gelten kann bzw. welchen Stellenwert dieser Konsens hat. Im Streit um den wissenschaftlichen Konsens beim Passivrauchen wird seit einiger Zeit das Phänomen des sog. „Denialism“ untersucht. Man versteht darunter das systematische Bestreiten wissenschaftlicher Erkenntnisse von einem interessen gebundenen Standpunkt aus. Der Beitrag führt in die Problematik ein, versucht Hintergründe von „Denialism“ beim Thema Passivrauchen verständlich zu machen und einige Schlussfolgerungen abzuleiten.

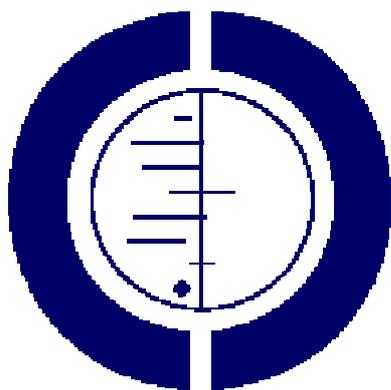
Grundlage einer guten politischen Entscheidung ist zum einen die ausreichende Kenntnis der Sachlage, d. h. auch eine tragfähige Datenbasis für den regelungsbedürftigen Sachverhalt, andererseits ein möglichst weitreichender Ausgleich der Interessen derer, die von der Entscheidung betroffen sind. Beides ist nicht immer in wünschenswertem Umfang gegeben. Für die Verbesserung des Nichtraucherschutzes in Deutschland waren die wissenschaftlichen Befunde zu den gesundheitlichen Folgen des Passivrauchens von besonderer Bedeutung. Im Laufe der Jahre haben sich immer mehr Befunde aus epidemiologischen und toxikologischen Studien angehäuft, die zeigen, dass Passivrauchen nicht nur eine „Belästigung“ der Nichtrauchenden darstellt, sondern mit ernstesten gesundheitlichen Folgen für sie einhergeht. Dies gilt schon für das ungeborene Leben, wenn in der Schwangerschaft geraucht wird, beispielsweise im Hinblick auf die Frühgeburtslichkeit oder das Risiko von Totgeburten. Rauchen der Eltern erhöht das Risiko für den plötzlichen Kindstod und für zahlreiche Erkrankungen im Kindesalter, von Atemwegserkrankungen bis hin zu psychischen Auffälligkeiten, wie ADHS. Im Erwachsenenalter wird vor allem ein erhöhtes Risiko für Atemwegserkrankungen, Krebs und Herz-Kreislauf-Erkrankungen mit dem Passivrauchen in Verbindung gebracht (siehe <http://www.surgeongeneral.gov/library/secondhandsmoke/>). Dabei mögen einzelne Befunde, etwa Langzeitfolgen des Rauchens von Schwangeren auf den Cholesterinspiegel der Kinder nach 8 Jahren oder die Rolle des Passivrauchens für Gehörschäden oder für Karies, umstritten sein, aber dass Passivrauchen gesundheitlich ernst zu nehmende Folgen bis hin zu einer statistisch erhöhten Sterblichkeit hat, kann heute als gesichert gelten. Dennoch wird die vorliegende Evidenz in politischen Auseinandersetzungen um den Nichtraucherschutz von der Industrielobby, aber auch von manchen Gruppen von Rauchern/innen nicht anerkannt. In den Debatten um die Evidenz der gesundheitlichen Folgen des Passivrauchens trifft man auf typische Mechanismen der Entwertung und der Verleugnung von Befunden, die auch aus anderen Debatten, etwa im Zusammenhang mit dem Impfen oder der Homöopathie, zu beobachten sind.

Beim Thema Passivrauchen ist es nicht gelungen, auch in der breiten Öffentlichkeit Konsens über den Erkenntnisstand zu den gesundheitlichen Folgen des Passivrauchens zu erzielen und davon ausgehend über eine angemessene Nichtraucherschutzpolitik zu streiten, sondern der wissenschaftliche Erkenntnisstand selbst ist in den Interessenkonflikt der Beteiligten gezogen worden.

Diethelm/McKee (2009) haben kürzlich in diesem Zusammenhang mit Blick auf die gesundheitlichen Folgen des Passivrauchens von "Denialism" gesprochen. Diesen Begriff haben sie von Hoofnagle/Hoofnagle (o. J.) übernommen, die ihn im Zusammenhang mit dem Leugnen der anthropogenen Einflüsse auf den Klimawandel in amerikanische Bloggerdebatten eingebracht haben. Diethelm/McKee verstehen unter „Denialism“ das systematische Verleugnen und Bestreiten der wissenschaftlichen Evidenz zu einem Sachverhalt und machen dies an fünf Elementen fest (Diethelm/McKee 2009: 2 f):

- Identification of conspiracies/Verschwörungstheorien: Man stellt hinter dem wissenschaftlichen Konsens eine Verschwörung fest, z. B. seitens militanter Nichtraucher, der Pharmaindustrie oder des wissenschaftlichen Establishments.
- Fake Experts/Scheinexperten: Man zitiert vorgebliche Fachleute, die die eigene Meinung stützen, aber keine wirklichen Experten sind.
- Selectivity/Selektivität: Man zitiert ausgewählt nur Studien oder Fachleute, die die eigene Meinung stützen.
- Impossible expectations/Überforderung: Man verlangt von der Wissenschaft ein Maß an Sicherheit, das sie nicht bringen kann.
- Misrepresentation and logical fallacies/Trugschlüsse: Man arbeitet mit unzulässigen Analogien und logischen Sprüngen, z. B., dass Tabakkontrollpolitik abzulehnen sei, weil auch die Nationalsozialisten Tabakkontrolle betrieben haben.

Wie die evidenzbasierte Medizin ist auch Denialism eine Form des Umgangs mit Unsicherheit. Das Logo der Cochrane-Organisation, ein stilisierter Forestplot (siehe Abb.), versinnbildlicht das Bemühen der evidenzbasierten Medizin um datengestütztes Wissen trotz uneinheitlicher Studienlage. Die umgekehrte Richtung im Umgang mit Unsicherheit verfolgt die Strategie des Denialism:



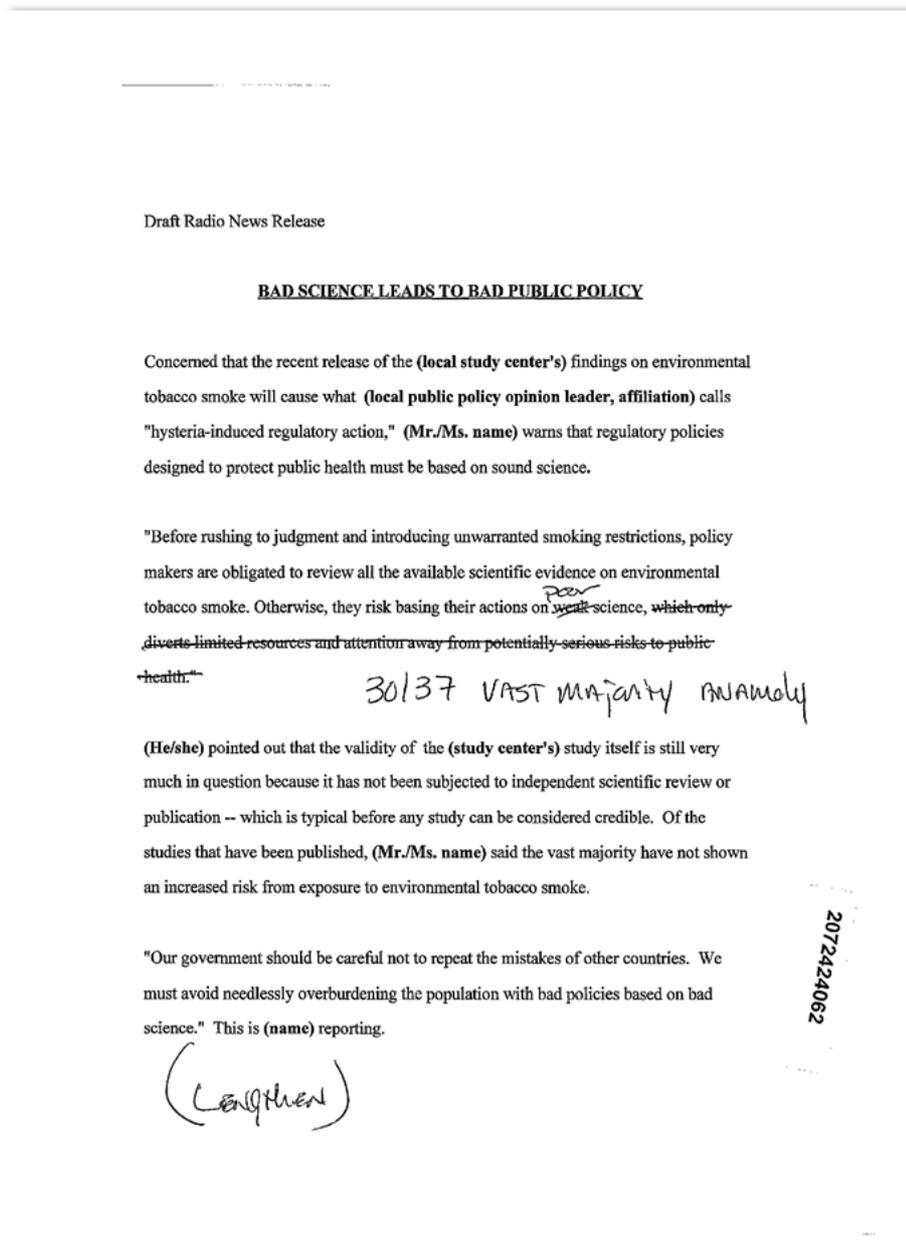
**THE COCHRANE  
COLLABORATION**™

Wo die evidenzbasierte Medizin versucht, bestehende Unsicherheiten durch die Aggregation vieler Studien zu minimieren, zielt Denialism darauf ab, Unsicherheit durch selektives Heranziehen von Studien zu vergrößern; wo die evidenzbasierte Medizin versucht, tradierte Meinungen durch den wissenschaftlichen Sachstand abzulösen, zielt Denialism darauf ab, den scheinbar „gesunden Menschenverstand“ gegen die Wissenschaft ins Feld zu führen; wo die evidenzbasierte Medizin versucht, Daten höher zu gewichten als Expertenmeinungen, setzt Denialism auf „Kronzeugen“.

Im Mittelpunkt der Ausführungen von Diethelm/McKee stehen die Strategien der Tabakindustrie. Es ist bekannt und hinreichend oft beschrieben worden, dass die Tabakindustrie bereits sehr früh begonnen hat, gezielt an der Zersetzung missliebiger wissenschaftlicher Evidenz zu arbeiten (siehe z. B. Francey/Chapman 2000, Ong/Glantz 2001, Michaels 2008, Proctor/Schiebinger 2008, Oreskes/Conway 2010 und für den deutschen Sprachraum z. B. Jazbinsek 2005, Malka/Gregori 2005, Grüning/Gilmore/McKee 2006, Bornhäuser/McCarthy/Glantz 2006, Grüning/Schönfeld 2007, Hien/Helmert 2009, Kyriss/Schneider 2010). Brandt (2012: 64) sieht diese Strategien der Tabakindustrie sogar als wesentliches Element der Genese moderner, durch industrielle Einflussnahmen geprägter Interessenkonflikte in der Medizin schlechthin.

Schon 1953, kurz nach dem Bekanntwerden tierexperimenteller Befunde zur Kanzerogenität von Tabaktee, trafen sich Manager großer Tabakkonzerne im Plaza Hotel New York mit Vertretern der Public Relations Agentur Hill & Knowlton, um den neuen Stand der Erkenntnisse zu besprechen. Das Ergebnis formulierte Hill wie folgt: „*Scientific doubts must remain*“ (Oreskes/Conway 2010: 16). Nicht die Frontstellung gegen die Wissenschaft an sich, sondern ein Herausarbeiten von Diskrepanzen, offenen Fragen, unterschiedlichen Positionen, Forschungslücken etc. wurde zum Programm, gemeinsam mit der Förderung von Grundlagenforschung, z. B. zum Thema Krebs, die hinreichend weit vom Thema Tabak entfernt war. Damit wurde der Eindruck geweckt, dass die Debatte wissenschaftlich noch offen ist und dass man sich selbst um die Klärung offener Fragen bemüht, eine Strategie, die zudem in perfider Weise die journalistische Tradition einer „*ausgewogenen Berichterstattung*“ ausnutzen konnte (vgl. Brandt 2012: 67 f.). Die Bedrohung industrieller Interessen durch die Wissenschaft wurde so neutralisiert, nicht wenige Wissenschaftler wurden vereinnahmt und instrumentalisiert. Organisiert wurde dies in den USA z. B. über das Tobacco Industry Research Committee (TIRC) und in Deutschland über den „Forschungsrat Rauchen und Gesundheit“, der heute unter dem vielversprechenden Namen „VERUM – Stiftung für Verhalten und Umwelt“ Forschung im Mobilfunkbereich betreibt. Ein anderer „*Meilenstein*“ der Auseinandersetzung mit der Wissenschaft war die „Operation Berkshire“, eine Absprache großer Tabakfirmen im Jahr 1977 u. a. zum Umgang mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Rauchen (Francey/Chapman 2000). Noch einen Schritt weiter ging Philip Morris Anfang der 1990er-Jahre mit der Anwaltskanzlei Shook, Hardy & Bacon und der „*Sound-Science-Strategy*“. Hier ging es darum, gemeinsam mit anderen regulationsbetroffenen Industrien ein Bündnis gegen die amerikanische Umweltbehörde EPA und die Weltgesundheitsorganisation zu formen, bei dem der Vorwurf der wissenschaftlichen Unsauberkeit im Mittelpunkt stehen sollte. TASSC – The Advancement for Sound Science Coalition – war der organisatorische Rahmen. Ein Baustein dabei war der Versuch, eigene Grundsätze „*guter epidemiologischer Praxis*“ zu etablieren bzw. Einfluss auf die Formulierung solcher Grundsätze durch die wissenschaftlichen Fachgesellschaften zu nehmen (Ong/Glantz 2001). Es wurde also nicht nur vorhandenes Wissen unterdrückt, es wurden nicht nur Wissenschaftler gekauft und Forschung verfälscht, man hat darüber hinaus versucht, die Kriterien von Wissenschaftlichkeit selbst zu korrumpieren. Die dahinter stehende Motivlage ist trivial: Die Tabakindustrie verteidigt ihr Geschäftsfeld. Je weniger akzeptiert angesichts des gesundheitswissenschaftlichen Sachstands das Rauchen in der Gesellschaft ist, desto wichtiger werden Strategien der Ein-

flussnahme „*hinter dem Rücken*“ der Gesellschaft. Die Wahrheit spielt dabei keine Rolle mehr.



Blanco-Vorlage der Tabakindustrie für ein Radio-Statement zur Kritik an unliebsamen Studienergebnissen (Quelle: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/hgq27d00>)

Denialism ist aber nicht nur eine professionell mit Public-Relations-Agenturen geplante Strategie interessierter Industrien, sondern kann auch eine Form des Alltagsbewusstseins in Interessenkonflikten darstellen. Denialism als Alltagsbewusstsein heißt, dass sich die Raucher/-innen gegenseitig in ihrer Meinung bestärken und andere überzeugen wollen. Dies ist beim Passivrauchen der Fall. Die Auseinandersetzung darum, ob und wie schädlich Passivrauchen ist, hat sich gewissermaßen an den Stammtisch verlagert. Raucher/-innen selbst bekämpfen den wissenschaftlichen Konsens, um ihre Interessen durchzusetzen, wenn es um Rauchverbote in öffentlichen Räumen geht. Die bereits von der Tabakindustrie

her bekannten typischen Argumentationsstrategien des Denialism findet man hier wieder. Spiegelbildlich zur Kritik an der Manipulation von Wissenschaft durch die Tabakindustrie wird zudem nun der Vorwurf erhoben, die wissenschaftliche Evidenz zum Passivrauchen sei *"junk science"*, verzerrt und gefälscht. Als Fallvignette hierzu sei auf die „Debatte“ mit dem Technikphilosophen Günter Ropohl verwiesen (Kuhn 2008, 2009). Sogar die Sound-Science-Strategy der Tabakindustrie, also der Versuch, Studien zu den schädlichen Folgen des Rauchens bzw. Passivrauchens als schlechte Wissenschaft darzustellen, denen man mit besserer Wissenschaft begegnet (siehe dazu Ong/Glantz 2001), wird von ihnen weitergeführt. Auf der Internetseite <http://brusselsdeclaration.org> findet sich z. B. eine „Deklaration“ der Rauchverbotsgegner, die den Anspruch erhebt, für wissenschaftliche Integrität einzutreten. Für Leser/-innen, die mit der Geschichte der Manipulation der Wissenschaft durch die Tabakindustrie und mit dem Argumentationsniveau der Wissenschaftstheorie nicht vertraut sind, wirkt diese „Deklaration“ wie eine Liste vernünftiger Wissenschaftsprinzipien und durchaus vertrauenswürdig. Sie zielt aber wie bereits die Sound-Science-Strategy der Tabakindustrie lediglich darauf ab, Verbündete im Kampf gegen eine regulative Politik zu gewinnen. Wissenschaftlich bzw. wissenschaftstheoretisch ist der Text wertlos.

Denialism gibt es nicht nur beim Thema Rauchen. Eine einfache Google-Recherche im Internet öffnet ein Universum denialistischer Themen von radikalen Impfgegnern bis hin zu Menschen, die die Evolutionstheorie ablehnen. Versucht man, die Gemeinsamkeiten denialistischer Bereiche zu beschreiben, so fallen insbesondere die folgenden Punkte auf:

- Die Themen berühren Grundüberzeugungen (Religion, politische Freiheit etc.).
- Sie haben oft, aber nicht immer, eine Nähe zum Alltag und zum eigenen Verhalten (Impfen, Rauchen etc.).
- Die Themen haben oft, aber ebenfalls nicht immer, eine Relevanz für industrielle Interessen (Einschränkung von Emissionen, Rauchverbote etc.).
- Es handelt sich häufig um Sachverhalte, zu denen es viele Studien gibt und damit auch „abweichende“ Studien (wie die evidenzbasierte Medizin ist auch der Denialism eine Form des Umgangs mit Unsicherheit – nur dass hier das Ergebnis von vornherein feststeht).
- Es geht meist um Sachverhalte, die nicht durch bloßen Augenschein zu prüfen sind und bei denen die wissenschaftlichen Nachweise nicht unmittelbar „sichtbar“ sind (Statistik, Mikrobiologie etc.).

Kahan et al. (2011) haben die Anerkennung bzw. Nichtanerkennung wissenschaftlicher Fakten (bei den Themen Klimawandel, Lagerung von Atommüll und Waffentragen) in einer empirischen Studie untersucht und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass ein wissenschaftlicher Konsens umso leichter anerkannt wird, je besser er mit den eigenen grundlegenden Werten übereinstimmt. Dies bestätigt die Beobachtung, dass sich denialistische Strukturen häufig dort entwickeln, wo Grundüberzeugungen berührt sind. Die Verteidigung eigener Werte bzw. Interessen gegen den wissenschaftlichen Konsens kann dabei zu einer regelrechten „Mission“ werden, bei der sich Gleichgesinnte organisieren und ein

Selbstverständnis als „*Gegenöffentlichkeit*“ entwickeln, die Widerstand gegen „*übermächtige Gegner*“ leistet. Das Internet spielt eine wichtige Rolle bei der Etablierung denialistischer Diskurse, ebenso wie radikallibertäre Bündnisse und Zeitschriften, die prinzipiell eine antiregulative Politik verfolgen. In der Konsequenz kommt es zu einer Gruppenidentität mit einem schroffen Freund-Feind-Schema: Wer Kritik übt, tut dies, weil er zu den „*anderen*“ gehört, daher ist die Kritik von vornherein nicht ernst zu nehmen. Die in Internetforen oft ritualisierte Auseinandersetzung mit anderen Positionen dient vor diesem Hintergrund nicht der Abklärung von Fakten und ihrer Interpretation, was immer mit der Bereitschaft zur Infragestellung der eigenen Sichtweise verbunden ist, sondern stellt einen gruppendynamischen Prozess der Selbstvergewisserung und Selbstbestätigung dar: Man zeigt sich und der eigenen Peergroup, dass man auf der „*richtigen Seite*“ steht, dass man bereit ist, die eigene Sache offensiv zu vertreten, und dass man sich eben nicht durch Einwände und von der „*anderen Seite*“ angeführte Fakten verunsichern lässt.

Begünstigt werden denialistische Entwicklungen durch eine unübersichtliche Studienlage. Auch wenn im Kern an den gesundheitlichen Folgen des Passivrauchens kein Zweifel mehr besteht, sind, wie bereits erwähnt, einzelne Befunde nicht gesichert und die Quantifizierung von Effekten auch bei an sich gesicherten Befunden, etwa der statistisch nachgewiesenen Erhöhung der Sterblichkeit, immer diskutabel. Teilweise ist die Studienlage also widersprüchlich, teilweise schwach und es gibt auch Studien, die durch Interessen der einen oder der anderen Seite motiviert sind. Die Menge der verfügbaren Informationen ist eher verwirrend als orientierend, vergleichbar etwa der Informationslage um die neue Grippevariante H1N1 im Jahr 2009. Das Herausfiltern von Wissen aus dieser Informationsvielfalt setzt somit ein aktives Sichbemühen um Wissen voraus, ebenso ein Mindestmaß an „*Health Literacy*“, also der Fähigkeit, mit Gesundheitsinformationen kompetent umzugehen. Die von Kahan et al. beschriebene „*cultural cognition of scientific consensus*“ erweist sich dabei als kritische Hürde.

Psychologisch lässt sich Denialism, soweit er als Alltagsbewusstsein in Erscheinung tritt, als Form der Konfliktbewältigung in Lebensbereichen deuten, die für die eigene Handlungsfähigkeit bzw. Identität wichtig sind. Wenn jemand z. B. nicht darauf verzichten will, in Gaststätten zu rauchen, sich aber auch nicht dem Vorwurf aussetzen möchte, wissentlich die Gesundheit anderer Gäste zu schädigen, ist eine mögliche Lösung dieses Dilemmas, Hinweise auf die schädlichen Wirkungen des Passivrauchens auszublenden oder zu verharmlosen. Stattdessen sucht man selektiv nach Bestätigungen der eigenen Meinung, zieht Selbstbewusstsein aus einem Dasein als „*Kämpfer gegen den Mainstream*“ und erhält aus der Gruppe Gleichgesinnter Unterstützung, z. B. in den Internetforen. Dass darüber hinaus im Denialism möglicherweise auch medizinkritische Motive allgemeinerer Art und ein Misstrauen gegenüber biopolitischen Zugriffen des Staates auf das Alltagsverhalten der Bevölkerung eine Rolle spielen, die an sich durchaus ernst zu nehmen sind, wurde an anderer Stelle bereits diskutiert (Kuhn 2009).

Während die Denialismstrategien der Tabakindustrie inzwischen materialreich aufgearbeitet sind, gibt es zum Denialism als Alltagsbewusstsein bisher wenig Forschung. Weder ist bekannt, wie die Tabakindustrie und der hier angespro-

chene „*Alltagsdenialism*“ zusammenhängen, noch, welche Wirkungen denialistische Internetforen und Zeitschriften auf Dritte (z. B. Informationssuchende) haben oder wie die Politik auf denialistische Gruppen, z. B. im Vorfeld von Wahlen, reagiert. Eine solche Forschung wäre jedoch notwendig, nicht zuletzt mit Blick auf die gesundheitspolitischen Implikationen des Themas. Prävention im Sinne des politischen Eingriffs in Risikokonstellationen und der politischen Einflussnahme auf den Lebensstil der Menschen ist immer legitimationsbedürftig. Es geht dabei um die Frage, wie die Gesellschaft aussehen soll, in der wir alle leben und zusammenleben müssen, in der also widerstreitende Interessen in einem gewissen Grad auszugleichen sind. Dieser Ausgleich lässt sich erwartungsgemäß nicht konfliktfrei regeln. Aber vernünftig darüber zu entscheiden, in welchem Umfang welche Risiken akzeptiert werden können bzw. wo dies nicht geschehen soll, gelingt umso besser, je eher Wissen und Meinung auseinandergehalten werden können. Der wissenschaftliche Sachstand determiniert dann nicht die Entscheidung, aber er sollte dabei eine relevante Rolle spielen. Zivilgesellschaftliche Konfliktlösungen werden dagegen erheblich erschwert, wenn politische Debatten mit denialistischen Argumentationen kontaminiert sind. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn politische Entscheidungen basisdemokratisch legitimiert werden, z. B. durch Abstimmungen oder Volksentscheide. Nur wer richtig informiert ist, kann eine gute Entscheidung treffen und weiß, welche Risiken er gegebenenfalls für die eigene Person eingeht oder anderen zumutet. Denialism zerstört die Voraussetzungen dafür, dass die Menschen bei den Dingen, die ihnen wichtig sind, bestmögliche und wirklich autonome Entscheidungen treffen können.

## Literatur

- Bornhäuser A, McCarthy J, Glantz SA (2006) Wie die Tabakindustrie in Deutschland durch die Erhaltung wissenschaftlicher sowie politischer Respektabilität Rechtsvorschriften zum Schutz vor Passivrauchen verhinderte. Deutsches Krebsforschungszentrum, Heidelberg.
- Brandt AM (2012) Inventing Conflicts of Interest: A History of Tobacco Industry Tactics. *American Journal of Public Health* 102 (1): 63-71.
- Diethelm P, McKee M (2009) Denialism: what is it and how should scientists respond? *European Journal of Public Health* 19: 2-4. <http://eurpub.oxfordjournals.org/cgi/reprint/19/1/2>.
- Francey N, Chapman S (2000) „Operation Berkshire“: the international tobacco companies' conspiracy. *BMJ* 321: 371-374.
- Grüning T, Gilmore AB, McKee M (2006) Tobacco Industry Influence on Science and Scientists in Germany. *American Journal of Public Health* 96: 20-32.
- Grüning T, Schönfeld N (2007) Vom Teufel bezahlt. *Deutsches Ärzteblatt* 104: A770-A774. <http://www.aerzteblatt.de/v4/archiv/pdf.asp?id=54940>.
- Hien W, Helmert U (2009) Der verdeckte Einfluss der Tabakindustrie auf Personen und Institutionen der deutschen Arbeitsmedizin. *Umwelt-Medizin-Gesellschaft* 22: 46-54.
- Hoofnagle M, Hoofnagle C (o. J.) <http://scienceblogs.com/denialism>
- Jazbinsek D (2005) Forschen schadet Ihrer Gesundheit. *Die Weltwoche* 47. <http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2005-47/artikel-2005-47-forschen-schadet-ihrer-gesundheit.html>
- Kahan DM, Jenkins-Smith H, Braman D (2011) Cultural Cognition of Scientific Consensus. *Journal of Risk Research* 14: 147-174.
- Kuhn J (2008) Replik: Risikodiskurs und intellektuelle Redlichkeit. *Novoargumente* 97: 50-52. [http://www.forum-rauchfrei.de/aktuelles/novoargumente\\_95\\_97\\_2008.pdf](http://www.forum-rauchfrei.de/aktuelles/novoargumente_95_97_2008.pdf).
- Kuhn J (2009) Gesundheitspolitik zwischen Evidenzbasierung und Bürgerorientierung - ein Kommentar zu einem Fortschrittsdilemma. *Prävention* 32: 88-92. [http://www.josephkuhn.de/pdf/Passivrauchen\\_Buergerorientierung\\_Evidenz.pdf](http://www.josephkuhn.de/pdf/Passivrauchen_Buergerorientierung_Evidenz.pdf).
- Malka S, Gregori M (2005) Vernebelung. Wie die Tabakindustrie die Wissenschaft kauft. Orell Füssli Verlag, Zürich.

Michaels D (2008) *Doubt Is Their Product: How Industry's Assault on Science Threatens Your Health*. Oxford Univ Press, New York.  
Ong EK, Glantz SA (2001) Constructing „Sound Science“ and „Good Epidemiology“: Tobacco, Lawyers, and Public Relations Firms. *American Journal of Public Health* 91: 1749-1757.  
Oreskes N, Conway EM (Eds.) (2010) *Merchants of Doubt: How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming*. Bloomsbury Press, New York.  
Proctor N, Schiebinger L (Eds.) (2008) *Agnotology. The Making and Unmaking of Ignorance*. Stanford Univ Press, Stanford.

- 1 Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine inhaltlich überarbeitete Fassung der folgenden Veröffentlichung des Autors: „Evidenz in Interessenkonflikten: Das Beispiel Passivrauchen“, *Forum Kritische Psychologie* 55 (2011), 140-151.

### 3. 3

## Die Revolution im Rauchersalon – der Fall Jonitz

Wilfried Meyer

„Jonitz plappert wie die Tabakindustrie“ und „Ärztechef: Rauchen nicht gesundheitsschädlich“. Schlagzeilen wie diese platzen in die friedliche Berliner Spätguststimmung des letzten Jahres. Mediziner streiten untereinander, Aktivisten fordern den Rücktritt des Berliner Ärztekammerpräsidenten – was ist geschehen?

### Der Abend

Es ist Mittwoch, der 4. Mai 2011, ein Abend im Salon bei Herzog am Hafen in Berlin, am alten Berliner Osthafen in direkter Nachbarschaft zu bekannten Medien- und Modelabels. Der Händler für kubanische Zigarren hat zu einem Vortrag eingeladen, gekommen sind dem eigenen Bericht zufolge auch *"viele Mediziner"* und *"viele Vertreter der Tabak-Industrie"*<sup>1</sup>. Hier, wo sonst monatlich Zigarren-Aficionados Rauchwaren testen, spricht ein Mann Worte, die zwar nicht groß sind, aber das Zeug haben, in die Geschichte der Berliner Ärzteschaft einzugehen. Das geneigte Publikum hört gebannt zu und kann es kaum glauben, was dort zu Gehör gebracht wird.



Jonitz als Vortragender beim Zigarrenhändler Herzog

Und das lag weniger am Inhalt der Worte – mäßig originell, viel Altbekanntes darunter – es war die Person, die da redete, genauer, ihre Funktion.

Niemand Geringeres als der Präsident der Ärztekammer Berlins (ÄKB), Dr. med. Günther Jonitz, dozierte über Rauchverbote, die letztlich nur Kinderlungen stärker belasteten, über das Gebot von Raucherzimmern in Krankenhäu-

sern, um die Menschenwürde wiederherzustellen, darüber, dass (von der WHO geforderte) Abschreckungsbilder auf Tabakschachteln unnützlich seien<sup>2</sup>, und dazu, dass stark Tabak konsumierende Gefäßchirurgen keineswegs ein Anachronismus darstellten.

### Dr. Jonitz

Wer ist Günther Jonitz? Berliner Ärztekammerpräsident seit 1999 in vierter Amtsperiode, zuletzt wiedergewählt im Januar 2011. Dazu Mitglied im Vorstand der Bundesärztekammer (BÄK), Berater des Bundesgesundheitsministeriums. Enga-

giert in verschiedenen Gremien und Organisationen für die Bereiche Qualitätsmanagement in der Medizin, Patientenrechte und Patientensicherheit. Chirurg an der Evangelischen Elisabeth-Klinik, Berlin-Tiergarten. Mitglied in der Ärztegewerkschaft Marburger Bund. Und – ein passionierter Zigarrenraucher. Und – ein Mann mit Ambitionen: Einen Monat nach dem denkwürdigen Hafenabend beabsichtigte Jonitz, sich zum Präsidenten der Bundesärztekammer wählen zu lassen. Da seine Thesen seine Wahl möglicherweise gefährdet hätten, ließ er sich vom Gastgeber versprechen, *"über seinen Abend erst sehr viel später zu berichten"*. Ein gehaltenes Versprechen, bis August wurde die Öffentlichkeit im Dunkeln gelassen über Jonitz' wundersame Welt des Rauchens<sup>3</sup>.

## Die Tabakindustrie

Unter den anwesenden Medizinern werden im Bericht insbesondere die Dauer Gäste Dr. Henning Rosenberg, Stellvertretender Regionaldirektor des Vivantes-Klinikums Hellersdorf, und Nadine Unterwalder, Ärztin am Institut für Medizinische Immunologie der Charité, Campus Virchow-Klinikum, hervorgehoben. Des Weiteren sieht man Jonitz auf den Bildern munter mit dem Sprecher des Deutschen Zigarettenverbandes (DZV), Peter Königsfeld, plaudern.



Jonitz plaudert mit Königsfeld

Wer da wohl wem inhaltlichen Input gab? Aber was soll an einem fach- und branchenübergreifenden Pläuschchen verwerflich sein? Nun, als Repräsentant einer Einrichtung der öffentlichen Gewalt ist auch Jonitz dem Gesetz zum Tabakrahmenübereinkommen verpflichtet<sup>4</sup>. Dieses Gesetz spricht in seinen Leitlinien von einem *„fundamentalen und unüberbrückbaren Konflikt zwischen den Interessen der Tabakindustrie und den gesundheitspolitischen Interessen“*. Die Leitlinien des Gesetzes empfehlen, die Vertragsparteien und damit auch der Ärztekammerpräsident sollten *„nur dann und nur so weit mit der Tabakindustrie interagieren, wie dies unbedingt erforderlich ist, um die Tabakindustrie und Tabakerzeugnisse wirksam zu regulieren“*.

## Das Geschenk

Als Anerkennung für seinen der gequälten Raucherseele Mut machenden Vortrag erhielt Jonitz auf der Veranstaltung vom Inhaber Dr. Maximilian Herzog persönlich



Jonitz erhält Geschenk von Herzog

ein Präsent in Form einer kleinen Zigarrenkiste. Kubanische Zigarren können einen Stückwert von ca. 40 Euro annehmen<sup>5</sup>, das wäre bei einem Stückwert von z. B. 38 Euro und 5 Zigarren ein Wert von 190 Euro. Keine Kleinigkeit also.

Berliner Beamten ist die Annahme von Geschenken nur mit Genehmigung der obersten Dienstbehörde erlaubt. In einem Merkblatt der Berliner Verwaltung wird betont, *"Dienstkräfte, die in Bezug auf ihr Amt Geschenke oder sonstige Vorteile annehmen, gefährden das Vertrauen ihrer Behörde und der Allgemeinheit in ihre Zuverlässigkeit und setzen das Ansehen des öffentlichen Dienstes herab"*<sup>6</sup>.

Nun ist die Ärztekammer nach dem Berliner Kammergesetz eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Führung eines Dienstsiegels, berechtigt, Beamtenverhältnisse zu begründen und harte Sanktionen gegen Ärzte wegen Fehlverhaltens zu verhängen<sup>7</sup> – unter der Staatsaufsicht des Gesundheitssenators<sup>8</sup>. Solche Institutionen handeln als mittelbare Staatsverwaltung exekutiv und sind Behörden im Sinne des Verwaltungsverfahrensgesetzes<sup>9</sup>.

Um ja nicht auch nur in die Nähe einer Vorteilsnahme gerückt zu werden, hat Jonitz die geschenkten Zigarren sicherlich nicht aufgeraucht, sondern wird Gesundheitssenator Mario Czaja bestimmt demnächst um Erlaubnis bitten, nachträglich. Andernfalls wird der Gesundheitssenator sicherlich die Rechtsaufsicht einschalten.

### 13 Thesen

Als der Veranstaltungsbericht auf den Herzogschen Webseiten erschien, wurden auch Jonitz' 13 Thesen zum Rauchen veröffentlicht, datiert auf den 3. Mai 2011<sup>10</sup>.

Kernbotschaft und zentrales Anliegen von Jonitz' Thesen sind ein revolutionärer Paradigmenwechsel im öffentlichen und ärztlich-fachlichen Verhältnis zum Rauchen: Er will die Unterscheidung zwischen *"krankhaftem"* (These 5, These 12), *"pathologischem"* (These 8) Rauchen und dem ungiftigen *"Genussrauchen"* (These 8), dem *"sinnvollen Gebrauch und Genuss von Tabak"* (These 13) durchsetzen.

Jonitz scheint zu anderen Erkenntnissen als das Bundesverfassungsgericht gelangt zu sein, demzufolge *"handelt es sich bei Tabakerzeugnissen um Genussmittel, bei deren bestimmungsgemäßer Verwendung Gesundheitsschäden regelmäßig auftreten"*<sup>11</sup>. Andererseits akzeptiert Jonitz die Existenz einer *"Gefährdung durch Passivrauchen"* (These 7), Passivrauchen ist also schlimmer als selbst (genussrauchenderweise) am Glimmstängel zu ziehen? Ob Jonitz da wirklich konsequent zu Ende gedacht hat?

Die Sache mit der vertrackten Logik geht weiter: In These 5 will er mehr Forschung *"über medizinische und soziale Ursachen des Rauchens"*. Abgesehen von einem Meer von Publikationen und Studien zu dem Thema, welches möglicherweise seiner Aufmerksamkeit entgangen ist, wäre doch eigentlich nur Forschung über die Ursachen des krankhaften Rauchens im Jonitzschen Sinne interessant. Auch die *"Anti-Einstiegs-Kampagnen"* in These 12 müssten sich kon-

sequent ursächlich mit dem krankhaften Rauchen befassen und nicht mit dem Rauchen an sich (welches ja als Genussrauchen laut Jonitz unbedenklich ist).

## Paracelsus

Das Geheimnis des unbedenklichen Genussrauchens ist in These 8 versteckt. Paracelsus sprach im 16. Jahrhundert: *"Die Dosis macht das Gift!"* Nicht anwendbar ist diese sonst allgemein anerkannte Regel aber

### **These 8**

*Genussrauchen muss vom pathologischen Rauchen differenziert werden („Paracelsus: Allein die Dosis macht, dass ein Gift ein Gift ist.“)*

auf damals noch unbekanntes Kanzerogene, also krebserregende Gifte, die theoretisch bereits ab einem Molekül schädigend wirken können – nachzulesen in jedem Toxikologielehrbuch. Ein Beispiel ist das im Tabakrauch vorkommende Benzo[a]pyren, ein Gift, das als sicher krebserregend eingestuft wird und für das es keine Schwellenwerte gibt<sup>12</sup>.

## Krankenhäuser-Raucherräume

In These 9 möchte Jonitz das Los rauchender Patienten in Krankenhäusern verbessern, die sich angeblich zwangsentwöhnt fühlen. Immerhin fällt ein wesentlicher Teil seiner Arbeit in den Bereich Patientenrechte. Doch hat er auch die Bedürfnisse der Patienten im Blick, die zusätzlich zu ihrem Leiden nicht auch noch Tabakqualm ertragen wollen? Der Fraktion Gesundheit in der Berliner Ärztekammer jedenfalls zufolge wissen die Krankenhausmediziner *"besser als der Kollege Jonitz, dass von einer 'Zwangsentwöhnung' keine Rede sein kann. Patienten dürfen außerhalb der Gebäude rauchen. Und wer bettlägerig ist, raucht in der Regel nicht oder kann mit Nikotinpräparaten ausreichend gut behandelt werden."*<sup>13</sup>

### **These 9**

*Raucher sind keine Menschen zweiter Klasse. Sie dürfen nicht stigmatisiert werden. Sie haben Anspruch auf einen menschenwürdigen Umgang. Rauchende Patientinnen und Patienten im Bademantel vor dem Krankenseingang auch bei widrigen Wetterbedingungen sind kein Zeichen von Patientenfreundlichkeit. Kranksein ist kein Anlass für eine Raucherzwangsentwöhnung.*

## Gastronomie und Tabak

Auch sind seiner Ansicht nach strikte Rauchverbote, gemeint wohl in der Gastronomie, nicht konstruktiv (These 6), da das Rauchen sich ins Freie verlagert und dort lästig und gefährlich wird. Aber es geht um mehr: den Schutz von Kleinkindern! Jonitz ist sich nicht zu schade,

### **These 6**

*Absolute Rauchverbote verlagern das Rauchen entweder ins Freie und führen dort zu neuen Gefährdungen und Belastungen oder in das häusliche Umfeld. Dort sind insbesondere Kleinkinder ungeschützt dem Passivrauchen ausgesetzt. Absolute Rauchverbote sind deshalb nicht sinnvoll.*

eine von Rauchfreunden immer wieder aufge-

tische Theorie zu wiederholen, die schon immer wie eine Schutzbehauptung klang: Verstärkte Rauchverbote in der Gastronomie führen zu verstärktem Rauchen im häuslichen Umfeld, was Kleinkinder verstärkt mit Passivrauchen belastet. Nun zeigt eine Reihe internationaler Untersuchungen, dass eher mit einem umgekehrten Effekt zu rechnen ist, zuletzt eine amerikanische Studie<sup>14</sup>.

Im Übrigen ist die Gefährdung durch Passivrauchen *"leicht zu minimieren"* (These 7): Es müssen nur Abluftanlagen (bekanntlich äußerst kostengünstig und

sicher für jeden Wirt erschwinglich) installiert werden. Klar sind die ablehnende Position der Weltgesundheitsorganisation WHO und die Leitlinien des Gesetzes zum Tabakrauchenüber-einkommen zu Lüftungsanlagen in Bezug auf Tabakrauch<sup>15</sup>.

**These 7**

*Um in Raucherzonen die Gefährdung durch Passivrauchen zu minimieren, sind Abluftanlagen im Sinne der TA Luft vorzuschreiben. Die Aussagen, dass für Tabakrauch andere physikalische Gesetze gelten als für andere gesundheitsgefährdende Substanzen, sind nicht plausibel.*

**Fishing for accordance**

Aufgelockert wird der starke Thesen-Tobak durch eingestreute plausible oder plausibel klingende, leicht ins Populistische neigende Forderungen, die beim Leser eine zustimmende Grundhaltung erzeugen und erhalten sollen. So wird in These 1 *"ein grundsätzliches Rauchverbot in allen öffentlichen Räumen"* gefordert. Klingt gut, irreführend ist die Vokabel *"grundsätzlich"*. Von Grundsätzen wird mittels Ausnahmen abgewichen – und so ist es auch: Jonitz will kein striktes Rauchverbot, weder in der Gastronomie noch in Krankenhäusern. *"Striktes"* wäre also der richtige Ausdruck gewesen.

**These 1**

*Nichtraucher müssen vor den Gefahren des Passivrauchens geschützt sein. Dazu gehört ein grundsätzliches Rauchverbot in allen öffentlichen Räumen.*

Das Thesenbonbon jedoch kommt zum Schluss, in These 13. *"Um den sinnvollen Gebrauch und Genuss von Tabak"* zu erhalten, regt Jonitz *"gemeinsame politische Aktionen"* an. Politische Aktionen? Gemeinsam wer mit wem? Ärztekammer und Tabakindustrie?

**These 13**

*Um den sinnvollen Gebrauch und Genuss von Tabak weiter zu ermöglichen, sind gemeinsame politische Aktionen notwendig.*

**Die Öffentlichkeit**

Die Tabakrede und die Thesen Jonitz' wurden im August (wie versprochen *"sehr viel später"*), auf die Internetseite von Zigarrenherzog gestellt, laut Theseninternetseite am 1. August 2011. Bald darauf machte die Volksinitiative Frische Luft für Berlin den Vorfall publik, der Sprecher Johannes Spatz forderte den Rücktritt, das Presseecho ließ nicht lange auf sich warten. Beginnend am 30. August wurde ein Reigen von zum Teil robust formulierten Artikeln veröffentlicht, die Autoren schwankten zwischen Ungläubigkeit und Entsetzen, etwa in der Berliner

Morgenpost, der taz und dem Tagesspiegel<sup>16</sup>. Getitelt wird mit scharfen Zitaten und skandalträchtigen Aussagen. Doch Jonitz legt nach. Die Antirauchkampagne sei von einer „negativen Grundhaltung und autoritären Denkweise“ geprägt.

Wer seinen Rücktritt fordere, sei "*leicht fundamentalistisch*" und nicht weiter ernst zu nehmen. Jonitz eignet sich sogar als Idol aller suchtgequälten Raucher: "*Denn ich rauche nicht Kette, ich inhaliere nicht. Und ich bestimme über den Genuss und nicht umgekehrt*". Mediziner halten schwer dagegen. Im Tagesspiegel betont Professor Wulf Pankow, Chefarzt der Klinik für Innere Medizin und Pulmologie am Vivantes-Klinikum Neukölln, die Prävention im öffentlichen Raum, etwa Rauchverbote, sei das wirkungsvollste Mittel gegen die Gefahren des Rauchens.

Auch aus den eigenen Reihen der Berliner Ärztekammer gibt es Gegenwind. Die Fraktion Gesundheit in der Ärztekammer Berlin unterstellt Jonitz Sabotage an der Fortentwicklung des Nichtraucherschutzes und rät ihm, sich fortzubilden sowie seine Aussagen zurückzunehmen<sup>17</sup>. Der Ärztliche Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit (ÄARG) zerplückt die Argumentation Jonitz' im Einzelnen und fordert die Ärzteschaft auf, beim Thema Rauchen mit einer Sprache zu sprechen<sup>18</sup>. Der Dachverband der Berliner Tumorzentren wendet sich in einem offenen Brief an die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin mit dem Appell, "*sich für einen konsequenten Nichtraucherschutz im öffentlichen Raum der Stadt Berlin einzusetzen*", und zwar "*in Krankenhäusern, Gaststätten und Restaurants, ...*"<sup>19</sup>.

Auf der Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin am 28. September 2011 wurde eine Resolution einstimmig verabschiedet, die den Jonitz-Thesen in den wesentlichen Punkten direkt widerspricht<sup>20</sup>. Da wird vor den Standardargumenten der "*Tabaklobby*" gewarnt, "*dass die Gesundheitsgefahren des Passivrauchens wissenschaftlich nicht ausreichend erforscht sind und dass gesetzliche Einschränkungen lediglich zu einer Verlagerung des Rauchens in den häuslichen Bereich führen*". Es wird festgehalten, dass "*keine untere Schwellendosis für die kanzerogenen Wirkungen des Tabakrauchs*" existiert. Es werden "*bildliche Gefahrenwarnungen auf Verpackungen*" gefordert und ein "*Schutz vor Passivrauchen durch Rauchverbote an Arbeitsplätzen, in öffentlichen Verkehrsmitteln und geschlossenen öffentlichen Räumen, einschließlich Gaststätten, Schulen und Krankenhäusern*". Zudem hatte die Volksinitiative Frische Luft für Berlin am Rande der Versammlung 175 gesammelte Unterschriften für den Rücktritt des Berliner Ärztekammerpräsidenten dem Vorstand überreicht.

Bei so viel Gegenwind sah Jonitz sich auf der Versammlung genötigt, zumindest zum Schein etwas zurückzurudern<sup>21</sup>. Er lamentierte, seine "*private Teilnahme*" an der Hafen-Herzog-Veranstaltung sei in öffentlicher Darstellung zum Anlass genommen worden, "*in verkürzter, zum Teil entstellender oder gar falscher Weise den Eindruck entstehen zu lassen, dass meine Person oder gar die Ärztekammer Berlin die Gefahren des Rauchens unterschätzt respektive nicht für einen konsequenten Nichtraucherschutz eintreten würde*". Böse Öffentlichkeit. Wie kann ein solch fataler Eindruck bei der Lektüre seiner Thesen nur entstanden sein!? Zwar stellt er fest, dass die Ärztekammer Berlin "*für einen konsequenten Nichtraucherschutz eintritt*" und kündigt eine Partnerschaft "*im Landesprogramm 'Berlin qualmfrei'*" an.

Aber gleich löckt er schon wider den Stachel: Es *"dürfen aber auch keine Stigmatisierungen erfolgen"*. Fest steht, dass Jonitz das Politiker*"sprech"* perfekt beherrscht – *"falsch und aus dem Zusammenhang gerissen zitiert"* ist schon ein Running Gag, um seinen Politikerkopf aus der Schlinge zu ziehen. Im Übrigen hat Jonitz nur indirekt und pauschal der nun gefestigten Haltung der Ärztekammer Berlins zugestimmt: Im Einzelnen und explizit zurückgenommen hat er bis heute keine seiner Thesen oder sonstigen Begleitäußerungen. Political Correctness ist eben einfach nicht sein Ding. Es ist davon auszugehen, dass er weiterhin seinen Thesen anhängt und dies auch in seine ärztliche und medizinpolitische Arbeit einfließen lässt. Laut Berliner Kammergesetz ist Jonitz als Präsident einer Kammer auch für die Berufsbildung zuständig<sup>22</sup> und kann mithin auch die notwendige Vorbildfunktion nicht mehr ausüben.

## Der Fall Überla

Was in aller Welt hat Günther Jonitz zu der gesundheitspolitischen Geisterfahrt bewogen? Ist er ein bezahlter Freund der Tabakindustrie? Seine Aussagen passen so gut zu deren Aussagen. Jonitz fordert in seiner 11. These mehr Forschung

### **These 11**

*Die Dosis-Wirkungsbeziehungen der Toxizität des Tabakrauchs sind darzustellen. Wissenschaftliche Aussagen über Wirkungen des Rauchens und Passivrauchens müssen auf eine solide Grundlage gestellt werden.*

zur Wirkung des Rauchens und Passivrauchens – auch die Tabakindustrie säte und sät immer wieder Zweifel in die wissenschaftliche Basis bisheriger Erkenntnisse<sup>23</sup>. Auch die Tabakindustrie wirbt immer wieder für den Genuss, der in Maßen grundsätzlich in Ordnung ginge. *"Genuss braucht Verantwortung"* – dieser Leitspruch des Deutschen Zigarettenverbandes durchzieht die gesamte Außenkommunikation des Interessenverbandes und soll alle mit der Vorstellung eines möglichen *"gesunden"* Tabakkonsums einlullen. Alles ein Zufall?

Es werden gruselige Erinnerungen wach an frühere Missbräuche von Positionen in öffentlichen Ämtern für die Interessen der Tabakindustrie - etwa der Fall Karl Überla: In seiner Funktion als Präsident des Bundesgesundheitsamtes (BGA) entschärfte dieser in den 1980er-Jahren wissenschaftliche Berichte über die Schädlichkeit des Passivrauchens so weit, dass es lediglich als Belästigung dastand<sup>24</sup>.

Auf Nachfrage zu Zuwendungen von der Tabakindustrie an ihn anlässlich der Veranstaltung der Berliner Grünen zu *"Korruption im Gesundheitswesen"* am 18. Januar 2012 gab Jonitz ein klares Nein zurück. Oder war es einfach die Gedankenkatharsis eines Zigarrenliebhabers, der allzu lange aus seinem Herzen eine Mördergrube machen musste? Jonitz selbst spricht von seinen Thesen als einem Diskussionsanstoß, zudem sei er einer privaten Einladung gefolgt und habe seine Privatmeinung zum Besten gegeben. Dem gegenüber steht der Einladungstext des Hafenerzogs<sup>25</sup>, in welchem deutlich *"Dr. med. Günther Jonitz, Präsident der Ärztekammer Berlin"* als Vortragender angekündigt wird.

## Ausblick

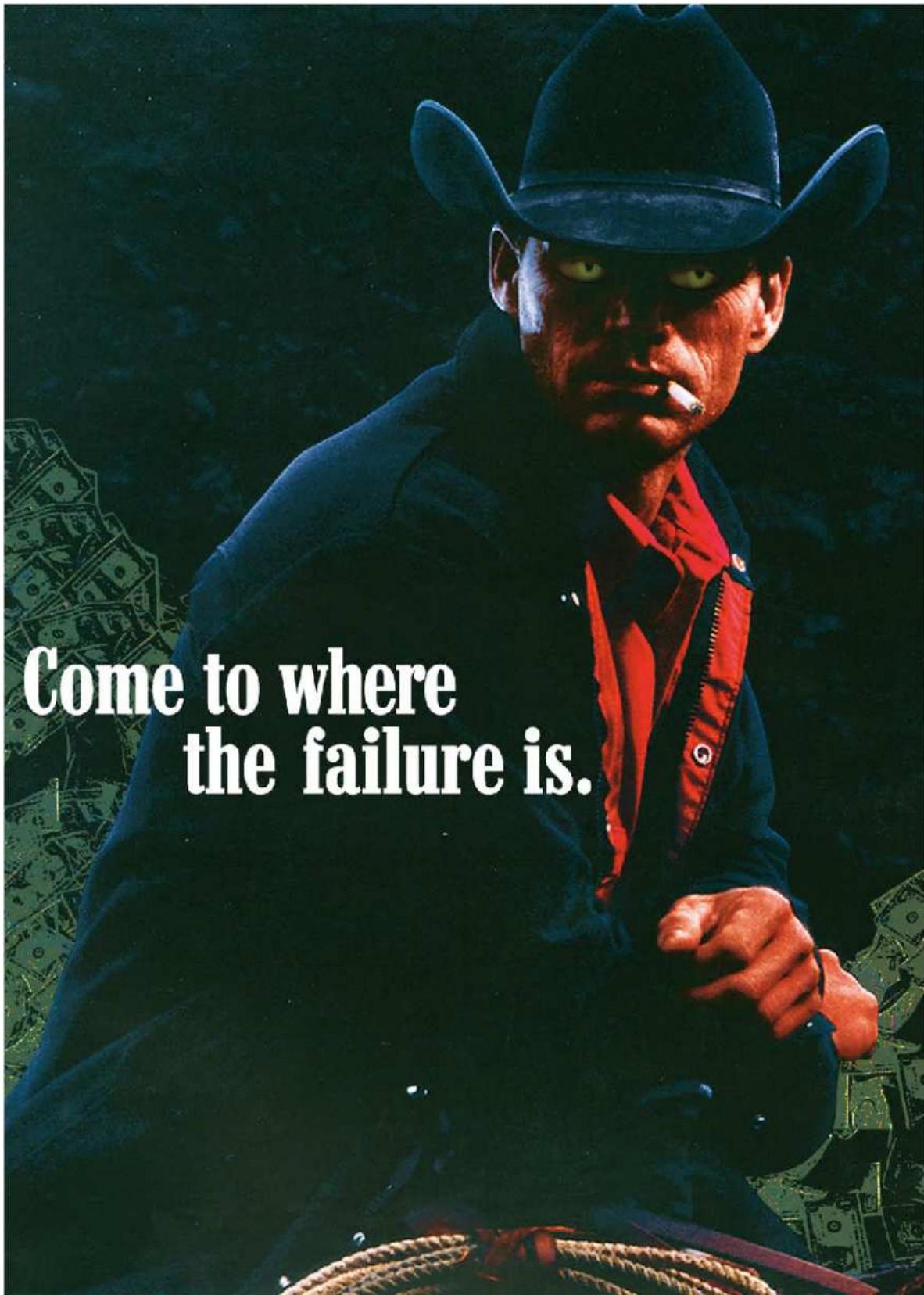
Der Fall Jonitz wird weiter kritisch begleitet und beobachtet auf den Seiten der Volksinitiative Frische Luft für Berlin, einer Aktionsplattform des Forum Rauchfrei, dem Nichtraucherbund Berlin-Brandenburg e. V. und Pro Rauchfrei e. V. ([www.frische-luft-fuer-berlin.de](http://www.frische-luft-fuer-berlin.de)) – die weiterhin den Rücktritt von Jonitz als Präsident der Berliner Ärztekammer fordern.

- 1 Firmenbericht von Herzog am Hafen: [http://www.herzog-am-hafen.de/veranstaltungen\\_detail.php?event=214](http://www.herzog-am-hafen.de/veranstaltungen_detail.php?event=214)
- 2 Das sehen die WHO und das Gesetz zum Tabakrahenübereinkommen anders: In Artikel 11 Abs. 1 Buchst. b) Nr. röm. v wird ausdrücklich die Möglichkeit von "bildlichen Darstellungen" vorgesehen.  
Auch eine Entscheidung der EU-Kommission ermöglicht die Verwendung von Farbfotografien oder anderen Abbildungen als gesundheitsbezogene Warnhinweise auf Verpackungen von Tabakerzeugnissen. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:226:0024:0026:DE:PDF>  
In einer Untersuchung 2009 von Sambrook Research International für die Europäische Kommission werden 12 Studien mit Ergebnissen aus 27 EU-Ländern sowie aus Kanada, Mexiko, Australien, Rumänien und den USA zum Beweis der Wirksamkeit von Abschreckungsbildern auf Zigarettenschachteln angeführt. [http://ec.europa.eu/health/tobacco/docs/warnings\\_report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/health/tobacco/docs/warnings_report_en.pdf) S.40
- 3 Gewählt wurde er trotzdem nicht.
- 4 Gesetz zu dem Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation vom 21. Mai 2003 zur Eindämmung des Tabakgebrauchs, BGBl. II Nr.26/2004 S. 1538
- 5 <http://www.cigarworld.de/shop/suche.php4?Hersteller=&uwgr=Cuba&Suchterm=&durchmesser=&laenge=&Preisvon=30&Preisbis=99999.99&vpe=1&charakter=0&wgr=Cigarren&expertensuche=1>
- 6 [http://www.berlin.de/sen/justiz/gerichte/kg/ausbildung/jur-vorb/vorbdienst/dienstrecht\\_belohnungen.html](http://www.berlin.de/sen/justiz/gerichte/kg/ausbildung/jur-vorb/vorbdienst/dienstrecht_belohnungen.html)
- 7 § 1 Abs. 1 und § 17 Berliner Kammergesetz
- 8 § 14 Abs. 1 Berliner Kammergesetz
- 9 §1 Abs. 4 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)
- 10 Die 13 Jonitz-Thesen: <http://www.herzog-am-hafen.de/thesen-zum-nichtraucherschutz-unter-erhalt-des-genussrauchens-von-dr-med-guenther-jonitz-a85.html>
- 11 Beschluss BVerfG vom 22.01.1997, Az: 2 BvR 1915/91
- 12 Einstufung in Gruppe 1 (krebserregend bei Menschen) der IARC (International Agency for Research on Cancer)
- 13 Pressemitteilung der FrAktion Gesundheit vom 02.09.2011 <http://www.frische-luft-fuer-berlin.de/images/stories/aktuelles/fr%20gesundheit%20020.09.11.pdf>
- 14 Cheng et al., Association Between Smokefree Laws and Voluntary Smokefree-Home Rules, The American Journal of Preventive Medicine, Volume 41, Issue 6 , Pages 566-572, December 2011
- 15 3.3 Leitlinien für die Umsetzung von Artikel 8 – Schutz vor Passivrauchen: 6. ... Mit Ausnahme einer zu 100 % rauchfreien Umgebung haben sich alle Ansätze, z. B. Lüftungsanlagen, Filteranlagen für die Luft und die Einrichtung von ausgewiesenen Raucherbereichen (ob mit getrennten Lüftungssystemen oder nicht), wiederholt als unwirksam erwiesen, und es gibt schlüssige wissenschaftliche und anderweitige Erkenntnisse, dass technische Ansätze nicht vor der Belastung durch Tabakrauch schützen.  
[http://www.dkfz.de/de/tabakkontrolle/download/Publikationen/sonstVeroeffentlichungen/Das\\_Rahmeneubereinkommen\\_der\\_WHO\\_zur\\_Eindaemmung\\_des\\_Tabakgebrauchs\\_FCTC.pdf](http://www.dkfz.de/de/tabakkontrolle/download/Publikationen/sonstVeroeffentlichungen/Das_Rahmeneubereinkommen_der_WHO_zur_Eindaemmung_des_Tabakgebrauchs_FCTC.pdf) S.60
- 16 Tagessiegel vom 30.08.11, 02.09.11 und 05.09.11, Berliner Morgenpost vom 31.08.11 und 01.09.11, taz vom 31.08
- 17 Pressemitteilung der Fraktion Gesundheit vom 02.09.2011 <http://www.frische-luft-fuer-berlin.de/images/stories/aktuelles/fr%20gesundheit%20020.09.11.pdf>

- 18 Offener Brief des ÄARG vom 04.09.2011 [http://www.aerztlicher-arbeitskreis.de/aktuelles/files/vorstand\\_der\\_\\_\\_kb\\_05-09-2011\\_wille.pdf](http://www.aerztlicher-arbeitskreis.de/aktuelles/files/vorstand_der___kb_05-09-2011_wille.pdf)
- 19 [http://www.tzb.de/projektgruppen/bronchialtumore/PGLunge\\_brief\\_dv\\_9\\_2011.pdf](http://www.tzb.de/projektgruppen/bronchialtumore/PGLunge_brief_dv_9_2011.pdf)
- 20 [http://www.aerztekammer-berlin.de/40presse/15\\_meldungen/00478\\_Resolution\\_Nichtraucherchutz.htm](http://www.aerztekammer-berlin.de/40presse/15_meldungen/00478_Resolution_Nichtraucherchutz.htm)
- 21 [http://www.aerztekammerberlin.de/50ueberUns/20\\_Wer\\_wir\\_sind/20\\_DV/50\\_DV\\_Berichte/441\\_DV2011\\_09\\_28/](http://www.aerztekammerberlin.de/50ueberUns/20_Wer_wir_sind/20_DV/50_DV_Berichte/441_DV2011_09_28/)
- 22 § 4 Abs. 1 Nr. 6 Berliner Kammergesetz
- 23 So betont Oliver Kopp, Vorsitzender der Vereinigung Mittelständischer Unternehmen der Tabakwirtschaft (MUT), die Tabakindustrie müsse sich vornehmen "die erwiesene wissenschaftliche Fragwürdigkeit von Studien, die überzogene gesundheitliche Risiken durch Passivrauch behaupten und damit die Basis für totale Gastrauchverbote bilden, stärker herauszustellen". Zitiert nach: Deutsche Tabakzeitung, Nr. 28, 16.07.2010
- 24 Bornhäuser, A, McCarthy, J, Glantz, S A: Tobacco Control 2006 Apr;15(2): e1. German tobacco industry's successful efforts to maintain scientific and political respectability to prevent regulation of secondhand smoke.
- 25 [http://www.zigarren-herzog.com/veranstaltungen\\_detail.php?event=139?osCsid=0ad30e73c49acef915aeb181fad85161](http://www.zigarren-herzog.com/veranstaltungen_detail.php?event=139?osCsid=0ad30e73c49acef915aeb181fad85161)

### Abkürzungen

ÄARG	Ärztlicher Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit
ÄKB	Ärztekammer Berlin
BÄK	Bundesärztekammer
BGA	Bundesgesundheitsamt
DZV	Deutscher Zigarettenverband
WHO	World Health Organisation - Weltgesundheitsorganisation



Romina Pilloni • Plakatwettbewerb 2009 Forum Rauchfrei

## **4. Marketing**

# Hauptschule

44,4% aller jugendlichen Raucher sind Hauptschüler.

Max Baginskij und Tamara Napowanez • Plakatwettbewerb 2009 Forum Rauchfrei

## 4. 1

### Kontrolle des Tabakwerbeverbots ohne Konsequenzen

Johannes Spatz

Deutschland ist mittlerweile das einzige Land in der Europäischen Union, das Tabakwerbung noch auf den Straßen zulässt. Jedoch wird diese Werbung durch das Tabakgesetz eingeschränkt. Beispielsweise dürfen Jugendliche nicht umworben werden. Ob es sich um wirksame Schutzmechanismen handelt, soll nachfolgend untersucht werden.

Tabakwerbung ist in Deutschland in den Zeitungen, im Fernsehen, Rundfunk sowie im Internet und im Kino vor 18 Uhr untersagt. Erlaubt ist Tabakwerbung am Ort des Verkaufs, auf Zigarettenpackungen und als Plakatwerbung auf den Straßen (Außenwerbung).

Die Außenwerbung ist jedoch eingeschränkt. Diese Einschränkung soll insbesondere dem Jugendschutz dienen. Das Forum Rauchfrei hat 40 Mal Tabakfirmen wegen des Verstoßes gegen das Vorläufige Tabakgesetz angezeigt.

#### Das Werbeverbot

Das Vorläufige Tabakgesetz (§ 22 Werbeverbot) verbietet Formen der Werbung, *„die ihrer Art nach besonders dazu geeignet sind, Jugendliche oder Heranwachsende zum Rauchen zu veranlassen“*. Auch darf die Werbung nicht den Eindruck erwecken, *„dass der Genuss oder die bestimmungsgemäße Verwendung von Tabakerzeugnissen gesundheitlich unbedenklich oder geeignet ist, die Funktion des Körpers, die Leistungsfähigkeit oder das Wohlbefinden günstig zu beeinflussen“*<sup>1</sup>.

Da diese Werbeverbote sehr allgemein formuliert sind, haben wir zur genaueren Auslegung die detaillierten Ausführungen aus der „Richtlinie 1966“ des Verbandes der Zigarettenindustrie herangezogen. Die Selbstverpflichtungen aus dem Jahr 1966 wurden von dem 2008 neu gegründeten Deutschen Zigarettenverband übernommen<sup>2</sup>. In diesen Richtlinien hat sich die Zigarettenindustrie festgelegt, sich an folgende Vorgabe zu halten: *„Die Darstellung von Models, die jünger als 30 Jahre sind oder von der Mehrzahl der Jugendlichen für jünger als 30 Jahre gehalten werden, ist unzulässig“*. Nach der Verpflichtung sollen keine *„für Jugendliche typische Situationen und Umgebungen, z. B. Beat-Club, Diskotheken, Pop-Festival“* gezeigt werden. Auch hat die Tabakindustrie in der Selbstverpflichtung erklärt, keine sportorientierte Werbung zu zeigen (*„Unzulässig sind Darstellungen solcher sportlicher Freizeitbetätigungen, bei denen üblicherweise nicht geraucht wird“*).

Der maßgebliche Gesetzeskommentator Walter Zipfel stellt fest, dass die Selbstverpflichtung zur Auslegung des Gesetzes herangezogen werden könne. Dabei

komme es auf den „subjektiven Eindruck“ des Betrachters an. „Schon das Hervorrufen von Assoziationen ist hier erfasst“<sup>3</sup>.

### Widersprüchliche Auslegung des Gesetzes

Die für die Einhaltung des § 22 des Vorläufigen Tabakgesetzes zuständigen Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämter reagierten auf die Anzeigen des Forum Rauchfrei unterschiedlich. Eine häufige Reaktion war, in den bemängelten Werbeplakaten keinen Verstoß gegen das Vorläufige Tabakgesetz zu sehen. Wie groß der Interpretationsspielraum erscheint, zeigen exemplarisch folgende Beispiele.



#### Lebensmittelaufsichtsamt Potsdam: Keine „besondere Leistungsfähigkeit“

So wurde die Darstellung eines Saltos von einem hoch durch die Luft fliegenden jungen Mann auf einem Werbeplakat des Zigarettenunternehmens Philip Morris mit folgender Begründung nicht anerkannt: „Die Ausführung eines Saltos gilt gemein hin als einfach und erfordert keine besondere Leistungsfähigkeit ...“<sup>4</sup>.

Ein anderes Plakat von Philip Morris zeigt eine Gitarre, die quer durch das Plakat einen großen Platz einnimmt. Man sieht noch Schlaginstrumente und zwei junge Menschen, die durch das Bild springen. Die Behörde fand, dass das Plakat den Eindruck von „Altehrwürdigkeit“ vermitteln würde, was insbesondere durch den Markennamen in altenglischer Schrift verdeutlicht würde.

„Auffallend ist des Weiteren die elektrische Gitarre, die in der heutigen Zeit wohl eher Rock-Fans und damit Generationen jenseits der 30 anspricht als jugendliche Zielgruppen“<sup>5</sup>. Danach handelte es sich um keinen Verstoß gegen das Vorläufige Tabakgesetz. Im Gegensatz dazu konnte das Forum Rauchfrei in dem Plakat eine Mischung aus Beat-Club, Diskothek und Pop-Festival aus der Umgebung Jugendlicher erkennen. Dagegen meinte der von dem Aufsichtsamt angesprochene Tabakkonzern Japan Tobacco International, dass die Person älter als 30 Jahre sei und kindliche Gesichtszüge nicht erkennbar seien.



Lebensmittelaufsichtsamt Potsdam: Kein Verstoß, da die Gitarre „Generationen jenseits der 30“ anspreche

Wie unterschiedlich die Interpretation von Tabakwerbung sein kann, zeigt das folgende Beispiel. Eine Person malt mit einem Leuchtstab in das schummrige Abendlicht ein Kamel. Dieses Plakat wirbt für die Zigarettenmarke Camel von Japan Tobacco International. Die angeschriebene Bundesdrogenbeauftragte lässt dem Forum Rauchfrei dazu von dem Leiter ihrer Geschäftsstelle mitteilen: „Zu der von Ihnen angeführten Tabakwerbung der Zigarettenmarke Camel teile ich Ihre Auffassung, dass diese den Eindruck erweckt, es handele sich bei der Darstellung um ein Kind. Dies entspricht nach meiner Auffassung nicht der Festlegung in § 22 des Vorläufigen Tabakgesetzes, die in der Tabakwerbung Darstellungen untersagt, die in Ihrer Art geeignet sind, Jugendliche und Heranwachsende zum Rauchen zu veranlassen“<sup>6</sup>.



**Die Bundesdrogenbeauftragte sah in dieser Abbildung einen Verstoß gegen das Tabakgesetz**

Daher hatte sich die Bundesdrogenbeauftragte an den Deutschen Zigarettenverband gewandt. Danach teilte sie dem Forum Rauchfrei die Reaktion des Verbandes mit. „Aus der Sicht des Verbandes könnten keine Einwände gegen die bildliche Darstellung erhoben werden, da es sich insbesondere bei der abgebildeten Person um eine Person älter als 30 Jahre handele und kindliche Gesichtszüge nicht erkennbar seien. Damit läge kein Verstoß gegen die freiwilligen Werbebeschränkungen vor, der ein Einschreiten rechtfertigen würde“<sup>7</sup>. Nach der Selbstverpflichtung der Tabakindustrie ist das tatsächliche Alter eines Modells nicht ausschlaggebend, entscheidend ist, wie alt es auf den Betrachter wirkt. Weitere Aktivitäten der Bundesdrogenbeauftragten zu diesem Fall sind nicht bekannt geworden.

In demselben Fall wurde das zuständige Lebensmittelaufsichtsamt in Steglitz-Zehlendorf von Berlin angeschrieben. Dieses Amt sah zwar einen Anfangsverdacht, führte aber kein Ordnungswidrigkeitsverfahren durch.

Das Forum Rauchfrei zeigte auch ein Plakat der Firma British American Tobacco (BAT) an, auf dem mit einer jugendlich wirkenden Frau für die Marke Gauloises geworben wurde. Dazu meint das von dem Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsamt hinzugezogene Rechtsamt des Bezirksamtes von Berlin-Mitte, „dass es im vorliegenden Fall schwierig sein wird, nachzuweisen, dass die Werbung in erhöhtem Maße geeignet ist, Jugendliche anzusprechen“. Das Amt hatte dennoch BAT zu dem Tatvorwurf angehört. BAT bestritt den Tatvorwurf. Die Firma habe betont, „dass gerade bei der Auswahl des abzubildenden Modells darauf geachtet wurde, dass das Modell nicht besonders geeignet ist, Jugendliche oder Heranwachsende anzusprechen“<sup>8</sup>. Das Amt sah sich daher veranlasst, das Verfahren einzustellen.

In die gleiche Richtung argumentiert das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt der Stadt Brandenburg an der Havel bei dem identischen Motiv: „Ob die abgebildete Frau den Eindruck erweckt, deutlich jünger als 30 Jahre zu sein, kann man kaum gerichtsfest machen“<sup>9</sup>.



Zunächst als Verstoß gegen das Tabakgesetz anerkannt, dann Verfahren stillschweigend eingestellt.

Die Zigarettenfirma Reemtsma, die zu dem Weltkonzern Imperial Tobacco gehört, warb mit einem Tischfußballspiel für die Marke John Players Special. Die-

ses Werbeplakat wurde im August 2009 deutschlandweit gezeigt. Das Forum Rauchfrei erstattete in vier Städten Anzeige.

Die Stadt Freiburg i. Br. reagierte auf unser Schreiben, indem sie eine amtliche Beurteilung bei dem Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Sigmaringen einholte. Es entsteht der Eindruck, so dieses Amt, *„dass durch das Rauchen der Marke ‚Red John Players Special‘ die Leistung beim Tischfußballspielen günstig beeinflusst wird. Insbesondere unter der Berücksichtigung, dass bei dieser Sportart hohe Anforderungen an Reaktionsfähigkeit und Geschicklichkeit des Spielers gestellt sind. Das Plakat mit einer jugendorientierten Sportart wie Tischfußball zielt besonders auf Jugendliche und Heranwachsende.“*

Nachdem durch das Gutachten festgestellt worden war, dass die Plakate gesetzwidrige Werbung zeigten und damit in Freiburg ein Gesetzesverstoß festgestellt worden war, wollte die Stadt Freiburg dennoch kein Ordnungswidrigkeitsverfahren einleiten. Freiburg leitete die Anzeigen nach Hamburg weiter, weil sich dort der Hauptsitz von Reemtsma befindet. Das Rechtsamt in Hamburg<sup>10</sup> übernahm zwar die Auffassung, die sich aus der Beurteilung aus Sigmaringen ergab, dennoch verschleppte das zuständige Aufsichtsamt das Verfahren. Trotz vieler Nachfragen und Erinnerungen geschah überhaupt nichts. Schließlich verlangten wir nach langem erfolglosen Warten Akteneinsicht nach dem Informationsfreiheitsgesetz. So konnten wir aus der Akteneinsicht im August 2010 erfahren, dass Reemtsma den amtlichen Vorhaltungen widersprochen hatte und daraufhin das Verfahren nicht weiter betrieben wurde. Die verbandseigene Selbstverpflichtung und die von Reemtsma erklärte Versicherung, dass auf die *„Verbindung von Sport und Rauchen“* verzichtet werde, spielten keine Rolle.

### **David gegen Goliath?**

Die Aufsichtsbehörden schrecken selbst dann, wenn der Gesetzesverstoß eindeutig und unbestritten vorliegt, davor zurück, den Gesetzesverstoß zu verfolgen und ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Tabakkonzern einzuleiten. Dies zeigt auch der folgende Vorfall: An der Freien Universität Berlin wurde Werbung für die Marke Gauloises gezeigt. Unter den Studenten wollte der Konzern ein Auto („Ente“) verlosen. Dieses Plakat konnten die Studenten auf sich wirken lassen, während sie ihre Mahlzeit zu sich nahmen, da es sich direkt im großen Speisesaal der Mensa befand. Nachdem das Forum Rauchfrei bei dem Studentenwerk, das die Mensa betreibt, gegen das Plakat protestiert hatte, wurde es von dort entfernt.

Der klare Verstoß gegen das Tabakgesetz, das Heranwachsende, also auch Studenten bis zum 21. Lebensjahr vor Tabakwerbung zu schützen hat, sollte Konsequenzen haben. Deshalb zeigte das Forum Rauchfrei den Vorgang dem örtlich zuständigen Lebensmittelaufsichtsamt an und bat, ein Verfahren einzuleiten. Es erhielt folgende Auskunft: *„Unter diesen Bedingungen nun einen Rechtsstreit gegen einen internationalen Tabakkonzern zu führen, halte ich jedoch in Anbetracht bezirklicher Personal- und Sachkostenressourcen für unangemessen und wenig aussichtsreich.“*<sup>11</sup>

Dabei ist zu beachten, dass es sich bei der Zigarettenfirma BAT, die die Marke Gauloises produziert, um einen der weltweit größten Tabakkonzerne handelt. Mit einem Milliardenumsatz kann sich dieser Konzern jeglichen Rechtsbeistand leisten. Daher geht es tatsächlich um den Kampf Davids gegen Goliath. Nur dass David hier schon frühzeitig den Kampf aufgibt.

Die Frage ‚David gegen Goliath?‘ hat sich bei allen 40 Anzeigen des Forum Rauchfrei gestellt. Immer richtete sich unsere Anzeige gegen einen der vier weltweit größten Tabakkonzerne.

### Der Verantwortung aus dem Wege gehen

Die Reaktionsweise der Behörden zeigt, dass die Hinweise des Forum Rauchfrei auf gesetzwidrige Tabakwerbung in den meisten Fällen nicht willkommen sind. Bereits die große Zahl von 28 Erinnerungsschreiben weist darauf hin, dass sich die Ämter damit schwer tun. Auskunft über die von den Kontrollbehörden getroffenen Maßnahmen wurde nur zögerlich und spärlich erteilt. In fünf Fällen blieben wir ganz ohne Antwort, so dass der Informationsanspruch durch Akteneinsicht nach dem Informationsfreiheitsgesetz durchgesetzt werden musste.

Die Möglichkeit des Forum Rauchfrei, sich über den Verlauf der Anzeigen zu informieren, wurde dadurch erheblich erschwert, dass mehr als die Hälfte der Anzeigen von den kommunalen Aufsichtsbehörden weiter an die Städte geschickt wurde, in denen sich der Sitz der jeweils betroffenen Tabakfirma befindet.



So hatte das Forum Rauchfrei Zigarettenpackungen angezeigt, auf denen mit angemalten Gesichtern geworben wurde. Die Anzeige wurde von dem Lebensmittelaufsichtsamt Berlin-Lichtenberg nach Berlin-Charlottenburg und schließlich nach Hamburg-Altona geschickt. Dort wurde nach mehrmaliger Nachfrage folgende Auskunft erteilt: „*Wurde nicht weiter verfolgt, da zum Zeitpunkt des Eingangs dieses Vorgangs diese Motive nicht mehr im Handel waren.*“

In vier Fällen wurde die Bearbeitung der Anzeige nicht als staatliche Aufgabe betrachtet und an private Einrichtungen abgegeben. Die nach dem Gesetz zuständigen Behörden

Während der Fußballmeisterschaft wirbt Reemtsma mit Gesichtern, die mit Nationalfarben geschminkt sind

gaben die Anzeigen an den Deutschen Werberat, den Deutschen Zigarettenverband, die Wettbewerbszentrale und in einem Fall an eine Industrie- und Handelskammer ab.

Eine andere Anzeige wurde von Berlin über Köln nach Trier, dem Sitz der Zentrale von Japan Tobacco International, geschickt. Dort wurde die Anzeige postwendend an den Absender in Tempelhof-Schöneberg von Berlin mit dem Kommentar zurückgeschickt, dass *„allein die Ordnungsbehörde zuständig ist, in deren Bezirk die zu schützenden Interessen verletzt oder gefährdet werden“*<sup>12</sup>. Als Ergebnis landete die Anzeige nach Monaten dort, wo wir sie eingereicht hatten, ohne dass der Tabakkonzern zur Verantwortung gezogen worden war.

Von mehreren Ämtern bekamen wir sogar die Auskunft, dass sie sich niemals zuvor mit Tabakwerbung beschäftigt hätten. In München wurde zunächst eine Zuständigkeit angezweifelt und nur nach den Hinweisen auf die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften anerkannt. Überhaupt keine Bereitschaft, sich um Tabakwerbung zu kümmern, gab es in Oranienburg. Dort hat das Lebensmittelaufsichtsamt Oberhavel rundheraus jegliche Zuständigkeit abgelehnt: *„Das Ministerium hat uns mitgeteilt, dass Ihre Beanstandung weder Landes- noch Kreisangelegenheit ist“*<sup>13</sup>.

## **Methode**

Das Forum Rauchfrei hat 40 Anzeigen wegen des Verstoßes gegen das Vorläufige Tabakgesetz in den Jahren 2009 bis 2012 erstattet. Die Anzeigen richteten sich gegen 21 unterschiedliche Motive. Darunter befanden sich acht Plakate, die Jugendliche besonders gut ansprachen, da die abgebildeten Models deutlich jünger als 30 Jahre alt erschienen. Auf weiteren vier Plakaten wurde die Welt der Jugendlichen gezeigt und auf acht Plakaten wurde eine Verbindung zwischen Sport und Rauchen hergestellt.

Von den 40 Anzeigen haben wir 31 an kommunale Aufsichtsämter geschickt. Dabei handelte es sich um folgende Städte: Berlin mit acht Bezirken, München, Hamburg, Frankfurt a. M., Leipzig, Freiburg i. Br., Potsdam, Worms, Oranienburg, und Brandenburg.

Vierzehn dieser Anzeigen wurden in den örtlich zuständigen Aufsichtsämtern bearbeitet, während siebzehn an die Ämter weitergeleitet wurden, die sich am Sitz der jeweiligen Tabakfirmen befinden: Hamburg: BAT und Reemtsma; München: Philip Morris; Trier: Japan Tobacco International.

An folgende überregionale Einrichtungen haben wir uns zusätzlich gewandt: Senatorin für Gesundheit in Berlin, Senatorin für Gesundheit in Hamburg, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und an die Bundesdrogenbeauftragte.

## **Diskussion**

Es wurde sichtbar, dass die kleinen kommunalen Ämter den Konflikt mit den großen, übermächtig wirkenden Konzernen scheuen. Sie bringen vor, dass das

Tabakgesetz keine eindeutigen Vorgaben mache und daher die Beweisführung vor Gericht schwierig sei. Bei dieser Grundhaltung ist es nicht verwunderlich, dass die Aufsichtsämter von sich aus nicht tätig werden, um die Tabakwerbung einzuschränken. Infolge von Anzeigen reagieren sie daher unentschlossen<sup>14</sup>. Es handelt sich also nicht um ein individuelles Fehlverhalten einzelner Behördenmitarbeiter/-innen, sondern um ein strukturelles Problem.

Der für die Lebensmittelkontrolle zuständige Dezernent in Hamburg-Altona bringt es in seinem Brief an das Forum Rauchfrei auf den Punkt:

*„Wichtig ist mir auch der Hinweis, dass der Verwaltungsvollzug der aktuellen Vorschriften des Vorläufigen Tabakgesetzes schwierig ist, da der Gesetzgeber keine konkreten Regularien bezüglich der Werbung für Tabakprodukte getroffen hat. Der Gesetzgeber hat sich **nicht** zu einem generellen Verbot der Werbung für Tabakprodukte durchringen können. Somit gibt es keinen großen Spielraum für unterschiedliche Meinungen und Interpretationen. Die beschriebene Rechtslage erschwert den Verwaltungsvollzug erheblich“<sup>15</sup>.*

Die Studie des Forum Rauchfrei zeigt, dass es in Deutschland keine effektive Einschränkung der Tabakwerbung im Außenbereich gibt. Zwar sieht das Vorläufige Tabakgesetz ein Verbot vor, Jugendliche durch Werbung zum Rauchen zu veranlassen, doch spielt dies in der Praxis keine Rolle.

Die zuständigen Fachminister der Bundesregierung sind in den vergangenen zehn Jahren in unterschiedlichen Parteienzusammensetzungen immer wieder am Kabinetttisch mit der Einführung des Verbots der Außenwerbung gescheitert. Es war eine rot-grüne, eine schwarz-rote und jetzt eine schwarz-gelbe Bundesregierung, die gegen das jeweilige Votum des Fachministeriums das Werbeverbot verhindert hat. Zuletzt hat sich der Bundeswirtschaftsminister und das Kanzleramt gegen die Bundesverbraucherschutzministerin im Januar 2012 durchgesetzt. In der Presse stand dazu lapidar, er sehe keinen Bedarf für ein Tabakwerbeverbot<sup>16</sup>.

## **Zusammenfassung und Ausblick**

Die 40 Anzeigen des Forum Rauchfrei haben in keinem einzigen Fall zu einer Verhängung eines Bußgeldes geführt. Viele (17) Aufsichtsämter gehen ihrer Verantwortung aus dem Wege und schicken bei Verdacht auf einen Gesetzesverstoß die Anzeigen an die Ämter weiter, die sich am Hauptsitz der Tabakkonzerne befinden. Diese Ämter konfrontieren die Konzerne mit den Anzeigen und legen den Vorgang dann stillschweigend zu den Akten, nachdem der jeweilige Konzern den Vorwurf zurückgewiesen hat.

Eine große Zahl der Ämter (11) erklärte, dass es sich bei den angezeigten Werbeplakaten in ihren Bezirken nicht um einen Verstoß gegen das Gesetz handle. So wurde meistens abgestritten, dass Jugendliche durch die Werbung zum Rauchen animiert werden könnten.

Mit der Mehrzahl der angezeigten Plakate (13 von 21) können sich Jugendliche und Heranwachsende besonders gut identifizieren, weil entweder jugendlich wirkende Models oder Situationen aus ihrer gewohnten Umwelt gezeigt werden. Weitere acht Plakate stellten einen Zusammenhang von Sport und Rauchen dar.

Obwohl in den vergangenen drei Jahren eine sehr intensive Auseinandersetzung zu dem Thema des Rauchens in der Gesellschaft stattfand, hat sich das Verhalten der Aufsichtsämter im Laufe der Untersuchungsdauer nicht verändert. Eine Kontrolle der Tabakplakatwerbung durch die Aufsichtsämter findet überhaupt nicht statt. Der Tabakindustrie kann dagegen attestiert werden, dass sie es mit ihrer Selbstverpflichtung geschafft hat, eine klare gesetzliche Regelung zu verhindern. Die Beteuerungen der Tabakindustrie, ihr gehe es um Jugendschutz, stehen nur auf dem Papier. Das Problem ist, dass die Mehrheit der verantwortlichen Politiker/-innen im Bundestag sich mit der gegenwärtigen Situation zufrieden gibt.

Gerade weil sich die Rechtslage geändert hat, muss die Politik reagieren. Denn das Gesetz zum Tabakrahmenübereinkommen, das im März 2004 in Kraft getreten ist, sieht vor, dass die Regierung innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens geeignete gesetzgeberische Maßnahmen ergreift, um ein umfassendes Werbeverbot einzuführen<sup>17</sup>. Es ist ein gesundheitspolitischer Skandal, dass die Umsetzung des Werbeverbotes zuletzt im Januar 2012 an dem Votum des von der FDP geführten Wirtschaftsministeriums gescheitert ist.

Es bleibt die Hoffnung, dass sich die Mitglieder des Bundestags nach den nächsten Bundestagswahlen dazu entschließen, Tabakwerbung ganz und gar zu verbieten. Dann wäre der Ausnahmestatus von Deutschland innerhalb der Europäischen Union in Bezug auf Tabakwerbung beendet.

- 1 Siehe dazu auch: Spatz, J.: Marketingstrategien der Tabakindustrie. Aus: Machenschaften der Tabakindustrie. Hrsg.: Forum Rauchfrei und Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin. 2009
- 2 [http://www.zigarettverband.de/pos-data/page\\_img/Themen/Werbung/DZV\\_Flyer\\_Werbeabkommen.pdf](http://www.zigarettverband.de/pos-data/page_img/Themen/Werbung/DZV_Flyer_Werbeabkommen.pdf)
- 3 Zipfel / Rathke: Lebensmittelrecht
- 4 Brief von der Landeshauptstadt Potsdam, Der Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales, Gesundheit u. Umwelt, Veterinär- u. Lebensmittelüberwachungsamt vom 03.08.2010 (Die hier aufgeführten Briefe können bei dem Forum Rauchfrei eingesehen werden!)
- 5 Brief von der Landeshauptstadt Potsdam, Der Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales, Gesundheit u. Umwelt, Veterinär- u. Lebensmittelüberwachungsamt vom 02.06.2010
- 6 Brief von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung vom 17.12.2010
- 7 Brief von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung vom 14.02.2011
- 8 Brief von dem Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsamt und Betreuungsstelle, Fachbereich Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsamt vom 26.08.2010
- 9 Brief von der Stadt Brandenburg an der Havel, Die Oberbürgermeisterin, Fachbereich III, Ordnung und Sicherheit, Gesundheits-, und Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt vom 23.02.2010
- 10 Vermerk des Rechtsamtes des Bezirksamtes Altona von Hamburg vom 20.10.2009
- 11 Brief der Bezirksstadträtin für Gesundheit, Steglitz-Zehlendorf von Berlin, August 2009
- 12 Mail vom Ordnungsamt, Lebensmittelüberwachung, Trier vom 27.04.2010

- 13 Mail vom Landkreis Oberhavel, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt vom 03.09.2010
- 14 Schreiben des Amtstierärztlichen Dienstes in Frankfurt am Main, 26.01.2010: „...in den letzten Jahren keine Fälle aktenkundig geworden...“
- 15 Brief vom Bezirksamt Altona der Freien Hansestadt Hamburg vom 01.09.2011
- 16 Frankfurter Rundschau, 15.02.2012
- 17 Gesetz zum Tabakrahenübereinkommen: Artikel 13, Abs. 2

### **Abkürzungen**

BAT                                      British American Tobacco



Martin Bremer • Plakatwettbewerb 2007 Forum Rauchfrei

## 4. 2

### Zigarettenautomaten in Reichweite von Jugendlichen

Rainer Herrmann

In einer Selbstbeschränkung im April 1997 hat sich der Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller (BDTA) verpflichtet, keine Zigarettenautomaten mehr im Umfeld von Schulen und Jugendzentren anzubringen. Bestehende Automaten sollten innerhalb der folgenden 3 Jahre schrittweise entfernt werden.

Seit dem Jahr 2000 dürften wir also keine Automaten mehr in der Nähe von Schulen und Jugendeinrichtungen finden, umso erschreckender ist es, dass man immer noch auf eine große Anzahl stößt.

#### Die Selbstbeschränkung des BDTA

In den vergangenen Jahrzehnten wurde immer wieder ein Verbot von Zigarettenautomaten gefordert. So setzten sich 1991 die Mitglieder der Gesundheitsministerkonferenz der Länder für den Abbau der Zigarettenautomaten in der Öffentlichkeit ein.

Die Lage für die Tabakindustrie war in den Neunzigerjahren so bedrohlich, dass Ellen Merlo, Senior-Vize-Präsident bei Philip Morris, 1995 an die eigenen Leute appellierte: *„Wenn wir nicht sofort etwas unternehmen, um in Bezug auf den Zugriff Jugendlicher auf Zigaretten den Anschein von Industrieverantwortung zu vermitteln, werden wir es sehr bald mit strengen Marktrestriktionen zu tun haben. Diese werden den Weg ebnen für eine ebenso strenge Gesetzgebung oder andere Regulationen bezüglich der Orte, an denen Erwachsene rauchen dürfen“*<sup>4</sup>.

Das Ergebnis war eine mit der Bundesregierung ausgehandelte Selbstbeschränkung der Industrie, die 1997 vom Bundesgesundheitsministerium in einer Pressemitteilung bekannt gegeben wurde.

Laut der freiwilligen Selbstbeschränkung dürfen keine Zigarettenautomaten aufgehängt bzw. aufgestellt werden

- an Schulgebäuden und Jugendzentren,
- auf Grundstücken von Schulen und Jugendzentren,
- in einem Sichtfeld von 50 m vom Haupteingang einer Schule oder eines Jugendzentrums,
- innerhalb der Schulen und Jugendzentren umlaufenden Straßenabschnitte.

Unter „Schulen“ sind allgemeinbildende Schulen, wie Gesamt-, Grund-, Gemeinschafts-, Haupt-, Real-, Sonderschulen und Gymnasien, zu verstehen. Nicht inbegriffen sind Berufsschulen.

„Jugendzentren“ sind ständige Einrichtungen in öffentlicher und kirchlicher Trägerschaft, die zur überwiegenden und ständigen Betreuung von Jugendlichen bestimmt sind und in denen mindestens ein/-e hauptamtliche/-r Betreuer/-in beschäftigt wird. Nicht inbegriffen sind Jugendzentren ohne hauptamtliche Betreuer/-innen sowie Jugendherbergen und Jugendgästehäuser.

Darüber hinaus sind in der Selbstverpflichtung nicht inbegriffen: Kindertagesstätten und von Kindern und Jugendlichen stark frequentierte Sporteinrichtungen, wie Sportstätten, Hallen- und Freibäder, sowie Freizeiteinrichtungen, Spielplätze, Kinos, Diskotheken und Clubs<sup>2</sup>.



**Der Zigarettenautomat wurde entfernt.**

Selbstbeschränkungen sind ein beliebtes Instrument der Industrie, um gesetzlichen Regelungen zu entgehen. Die Einhaltung von gesetzlichen Regelungen kann man z. B. vor Gericht einfordern. Bei Selbstverpflichtungen bleiben die Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten in Händen der Industrie. Daher ist das Forum Rauchfrei der Selbstverpflichtung nachgegangen.

Wie wirkungslos die Selbstverpflichtung ist, zeigen zahlreiche Verstöße im Umkreis von Schulen und Jugendzentren in den Bezirken von Berlin.

Das Forum Rauchfrei hat in jedem Berliner Bezirk viele Beispiele für den Verstoß gegen die freiwillige Selbstbeschränkung des BDTA gefunden und teilweise mit Erfolg dagegen protestiert.

Hier sollen nur einige Beispiele davon aufgeführt werden. Nur selten führte ein einmaliges Schreiben an den Automatenaufsteller bereits zum Abbau des Zigarettenautomaten.

An einigen Standorten wurden jedoch erfolgreich die Zigarettenautomaten aus der Reichweite von Kindern und Jugendlichen verbannt.

Am Standort der Gaststätte in der Grimmstraße 1, 10967 Berlin, in deren unmittelbarer Nähe sich das ev. Jugendzentrum, Planufer 84, 10967 Berlin befindet, war die Entfernung des Zigarettenautomaten des Aufstellers Tobaccoland von Erfolg gekrönt.

Kurz nach dem Abbau des Automaten Planufer/Grimmstraße wurde jedoch an der Uferpromenade in Sichtweite des ev. Jugendzentrums ein neuer Zigarettenautomat aufgestellt, der nach erneuter Intervention wieder abgebaut wurde.

Ein weiteres Beispiel für die Nichteinhaltung der Selbstbeschränkung des BDTA war ein Automat der Firma Tobaccoland. Dieser hing in der Grimmstraße 21, Gaststätte Rizz. Es handelte sich um einen Verstoß, da sich der Automat in direkter Nähe des Robert-Koch-Gymnasiums (Dieffenbachstraße 60, 10967 Berlin) befand. Die Grimmstraße gehört in diesen Bereich zu den umlaufenden Straßenabschnitten, weiterhin die Böckhstraße und die Graefestraße. Der Automat wurde im April 2008 entfernt.

Auch in der Graefestraße 77 fand man einen Zigarettenautomaten, welcher einen Verstoß darstellte. In direkter Umgebung befanden sich drei Schulen mit insgesamt 2.000 Schülerinnen und Schülern. Erst nach Protest des Forum Rauchfrei wurde der Automat abgebaut.



Vorher



Nachher

Diese Beispiele findet man nicht nur in Berlin Kreuzberg, sondern auch in den anderen Bezirken. In Charlottenburg-Wilmersdorf hängt in der Hildegardstraße 25a ein Zigarettenautomat des Aufstellers Hall. In der Nähe dieses Automaten befindet sich die Marie-Curie-Oberschule. Mehrmaliges Nachfragen bei der zuständigen Stelle im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf führte nicht zum Abbau des Automaten. Eine Beschwerde beim BDTA und der Firma Hall blieb ebenso erfolglos. Der Vorsitzende des BDTA, Dr. Michael Reisen, ist ebenso Geschäftsführer bei der Firma Hall.

In Spandau entdeckten wir 2009 dieses ungeheuerliche Bild. Auf der einen Seite des Schülerladens „Sternenkinder“ ein Kaugummiautomat und auf der anderen Seite der Zigarettenautomat. Erst als die Presse darüber berichtete und der Bezirksbürgermeister und die Bezirksverordnetenversammlung intervenierten, wurde der öffentliche Druck so groß, dass der Automatenaufsteller aufgab und den Automaten abbauen ließ.



Vorher

So kann man diese Beispiele weiterführen und leider sind sie auch keine Einzelfälle.

Hier ein Ausschnitt aus einer Liste von Automaten, die nach Anzeige des Forum Rauchfrei nicht entfernt wurden und sich in der Nähe folgender Schulen befinden:

10999	Berlin	Forsterstr. 15	Paul-Dohrmann-Schule
16515	Oranienburg	Bernauer Str. 56	Förderschule Linden-Schule
25946	Nebel/Amrum	Vasterstigh 49	Oömrang-Skuul
10717	Berlin	Gasteiner Str. 23	Goethe-Gymnasium
10961	Berlin	Gneisenastr. 7	Lina-Morgenstern-Oberschule
13125	Berlin	Bahnhofstr. 32	Grundschule Alt-Karow
12355	Berlin	Köpenicker Str. 148	Matthias-Claudius-Grundschule



Nachher

### Schlussfolgerung

An diesen Beispielen kann man erkennen, dass der Bundesverband Deutscher Tabakwaren- Großhändler und Automatenaufsteller nicht gewillt ist, die freiwillige Selbstbeschränkung einzuhalten bzw. durchzusetzen. So wurde dem Forum Rauchfrei in keinem einzigen Fall mitgeteilt, dass die in den Selbstverpflichtungen vorgesehenen Sanktionsmöglichkeiten von bis zu 1.000 Euro Vertragsstrafen verhängt wurden.

Die Selbstverpflichtungen der Automatenaufsteller erweisen sich als unwirksam, Jugendliche vor dem Rauchen zu schützen. Bisher dienen sie lediglich dem Automatenaufsteller, einem gesetzlich verankerten Verbot zu entgehen.

In dem Gesetz zum Tabakrahenübereinkommen, das in Deutschland seit 2005 in Kraft ist, wird in den Leitlinien ausdrücklich gefordert, Selbstverpflichtungen der Tabakindustrie abzulehnen, die „als Ersatz für gesetzlich durchsetzbare Maßnahmen“ angeboten werden.

Auch wird in den Leitlinien dieses Gesetzes gefordert, dass Zigarettenautomaten „für Minderjährige nicht zugänglich“ sein sollen. Die Bundesregierung könne ein Verbot von Zigarettenautomaten aussprechen<sup>3</sup>.

- Eine gewisse Verschärfung wurde mit der seit 2007 gesetzlich vorgeschriebenen Umrüstung auf Chipkarten versucht. Doch haben die Experten schon vor der Einführung der Chipkarten auf ein generelles Verbot gepocht. So begrüßten zwar die Gesundheitsminister der Länder die

Einführung der Chipkarten 2006, hielten aber an ihrer Forderung nach Verbot der Automaten fest.

- Das Problem ist mit der Chipkarte nicht gelöst, denn Jugendliche können sich diese Karte besorgen und immer noch am Automaten Zigaretten ziehen.

### Forderungen

- Schluss mit der freiwilligen Selbstbeschränkung des BDTA
- Gesetzliches Verbot aller öffentlich zugänglichen Zigarettenautomaten
- Als Sofortmaßnahme ist der umgehende Abbau der Zigarettenautomaten in der Reichweite von Kindern und Jugendlichen zu fordern.
- Systematische Kontrolle durch die Behörden

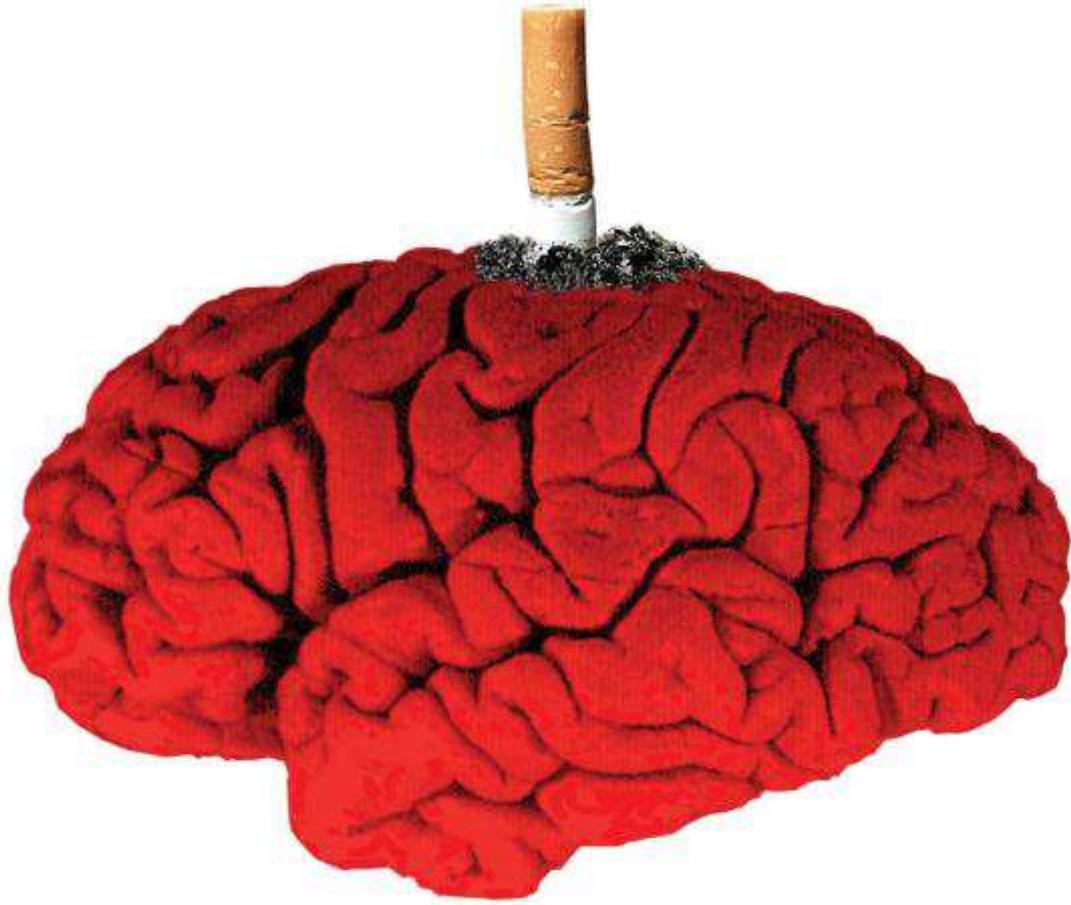


In der Nähe dieses Zigarettenautomaten befindet sich die Marie-Curie-Oberschule.

- 1 Deutsches Krebsforschungszentrum (Hrsg.): Gesundheit fördern – Tabakkonsum verringern: Handlungsempfehlungen für eine wirksame Tabakkontrollpolitik in Deutschland. dkfz Rote Reihe Tabakprävention und Tabakkontrolle, Sonderband, 52, Heidelberg 2002
- 2 Otto-Pfütz, Doreen: Selbstverpflichtung der Zigarettenautomatenaufsteller und ihre Wirksamkeit am Beispiel der Stadt Weimar. Dokumentation 14. bundesweiter Kongress Armut & Gesundheit, 2008
- 3 Gesetz zum Tabakrahmenübereinkommen, 19. November 2004

### **Abkürzungen**

BDTA Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automaten-  
aufsteller



BRANDING

TABAKINDUSTRIE KÖDERT KINDER

Anna Pelc • Plakatwettbewerb 2009 Forum Rauchfrei

## **Autorinnen und Autoren**

Wolfgang Behrens, Nichtraucherbund Berlin-Brandenburg e.V.

Lothar Binding, Mitglied des Bundestages, SPD

Dieter Eichinger, Forum Rauchfrei

Rainer Herrmann, Forum Rauchfrei

Dr. Wolfgang Hien, Forschungsbüro für Arbeit, Gesundheit und Biographie, Bremen

Patrick Kast, Dipl.-Chemiker, Pro Rauchfrei e.V.

Prof. Dr. med. David Klemperer, Hochschule Regensburg

Dr. Joseph Kuhn, Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Dr. med. Thomas Kyriß, Klinik Schillerhöhe, Gerlingen

Wilfried Meyer, Nichtraucherbund Berlin-Brandenburg e.V.

Lisa Paus, Mitglied des Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen

Johannes Spatz, Forum Rauchfrei

Dinah Stratenwerth, Unfairtobacco.org (Blue 21 e.V.)

Sonja von Eichborn, Unfairtobacco.org (Blue 21 e.V.)

Prof. Dr. med. Friedrich J. Wiebel, Ärztlicher Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit

Telefax

Fax Nr.:	
An:	Herrn Bielefeldt
Von:	Herrn Neumann
Datum:	
Seiten:	

vldc  
 Verband der  
 Cigarettenindustrie  
 29. August 2004 / rris II

**Vertraulich**

**An die  
Damen und Herren Mitglieder  
des VdC-Europaausschusses**

**Produktrichtlinie Tabak: 2. Lesung im EP und weitere Schritte**

Sehr geehrte Damen und Herren,

1. in der vergangenen Woche hat beim BMG eine Ressortbesprechung im kleinen Kreis stattgefunden, bei der es vornehmlich darum ging, wie die Bundesregierung die deutschen Europaabgeordneten auf die 2. Lesung der Produktrichtlinie einstimmen soll. Mit der Bitte um vertrauliche Behandlung geben wir den Eindruck weiter, den wir aus verschiedenen Quellen und auf Umwegen von der Lage in Bonn und Berlin gewonnen haben.
1. Das BMG will die bisherigen Vorbehalte gegen die Richtlinie offensichtlich aufgeben, zum Teil mit vorgeschobenen Begründungen. Dahinter steht die Absicht der BMG-Beamten, sich im Rat der Gesundheitsminister, in den vorbereitenden Arbeitsgruppen und im Parlament nicht mehr querzulegen. Daraus läßt sich unschwer auf die geringe Neigung des BMG schließen, eine Klage der Bundesregierung gegen die Richtlinie beim EuGH zu befürworten.
2. Weder beim Exportverbot (Art. 3) noch beim Deskriptorenverbot (Art. 7) der Produktrichtlinie sieht man noch große rechtliche Probleme. Für Exportverbote gebe es genügend Präzedenzfälle; auch habe die Bundesregierung, zuletzt in einer Rats-Arbeitsgruppe Anfang August, sich nicht gegen das generelle Exportverbot gestellt, das die Kommission im Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über allgemeine Produktsicherheit vorgesehen hat.

3. Das Verbot der Produktbezeichnung „leicht“ und „mild“ erscheint dem BMG gerechtfertigt. Das BMJ hat sich aus der verfassungsrechtlichen Bewertung bislang mit der Begründung herausgehalten, dies sei eine Frage der Abwägung zwischen Eigentums- und Markenrechten einerseits und den gesundheitspolitischen Zielen andererseits.
  4. Die schriftliche Information an die deutschen Abgeordneten wird in den nächsten Wochen noch zwischen den Ressorts abgestimmt. Mit Ausnahme des Wirtschaftsministeriums hat sich bislang aber bei den anderen Ministerien wenig Widerspruch gegen die Tendenz des BMG erhoben.
- II. Wir müssen uns auf diese neue Situation einstellen und dürfen die Wahrscheinlichkeit einer Klage der Bundesregierung beim EuGH, keineswegs überschätzen. Dies gilt vor allem auch, weil es anders als bei der Werberichtlinie bislang kaum Verbündete für einen solchen Schritt gibt (NGG und BLL bislang ausgenommen).
- Auch sind die Fakten, die man für eine aussichtsreiche Klage zusammentragen muß, beim näheren Hinsehen bislang noch recht dünn.
- Wir müssen uns bei der nächsten Ausschusssitzung intensiv überlegen, wie den Klagen gegen die Richtlinie größere Erfolgsaussichten gegeben werden können.
- Dazu gehört m.E.
1. Es müssen Unterstützer gesucht werden, insbesondere bei Spitzenverbänden und Gewerkschaften.
  2. Verbündete und betroffene Bundesländern müssen auf alle beteiligten Ressorts der Bundesregierung, vor allem aber auf Kanzleramt und Finanzministerium zugehen.
  3. Die Unterstützung durch einflußreiche Bundestagsabgeordnete (der Koalition) und betroffene Landesregierungen (Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Bayern) fehlt bislang.

325127725

BATCO-USE/04 v. Philip Müller

4. Wir müssen die faktischen Auswirkungen der Richtlinie (Beschäftigungslage, Kosten wirtschaftliche und soziale Konsequenzen) deutlich machen, evtl. auch durch Meinungsäußerungen oder Sachverständigen-Gutachten.
5. Die möglichen Rechtsangriffe gegen die Richtlinie müssen präzisiert und mit entsprechender Literatur untermauert werden.
6. Es fehlt ein Klageentwurf.
7. Wir müssen eine begleitende Arbeitsgruppe nach dem Muster der WRL bilden.
8. Die betroffenen Unternehmen müssen die eigenen Klagemöglichkeiten untersuchen, vorbereiten und koordinieren.
9. Wir müssen die Öffentlichkeit auf die Konsequenzen aufmerksam machen.
10. Wir müssen Alternativen entwickeln: eine Politik des „Alles oder Nichts“ wird uns nicht weiterhelfen.

Wir möchten Sie bitten, sich Ihre Gedanken zu den skizzierten Ansätzen zu machen, damit wir bei der nächsten Ausschusssitzung zu konkreten Plänen und Vorschlägen kommen.

In der Zwischenzeit haben wir das Gutachten von Professor Schweitzer und dessen englische Zusammenfassung den beteiligten Bundesministerien übersandt. Parallel dazu empfehlen wir, in den Firmen bereits jetzt gerichtsverwertbares Zahlen- und Datenmaterial über die Auswirkung der Richtlinie zu sammeln.

Mit freundlichem Gruß

Ihr



Hans-Joachim Lauth

Vertraulich / Confidential

GESAMT SEITE 03

**325127726**

BATCo UNDOJ v. Philip Morris

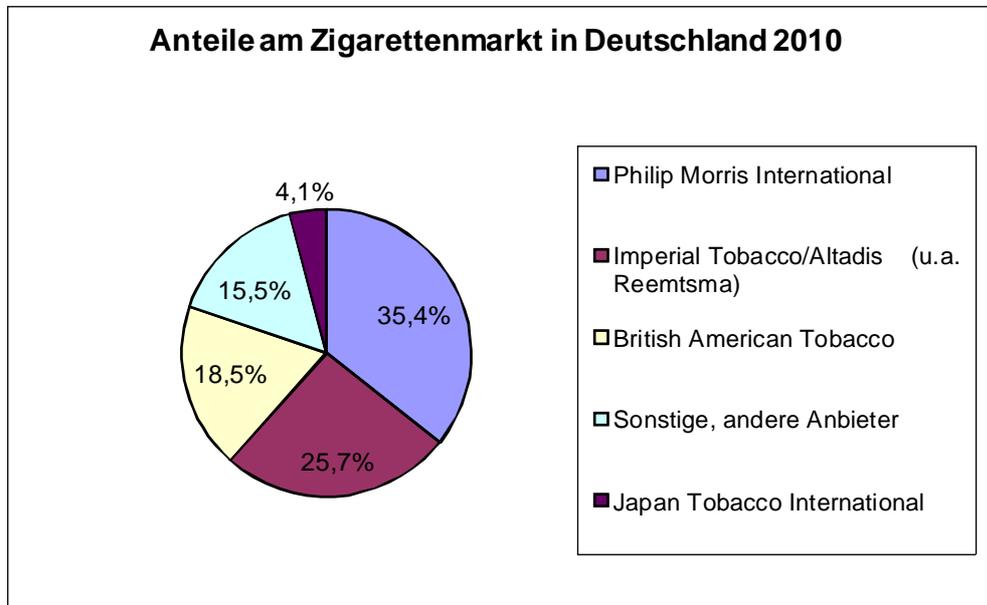
## Produktion von Zigaretten in Deutschland



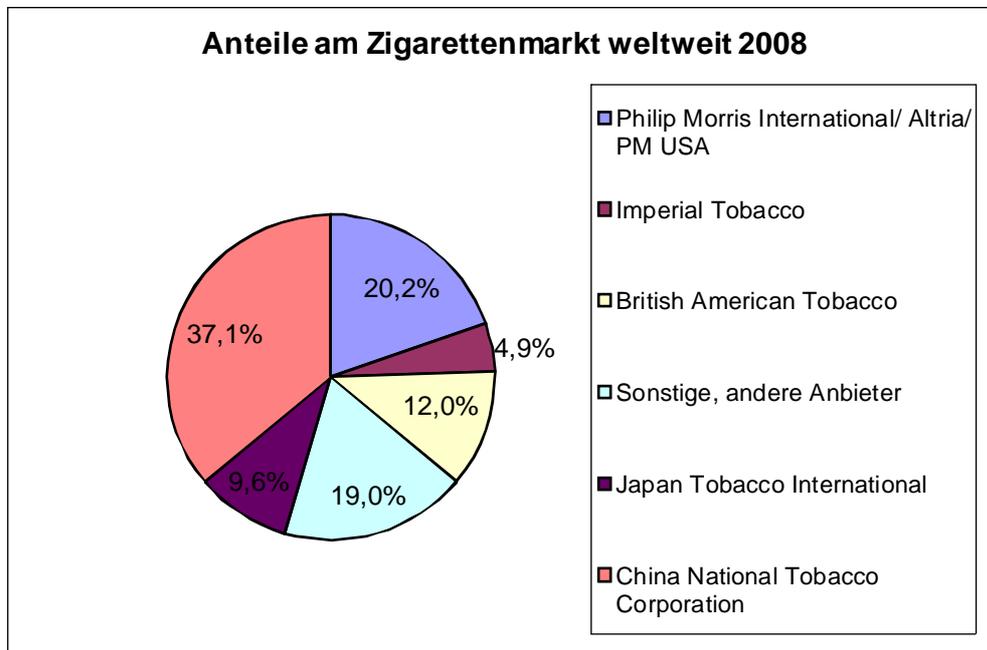
Angaben zu Philip Morris, British American Tobacco und Japan Tobacco International für das Jahr 2010 aus den Geschäftsberichten. Angaben zu Reemtsma für das Jahr 2009 von der Homepage von Reemtsma. Das Werk von Reemtsma in Berlin wird Mitte 2012 geschlossen.

Grafik: Forum Rauchfrei

## Der Zigarettenmarkt



Quelle: Deutscher Zigarettenverband: Internet (aufgerufen am 23.04.2012)



Quelle: American Cancer Society (2012): The Tobacco Atlas, Fourth Edition.

Grafik: Forum Rauchfrei

## Fabriken des Todes

Robert N. Proctor, Wissenschaftler der Stanford Universität in Kalifornien, USA, hat, beschrieben, wie viele Todesopfer auf die Tabakkonzerne zurückzuführen sind. Er kam zu dem Ergebnis, dass auf eine Million Zigaretten ein Todesfall zu verzeichnen ist. Überträgt man seine Berechnungen auf Deutschland, ergibt sich folgendes Bild:

### Fabriken des Todes in Deutschland

	Zigarettenproduktion pro Jahr	Verursachte Todesfälle pro Jahr
Philip Morris, Berlin	61 Milliarden	61 Tausend
Japan Tobacco International, Trier	54 Milliarden	54 Tausend
British American Tobacco, Bayreuth	47 Milliarden	47 Tausend
Reemtsma, Langenhagen	27 Milliarden	27 Tausend
Reemtsma, Berlin	16 Milliarden	16 Tausend
Philip Morris, Dresden	5 Milliarden	5 Tausend

Zu beachten ist, dass sich die oben aufgeführten Todesfälle nicht nur auf Deutschland beziehen, da weit mehr als die Hälfte der Zigarettenproduktion exportiert wird. In Deutschland sterben infolge des Rauchens nach Angaben des Deutschen Krebsforschungszentrums mehr als 110.000 Menschen pro Jahr. Andere Autoren sprechen von 110.000 bis 140.000 Todesfällen.

Proctor hat seine Forschungsergebnisse in der international hoch angesehenen Wissenschaftszeitschrift Tobacco Control, Märzausgabe 2012, unter folgendem Titel veröffentlicht: The history of the discovery of the cigarette – lung cancer link: evidentiary traditions, corporate denial, global toll.

Die folgenden Ausschnitte stammen aus diesem Artikel von Proctor.

J. S.

**Box 1 What is a human life worth to a cigarette manufacturer?**

Cigarettes cause about one death per million smoked<sup>35</sup> with a latency of about 25 years, which is why the 6 trillion smoked in 1990 will cause about 6 million deaths in 2015. That's one death every 5 seconds. One-third or one-quarter of those deaths will be from lung cancer; about one every 15 or 20 s.

This relationship is fairly consistent in different parts of the world, given the homogeneity of cigarettes and how similarly they are smoked. It also means we can generate some interesting equivalences. Cigarettes typically come in 20 sticks per pack, with 200 sticks per carton, 10 000 sticks per master case and 10 million sticks per container. A 12 m (40 ft) container of the sort shipped overseas or trucked by highway houses 10 million cigarettes, which means that each container will cause about 10 deaths.

We can also think about this in terms of the rate at which cigarettes are smoked. A total of 6 trillion cigarettes are smoked every year, and if each cigarette is about 60 mm (counting only the part that is smoked), this means that 360 trillion mm of cigarettes are smoked per year. Converting this, 360 trillion mm is 360 billion m, or 360 million km. Imagined as one long rod, this means that cigarettes are smoked at a rate of 360 million km per year, which is more than 10 km/s. Cigarettes are smoked at a rate equal to the speed at which satellites orbit the earth.

We can also think about the deaths caused per unit weight of stuffing. Cigarettes contain about two-thirds of a gram of tobacco, which means that if it takes 3 million cigarettes to cause one lung cancer, it takes about 2 million g—or 2 metric tonnes—to cause one lung cancer. A typical tobacco farm yields about 2 tonnes per hectare, so a 10-hectare field will cause about 10 lung cancer deaths/year. And 20 additional deaths from heart attacks, gangrene of the feet, cancers of the bladder and oral cavity, etc.

Finally, we can also think about this in terms of the value of a life as assumed by tobacco manufacturers. Cigarette companies make about a penny in profit for every cigarette sold, or about US \$10 000 for every million cigarettes purchased. Since there is one death for every million cigarettes sold (or smoked), a tobacco manufacturer will make about US\$10 000 for every death caused by their products. Otherwise put: a cigarette manufacturer will not forgo US\$10 000 in profit, even if this means the death of one of their customers. The value of a human life to a cigarette manufacturer is therefore about US\$10 000.

**Table 1** Factories of death (selected)

	<b>Cigarettes produced/ year (year)</b>	<b>Deaths caused per year</b>
Philip Morris's Richmond plant	146 billion (2010)	146 000
Philip Morris Holland, Bergen op Zoom, The Netherlands	96 billion (2006)	96 000
Yuxi Cigarette Factory, Yunnan	90 billion (2008)	130 000
Kunming Cigarette Factory, Kunming, China	71 billion (2010)	71 000
Philip Morris Izhora Cigarette Factory, St. Petersburg	70 billion (2011)	70 000
Hong He Cigarette Factory, Yunnan, China	65 billion (2005)	65 000
Anyang Cigarette Factory, China	50 billion (2008)	50 000
Hongyun Cigarette Factory, Qujing, Yunnan	47 billion (2008)	47 000
Thane Road, Nottingham (Imperial Tobacco), UK	50 billion (2003)	50 000
Hangzhou Cigarette Factory, China	47 billion (2007)	47 000
Reemtsma, Berlin	36 billion (2005)	36 000
Philip Morris Kuban, Russia	33 billion (2002)	33 000

*Tobacco Control* 2012;**21**:87–91. doi:10.1136/tobaccocontrol-2011-050338



[www.forum-rauchfrei.de](http://www.forum-rauchfrei.de)  
[post@forum-rauchfrei.de](mailto:post@forum-rauchfrei.de)

**Sprecher(in) u. Anschrift**

Johannes Spatz, ☎ (030) 6321 4703, Fax: -1220  
Apostel-Paulus-Str. 27  
10823 Berlin

Gundula Conseur, ☎ (030) 6004 2278  
c/o Vivantes Klinikum Neukölln

Dr. Andreas Mappes  
c/o Deutsches Herzzentrum

Berlin, 26.03.04

**Initiative  
Gegen Sponsoring durch Tabakindustrie!**

Sehr geehrte

die Tabakkonzerne versuchen, durch Sponsoring ihr gesellschaftliches Image aufzupolieren. Dabei unterstützen sie durch finanzielle Hilfen die Gruppen, die im Mittelpunkt ihrer Vermarktungsinteressen stehen. Am Beispiel von Philip Morris wird sichtbar, dass genau diese Gruppen mit einem reichen Geldsegen bedacht werden. Die Vermarktung von Tabakprodukten war während des vergangenen Jahrzehnts insbesondere bei Jugendlichen, Frauen und sozial schwachen Bevölkerungsgruppen sehr erfolgreich. Darüber hinaus werden Gruppierungen gezielt unterstützt, die sich potentiell besonders wirksam gegen das Rauchen aussprechen könnten: Politik, Wissenschaft und Kunst.

Sponsoring der Tabakkonzerne lenkt davon ab, dass sie an dem Tod von jährlich 140.000 Menschen in Deutschland in Folge des Rauchens beteiligt sind. Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Verbände, Organisationen, Initiativen und Regierungsorganisationen Sponsoringgelder der Tabakindustrie zurückweisen und sich dem Kodex anschließen. Damit soll auch verhindert werden, dass die Tabakkonzerne den Ruf eines gesellschaftlichen Wohltäters erlangen können.

Wenn Sie sich an unserer Initiative „Gegen Sponsoring durch Tabakindustrie!“ beteiligen wollen, bitten wir Sie, die als Datei beigefügte Erklärung ausgefüllt per E-Mail an das Forum Rauchfrei in Berlin oder als Brief an die angegebene Adresse zurück zu senden. Ihre Beteiligung soll das Nachdenken über die wahren Ziele des Sponsorings der Tabakindustrie fördern. Bitte leiten Sie diesen Aufruf auch weiter.

Wir danken für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Gundula Conseur

Johannes Spatz

Liste der Unterzeichner des Kodex:

## „Gegen Sponsoring durch Tabakindustrie“

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>	<b>Firma, Einrichtung, Organisation</b>
Bamberg, Doris	Krankenschwester	Arbeitsgemeinschaft freier Stillgruppen (AFS)
Behrens, Wolfgang	Schatzmeister	Nichtraucherbund Berlin e.V.
Bergmann, Renate; Prof. Dr. med.	Leiterin	Eltern-Kolleg der Klinik für Geburtsmedizin, Charité, Berlin
Beyer, Falk		Greenkids Magdeburg e.V.
Bitter, Gregor		Landesinstitut für Schule - Suchtprävention, Bremen
Brunotte, Wolfgang	Pastor	Advent-Wohlfahrtswerk e.V., Mettmann
Buchner, Klaus; Prof. Dr. Dr. habil	Bundesvorsitzender	Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Würzburg
Drings, Peter; Prof. Dr. med.	Ärztlicher Direktor	Thoraxklinik am Universitätsklinikum Heidelberg
Erbenich, Lothar; Dr. med.		Krankenhaus Waldfriede, Berlin
Esser, Stephan	Hauptgeschäftsführer	Berufsverband der Kinder und Jugendärzte
Fliege, Jürgen	Fernsehmoderator, Pfarrer	
Freudmann, Doris		Landeskoordinierungsstelle für Suchtvorbeugung M-V (LAKOST), Schwerin
Frick, Victor	Vorstand	Nichtraucher Freiburg e.V.
Fuchs, Reinhard	Heimleiter	
Gigout, Franz	Geschäftsführer	Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Saarland e.V. (LAGS)
Hahn, Dietrich; Dr. med.		Ärztl. Praxis für Lungen- u. Bronchialkrankheiten, Allergologie, Bielefeld
Hanewinkel, Reiner; Dr.	Leiter	Institut für Therapie- und Gesundheitsforschung, IFT-Nord, Kiel
Hering, Thomas; Dr. med.	Stellv. Vors.	Bundesverband der Pneumologen
Holleder, Alfons; Dr.	Gesundheitswissenschaftler	NRW
Janßen, Michael	Arzt	Praxis für Allgemeinmedizin, Berlin
Jantzen, Elfi		MdA, Berlin
Jonitz, Günther, Dr.	Präsident	Ärztelkammer Berlin
Kamp, Joachim, Dr. med.	Arzt	Sportler für Rauchfrei, Emsdetten
Klöpping, Fritz		Helferkreis Schlangen ADRA, Schlangen
Knaake-Werner, Heidi; Dr.	1. Vorsitzende	Gesundheit Berlin e.V.
Knoll, Martin	Leiter	Adventjugend-Deutschland, Hannover
Konietzko, Nikolaus; Prof. em. Dr.	Ärztlicher Direktor A. D.	Gesundheitskonferenz Essen
Kottwitz- Gundermann, Corinna	Kinderkranken- schwester	Arbeitsgemeinschaft freier Stillgruppen (AFS)
Krabbe, Mario	Geschäftsführer	Schlosspark-Klinik, Berlin
Kummerfeld, Jan	Vorstand	Löwenzahn e.V., Magdeburg

Lischek, Erich	Geschäftsführer	Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe e.V., Weiterstadt
Loddenkemper, R.; Prof. Dr. med.	Präsident	Internationale Union gegen Tuberkulose und Lungenerkrankungen (Paris)
Ludescher, Gerd; Dr. Dr. med.	Ärztlicher Leiter	Gesundheitszentren Schlosspark-Klinik, Park-Klinik Weißensee, Berlin
Malik, Alice		Evas Haltestelle, Tagesstätte für obdachlose Frauen, Berlin
Manneschmidt, Eric	Sprecher	Netzwerk gegen das Zwangsmitrauchen, Hofheim am Taunus
Maschewsky- Schneider, Ulrike; Prof. Dr.	Sprecherin der BSPH, Studiengangsleiterin	Berlin School of Public Health (BSPH) an der Charité
Mollenhauer, Hans- Werner; Dr. med.	1. Vorsitzender	Deutscher Berufsverband der HNO-Ärzte e.V.
Mülleneisen, Norbert K.		Berufsverband der Pneumologen NRW
Napolitano, Axel	Stellv. Vors.	Pro Rauchfrei e.V.
Paus, Lisa		MdA, Berlin
Prümel-Phillippen, Uwe, Dr.	Geschäftsführer	Bundesvereinigung für Gesundheit e.V.
Rinke, Wolfgang	Geschäftsführer	Free4Ever-SMOKENDERS, Bad Salzuflen
Rustler, Christa	Referentin	Deutsches Netz Rauchfreier Krankenhäuser, Berlin
Schendel, Ursus, Dr. Dr.	Arzt	
Schlankardt, Margrit	Geschäftsführerin	Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V.
Schmid, Ruth und Heinz		Ärztlicher Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit e. V.
Schmitz, Ingrid	Projektleiterin	Drogenhilfeeinformativpool, Berlin; Kontaktstelle für Menschen mit Suchtproblemen, Berlin
Schneider, Wolfgang		Seniorenheim Neandertal, Mettmann
Schorlemer, Friedrich	Theologe, Publizist	Wittenberg
Schulz, Ekkehard; Prof. Dr. med.		Nichtraucher-Initiative Deutschland e.V.
Seid, Barbara	Fraktionsmitglied	Die Linke.PDS, Berlin Friedrichshain- Kreuzberg
Smolle, Josef Univ.-Prof. Dr.	Rektor	Medizinische Universität Graz
Sonneborn, Frank		Rauchfreiheit.de Wuppertal
Staeck, Klaus, Prof.		Heidelberg
Stefan, Andreas	Oberarzt	Universitätsklinikum Göttingen
Steven, Michael	Psychotherapeut	Fachklinik Kamillushaus GmbH, Essen
Venzmer, Heidmarie; Dr.	Geschäftsführerin	Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Weber, Winfried	Klinikleiter	Kur + Reha GmbH Freiburg
Wiebel, Friedrich; Prof. Dr. med.	Vorsitzender	Ärztlicher Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit e. V.
Wigand, Jeffrey; Dr.		Smoke-Free Kids, USA
Winnenberg, Herbert	Geschäftsführer	Kurverwaltung Detmold-Hiddesen GmbH

## Publikationen aus Berlin

Machenschaften der Tabakindustrie.

Hrsg.: Forum Rauchfrei und Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, 2010  
[http://forum-rauchfrei.de/files/Machenschaften\\_der\\_Tabakindustrie.pdf](http://forum-rauchfrei.de/files/Machenschaften_der_Tabakindustrie.pdf)

Rauchfrei in Friedrichshain-Kreuzberg 2006-2008.

Hrsg.: Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, 2008  
[www.berlin.de/imperia/md/content/bafriedrichshainkreuzberg/planundleitstelle/abschlussbericht.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/bafriedrichshainkreuzberg/planundleitstelle/abschlussbericht.pdf)

Rauchfreie Kinderspielplätze.

Hrsg.: Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, 2007  
[www.berlin.de/ba-friedrichshainkreuzberg/verwaltung/org/planleit/kinderspielplaetze.html](http://www.berlin.de/ba-friedrichshainkreuzberg/verwaltung/org/planleit/kinderspielplaetze.html)

Studie: Vorsicht Wasserpfeife.

Hrsg.: Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, 2007  
[www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/verwaltung/org/planleit/wasserpfeife.html](http://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/verwaltung/org/planleit/wasserpfeife.html)

Tabak und Alkohol in Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen.

Hrsg.: Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, 2007  
[www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/verwaltung/org/planleit/talk.html](http://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/verwaltung/org/planleit/talk.html)

Tabakindustrie und Politik. Hrsg.: Forum Rauchfrei, Berlin 2006

[www.thielebein-net.de/nichtraucher\\_temp/tabakindustrie\\_u\\_politik.pdf](http://www.thielebein-net.de/nichtraucher_temp/tabakindustrie_u_politik.pdf)

Tabakwerbung auf dem Prüfstand. Hrsg.: Forum Rauchfrei, Berlin 2006

[www.thielebein-net.de/nichtraucher\\_temp/werbedokumentation130606.pdf](http://www.thielebein-net.de/nichtraucher_temp/werbedokumentation130606.pdf)

Forum Rauchfrei 2005 (Dagmar Schipanski, Körper-Stiftung u.a.).

Hrsg.: Forum Rauchfrei, Berlin 2006

Sternstunden im Krankenhaus (Rauchfreies Krankenhaus).

Hrsg.: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin, 2005

Gegen Sponsoring durch Tabakindustrie. Hrsg.: Forum Rauchfrei, Berlin 2004

[www.forum-rauchfrei.de/literatur/weltnichtrauchertag2004.pdf](http://www.forum-rauchfrei.de/literatur/weltnichtrauchertag2004.pdf)

Studie: Tabakwerbung für Jugendliche.

Hrsg.: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin, 2002

Genuss – Sucht – Sehnsucht (Gesundheitsbericht über Tabakprävention).

Hrsg.: Bezirksamt Hohenschönhausen von Berlin, 1999

Studie: Zigarettenwerbung um Schulen.

Hrsg.: Bezirksamt Hohenschönhausen von Berlin, 1999

---

Mehr Plakate der Plakatwettbewerbe 2007 und 2009: [www.stiftung-rauchfrei-leben.de](http://www.stiftung-rauchfrei-leben.de).

# Die Tabak- Industrie ködert Kinder



Romina Pilloni • Plakatwettbewerb 2009 Forum Rauchfrei